

# Antrag L.1: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.**

2 **Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander.**

3 **Präambel**

4 Liebe Wählerinnen und Wähler,

5 wir sind verschieden, aber die meisten von uns wollen das Gleiche: Eine Gesellschaft, in  
6 der man sich gegenseitig zuhört und unterstützt, in der alle gesehen und gehört werden.  
7 Ein planbares Leben mit einer sicheren Zukunft, die Platz lässt für eigene Ziele und  
8 Entscheidungen. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt, an der Seite der Menschen steht  
9 und sich um ihre Probleme kümmert.

10 Wir als Linke kämpfen dafür, und wir sind überzeugt: Es ist möglich. Ein Leben, in dem  
11 alle ein sicheres Einkommen haben, die Mieten bezahlbar sind und nicht jeder  
12 Supermarkteinkauf zum Schock an der Kasse führt, ist möglich. Ein Leben, in dem Konflikte  
13 friedlich gelöst werden und Klimapolitik nicht auf Kosten der Haushalte mit niedrigen bis  
14 mittleren Einkommen geht, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch die gleichen Rechte  
15 hat, ist möglich.

16 Doch dafür muss sich vieles ändern. In den letzten Jahren sind die Reichen und Mächtigen  
17 unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und  
18 lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: Um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit  
19 noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und  
20 Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu schlagen. Und damit wir das nicht  
21 merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Die  
22 Profiteure unserer ungerechten Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht  
23 darüber, dass sie das Problem sind.

24 Aber wir müssen genau darüber sprechen. Für uns ist klar: Die Spaltung der Gesellschaft in  
25 Arm und Reich ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Wer nur darauf hoffen kann,  
26 dass die Waschmaschine, das Auto oder die eigene Gesundheit noch zwei Jahre durchhalten,  
27 braucht jetzt Veränderung. Wer nicht weiß, wie er die nächste Mieterhöhung zahlen oder  
28 sein Kind unterbringen soll, dem helfen große Versprechungen nicht weiter.

29 Wir wollen, dass niemand mehr Angst haben muss, bei der nächsten Mieterhöhung aus der  
30 Wohnung zu fliegen. Deswegen wollen wir einen Mietendeckel durchsetzen. Dadurch können  
31 alle Menschen entspannt weiter zu Hause wohnen. Wir wollen, dass niemand mehr am  
32 Monatsende vor einem leeren Kühlschrank steht: Deshalb wollen wir die Mehrwertsteuer auf  
33 Grundnahrungsmittel abschaffen und die Marktmacht von großen Supermarktketten brechen.  
34 Heiz- und Strompreise müssen wieder bezahlbar werden. Damit niemand sich zwischen einer  
35 warmen Mahlzeit oder einer warmen Wohnung entscheiden muss. Wir wollen mehr Geld für die,  
36 die immer zu kurz kommen – allen voran Kinder und Familien. Deshalb kämpfen wir weiter für  
37 eine echte Kindergrundsicherung. Dafür, dass Frauen endlich gleiches Geld für  
38 gleichwertige Arbeit bekommen. Und dafür, dass sie über ihre eigenen Körper bestimmen  
39 können und vor Gewalt geschützt werden.

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

52 Wir stehen zum Recht auf Asyl - ohne Wenn und Aber. Wir wollen keine Festung Europa, die  
53 Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in der Wüste verdursten lässt. Wir wollen legale  
54 Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen. Alle Menschen müssen bei uns die gleichen  
55 Rechte und Chancen haben, unabhängig von Pass und Herkunft. Und ja: Wir halten an der  
56 Perspektive fest, dass Abrüstungsverträge, Kooperation, Diplomatie und friedliche  
57 Konfliktlösung der richtige Weg sind, um Sicherheit zu schaffen und globale Probleme zu  
58 lösen. Wir verteidigen die Demokratie und wollen mehr Mitbestimmung. Aber wir sagen auch:  
59 Unsere Demokratie muss besser funktionieren, vor allem für die, die keine teuren  
60 Lobbyorganisationen haben.

61 Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die das, was wir gemeinsam erarbeiten, fair  
62 verteilt. Politik, die einige Wenige immer reicher macht, zeugt – entgegen aller  
63 Beteuerungen – nicht von Wirtschaftskompetenz, sondern ist schlicht Lobbyismus im Sinne  
64 der Superreichen. Wir wollen hohe Einkommen stärker besteuern und niedrige entlasten. Und  
65 große private Kapitalvermögen müssen endlich gerecht besteuert werden. Wir alle sind  
66 „systemrelevant“, nur Milliardäre sind es nicht. Niemand von uns wird Milliardär – aber  
67 wir alle sind irgendwann im Leben auf Unterstützung angewiesen.

68 Für uns als Linke ist klar: Wir stehen bedingungslos an der Seite der arbeitenden Menschen  
69 und Familien. An der Seite der Menschen, bei denen das Geld kaum zum Leben reicht und  
70 derer, die keine Lobby haben. Kurz: an der Seite der Mehrheit dieser Gesellschaft. An  
71 ihren Prioritäten richten wir unsere Politik aus.

72 Noch ein Wort zu uns, Heidi und Jan: Wir haben die Spitzenkandidatur für Die Linke  
73 übernommen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Partei braucht, die eine laute Stimme  
74 für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde legt und die  
75 Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist. Dass das noch nicht alles  
76 gewesen sein kann – für Die Linke, für das Land, für Euch. Wir glauben, dass der  
77 Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die Demokratie es wert ist, verteidigt  
78 zu werden.

79 Alleine sind wir den Reichen und Mächtigen ausgeliefert, aber gemeinsam können wir uns  
80 wehren. Deswegen müssen wir uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere Anliegen  
81 eintreten. Unsere Leitlinie heißt: **Wir gemeinsam gegen die da oben.**

82 Eure

83 *Heidi & Jan*

## 84 **I. Leben bezahlbar machen**

85 Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor. Das  
86 Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders Menschen mit  
87 niedrigen und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen Teil ihres Einkommens  
88 für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die Preise am meisten gestiegen:  
89 Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent teurer geworden, Haushaltsenergie um  
90 etwa 50 Prozent. Die offiziellen Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für  
91 diejenigen mit weniger Geld sehr viel höher liegt als für diejenigen mit viel Geld. Es ist  
92 eine Inflation der Ungleichheit, die wir erleben.

93 Doch das lässt sich ändern: Preise sind nicht naturgegeben. Wir wollen Preise , da wo  
94 nötig, regulieren und begrenzen, damit die Konzerne nicht beliebig ihre Profite erhöhen  
95 können. Das gilt nicht nur für die Miete, sondern auch für Energie und Lebensmittel.  
96 Niemand soll am Ende des Monats mehr Angst vor dem Einkauf haben. Willkürliche  
97 Preiserhöhungen darf es bei unseren grundlegenden Bedürfnissen nicht mehr geben. Wir  
98 schlagen eine Preis-Behörde und soziale Tarife für den Grundverbrauch bei Strom und Gas  
99 vor, um uns künftig vor künstlicher Preistreiberei zu schützen. Auf Grundnahrungsmittel  
100 soll die Mehrwertsteuer entfallen, was alle Menschen schnell und unkompliziert entlastet.

101 Die steigenden Lebenshaltungskosten sind kein unglücklicher Zufall: Lebensmittelkonzerne  
102 und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Die Unternehmen nutzen die Inflation. Sie setzen  
103 die Preise hoch – und steigern damit ihre Gewinne. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und  
104 Kaufland, hat sein privates Vermögen während der Regierungszeit der Ampel verdoppelt! Er  
105 besitzt nach Schätzungen des Manager Magazins nun 43,7 Milliarden Euro.

### 106 **Wir senken die Lebensmittelpreise - sofort und wirkungsvoll**

107 Sparen beginnt für viele Menschen inzwischen beim Essen. Oft reicht es nicht mehr für das  
108 Nötigste. Besonders betroffen sind Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien mit  
109 Kindern. Hunger und Armut sind in Deutschland wieder Alltag. Zwei Millionen Menschen  
110 müssen zu den Tafeln gehen, um über die Runden zu kommen – ein Viertel davon sind Kinder.  
111 Für uns ist das nicht hinnehmbar. Wir wollen schnelle und wirkungsvolle Maßnahmen  
112 ergreifen, damit eine gesunde Ernährung wieder für alle erschwinglich wird.

113 • Mehrwertsteuer abschaffen für Grundnahrungsmittel, Bus und Bahn: Nicht nur Wohnen,  
114 Lebensmittel und Energie sind viel zu teuer geworden. Auch Kosten für Alltägliches,  
115 wie für den Regionalzug, für Kino und Sport sind stark gestiegen. Das belastet vor  
116 allem Menschen mit niedrigen Einkommen und Familien. Wir wollen der Teuerung  
117 entgegenwirken: Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn (Regional- und  
118 Fernverkehr) wollen wir von der Mehrwertsteuer befreien. Wir stellen gesetzlich  
119 sicher, dass die Mehrwertsteuersenkung sich in den Preisen niederschlägt – und nicht  
120 die Profite der Unternehmen füttert. Das ist ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit,  
121 macht das Leben sicherer und stärkt die Kaufkraft.

122 • Lebensmittelverschwendung soll verboten werden. Genießbare Lebensmittel sollen an  
123 gemeinnützige Organisationen weitergegeben werden müssen. Lebensmittelabfälle sollen  
124 bis 2030 halbiert werden. Dafür braucht es verbindliche Vorgabe für die  
125 unterschiedlichen Branchen.

126 • Wir wollen Spekulation mit Lebensmitteln verbieten (siehe Kapitel 6).

127 • Der Lebensmittelmarkt braucht gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und  
128 wirksames Kartellrecht. Das Bundeskartellamt beobachtet die Einkaufsmacht von

129 Lebensmittelkonzernen sowie die Marktmacht von großen Supermarktketten schon seit  
130 langem mit zunehmender Sorge. Wir fordern ein entschlossenes Durchgreifen, um die  
131 Macht von Konzernen zu brechen, zugunsten von Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen  
132 gleichermaßen. Keine Region darf von einzelnen Supermarktketten dominiert werden.  
133 Monopole müssen zerschlagen werden und Preiswächter müssen durchgreifen können. Wo es  
134 nötig ist, wollen wir mit Mindesterzeugerpreisen Landwirt\*innen schützen.

### 135 **Wir senken die Energiepreise – gerecht und klimafreundlich**

136 Alle brauchen bezahlbare und stabile Energiepreise. Langfristig wird der Ausbau der  
137 erneuerbaren Energien die Preise für Strom und Wärme senken. Aber so lange können Menschen  
138 mit kleinem Einkommen, Familien und auch Kleingewerbetreibende nicht warten. Wir fordern  
139 deshalb, kleine Energieverbraucher\*innen kurzfristig zu entlasten:

- 140 • Sozial gestaffelte Energiepreise: Wir wollen für den durchschnittlichen Verbrauch von  
141 Strom und Heizenergie preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wer mehr verbraucht, zahlt  
142 mehr. Das ist sozial gerecht und regt trotzdem zum Energiesparen an.
- 143 • Zur Finanzierung fordern wir vorübergehend einen Energie-Soli für Reiche! Menschen  
144 mit sehr hohem Einkommen profitieren von preisgünstigen Sockeltarifen – brauchen aber  
145 die Entlastung nicht. Für eine sozial gerechte Finanzierung fordert Die Linke deshalb  
146 einen Energie-Soli als Zuschlag auf die Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer,  
147 bis die Energiekrise vorbei ist und der Marktpreis stabil unter dem Preisdeckel  
148 liegt.
- 149 • Die neoliberale Klimapolitik der Ampel ist zutiefst ungerecht und hat die Probleme  
150 für die Menschen noch verschärft. Der versprochene soziale Ausgleich über ein  
151 Klimageld wurde nicht umgesetzt, obwohl die CO<sub>2</sub>-Preise weiter steigen. Das ist Betrug  
152 an den Wähler\*innen. Die Linke will deshalb rückwirkend zum 01.01.2025 ein soziales  
153 Klimageld von aktuell 320 Euro jährlich pro Person als Direktzahlung einführen, von  
154 dem Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen besonders profitieren. Das  
155 Klimageld wird zukünftig an die reale Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Preise angepasst.
- 156 • Jährlich werden gegen Hunderttausenden Menschen in Deutschland Strom- und Gassperren  
157 verhängt, sogar im Winter. Das ist menschenunwürdig. Strom- und Gassperren müssen  
158 gesetzlich verboten werden.
- 159 • Energiekonzerne dürfen sich nicht auf unsere Kosten bereichern: Ziel des  
160 Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher\*innen bezahlbaren Strom zur  
161 Verfügung zu stellen. Wir wollen den Strommarkt reformieren (siehe Kapitel 8).

### 162 **Wir sorgen für stabile Preise und verhindern zukünftige Krisen**

163 Um Preisschocks in Zukunft zu verhindern, braucht es Preiskontrollen, die schnell wirken  
164 und kurzfristig greifen. Die Ampel hat zunächst gar nicht und dann zu wenig wirksam auf  
165 die Preisexplosion reagiert und die Profite der Konzerne gesichert. Die Menschen sind im  
166 Alltag nicht stark genug entlastet worden. Wir müssen uns für die nächste Krise wappnen:  
167 Mit der Digitalisierung ist eine engmaschige Überwachung der Preise möglich. Wenn Konzerne  
168 in systemrelevanten Branchen (Energie, Gebäude/Wohnen, Lebensmittelversorgung, Mobilität,  
169 Gesundheit, Banken) Preise deutlich stärker anheben als die Kosten gestiegen sind, muss es  
170 möglich sein, kurzfristig in den Markt einzugreifen. Auf Preisschocks muss reagiert  
171 werden, bevor sich diese auf andere Branchen ausweiten.

172 Wir fordern eine neue Preis-Behörde als Frühwarnsystem für die deutsche und europäische  
173 Wirtschaft. Die Preis-Behörde soll direkt dem Bundeswirtschaftsministerium unterliegen.

- 174 • Preiskontrollen statt Abzocke: Im Energiesektor sollen ohne Genehmigung keine  
175 Preiserhöhungen vorgenommen werden dürfen. Energieversorger müssen selbst nachweisen,  
176 dass eine Preiserhöhung durch gestiegene Beschaffungskosten gerechtfertigt ist.
- 177 • Übergewinnsteuer beseitigt Anreize für Preiserhöhungen: Die Energie- und  
178 Lebensmittelkonzerne haben in Zeiten von Krieg und Krise durch enorme  
179 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben ihre Marktmacht ausgenutzt, um  
180 auf Kosten von uns allen Profite zu machen. Wenn plötzliche und außergewöhnliche  
181 Gewinnsprünge in Krisenzeiten, sogenannte Übergewinne, mit sehr hohen Steuersätzen  
182 belegt werden, gibt es keinen Anreiz mehr, die Preise weiter in die Höhe zu treiben.  
183 Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extragewinne der Konzerne mit 90 Prozent  
184 besteuert. Als Vergleichszeitraum bieten sich die durchschnittlichen  
185 Unternehmensgewinne der letzten 10 Jahre an: Alles, was darüber liegt, wird  
186 besteuert. Damit die Gewinne auch effektiv besteuert werden können, wollen wir eine  
187 Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.

## 188 **II. Wohnen darf kein Luxus sein**

189 Bezahlbares Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Olaf Scholz ist als  
190 Mietenkanzler angetreten, aber in den letzten drei Jahren sind die Mieten weiter  
191 explodiert. Nicht nur in den Städten, auch in vielen ländlichen Gebieten sind die  
192 Wohnkosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Millionen Menschen geben einen großen  
193 Teil ihres Einkommens für das Wohnen aus. Dazu kommen die rasant gestiegenen Nebenkosten.  
194 Immobilienkonzerne machen Extra-Profite, indem sie überzogene Heizkostenrechnungen an ihre  
195 Mieter\*innen schicken und hoffen, dass es niemand merkt. In den letzten Jahren haben sich  
196 Fälle gehäuft, in denen Menschen mehrere tausend Euro nachzahlen mussten. Das ist für  
197 viele eine existenzielle Bedrohung, das wollen wir unter Strafe stellen.

198 Aber explodierende Mieten sind kein Naturgesetz: Bezahlbare Wohnungen, Sicherheit vor  
199 Mieterhöhungen, genossenschaftlicher Wohnungsbau sind sinnvoll, gerecht und auch  
200 erreichbar. Auch der Ausverkauf von Grund und Boden aus staatlicher Hand ist eine bewusste  
201 politische Entscheidung – er könnte morgen gestoppt werden.

202 SPD und Co. behaupten, wir müssten bauen, um wieder bezahlbaren Wohnraum zu bekommen.  
Die

203 durchschnittliche Miete für eine neu gebaute Wohnung in Berlin: 20 Euro pro Quadratmeter.  
204 Eine 50 Quadratmeter Wohnung kostet dann im Schnitt 1.000 Euro – Wer soll sich das leisten  
205 können? Die Immobilienkonzerne nutzen den Neubau, um überhöhte Mieten zu verlangen und  
206 treiben damit die Miete für Bestandswohnungen in die Höhe. Wir müssen dringend neue  
207 Wohnungen bauen – aber sie müssen bezahlbar sein! Es braucht eine grundlegende Wende in  
208 der Mietpolitik. Wohnungen sind keine Ware.

### 209 **Mieten runter!**

210 Mieten müssen gesenkt und wirksam reguliert werden. Die Mietpreisbremse der  
211 Bundesregierung ist nicht nur wirkungslos, sondern befördert unverschämte Praktiken: Wer  
212 klagt, hat schnell das „Vertrauen“ des Vermieters verraten – dann dauert die nächste  
213 Reparatur an der Wohnung eben länger. Ein Drittel der Wohnungen in den Metropolen wird  
214 mittlerweile möbliert vermietet, weil die Mietpreisbremse dann nicht gilt.

- 215 • Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel! Unser Ziel: Die Explosion der Mieten  
216 nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. In angespannten

- 217 Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten abgesenkt werden.
- 218 • Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, für  
219 die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Die Tricks der Vermieter für höhere  
220 Mieten müssen abgeschafft werden: Staffelmieten und Indexmietverträge wollen wir  
221 verbieten und möblierte Wohnungen streng regulieren.
- 222 • Viel zu oft kündigen Vermieter, um bei Neuvermietung höhere Mieten zu nehmen. Wir  
223 wollen den Kündigungsschutz ausweiten und fordern Dauermietverträge für alle.  
224 Eigenbedarfskündigungen müssen auf Verwandte ersten Grades beschränkt werden.  
225 Mietwohnungen müssen durch ein generelles Umwandlungsverbot geschützt werden.
- 226 • Wir wollen die Modernisierungsumlage abschaffen! Sanierungen und Heizungstausch  
227 müssen warmmietenneutral sein. Wir wollen sozial gerechten Klimaschutz (s. Kapitel 8)
- 228 • Immobilien und Energiekonzerne machen Extraprofite, indem sie überzogene  
229 Heizkostenrechnungen an ihre Mieter\*innen schicken und hoffen, dass es niemand merkt.  
230 Das wollen wir unter Strafe stellen.
- 231 • Wir fordern sozial gestaffelte Heizungs- und Stromkosten. Für den durchschnittlichen  
232 Verbrauch wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wir wollen Strom- und  
233 Gassperren verbieten. Wir wollen einen Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die  
234 Heizkosten übernommen werden können, wenn sich Mieter\*innen keine warme Wohnung  
235 leisten können.
- 236 • Hauptmieter\*innenwechsel müssen ohne Zustimmung der Vermieter\*innen möglich sein.
- 237 • Kleingewerbe leiden unter explodierten Gewerbemieten. Der Bund muss dafür sorgen,  
238 dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk,  
239 kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.
- 240 **Investitionsoffensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau**
- 241 Wir wollen 20 Milliarden im Jahr in gemeinnützigem Wohnraum investieren. Aktuell hätten  
242 mehr als 11 Millionen Mieter\*innenhaushalte in Deutschland Anspruch auf eine  
243 Sozialwohnung. Der Bestand reicht nicht einmal für jeden zehnten dieser Haushalte.  
244 Gemeinnütziger Wohnraum hält die Miete bezahlbar. Wien ist die Metropole in Europa, in der  
245 die Mieten am wenigsten explodiert sind, denn die Hälfte des Wohnraums ist gemeinnützig –  
246 ein Viertel „Gemeindebau“ und ein Viertel genossenschaftlich.
- 247 • Wir stehen an der Seite von Deutsche Wohnen & Co enteignen. Wir wollen  
248 Immobilienkonzerne mit mehr als 3 000 Wohnungen in öffentliches Eigentum überführen.
- 249 • Die Regierung hat nur ein Viertel der Sozialwohnungen gebaut, die sie versprochen  
250 hat. In den Neunziger Jahren gab es noch 4 Millionen – jetzt gibt es nur noch eine  
251 Million. Egal ob im Bestand oder beim Neubau, wir fordern: Einmal Sozialbindung,  
252 immer Sozialbindung.
- 253 • Die Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit durch die Ampel ist eine Enttäuschung!  
254 Wir wollen die neue Wohngemeinnützigkeit zum Instrument machen für mittelfristig 30  
255 Prozent gemeinnützige Wohnungen. Mit Steuerbefreiungen und Privilegierung bei  
256 Fördermitteln und öffentlichen Grundstücken wollen wir starke Anreize zur Beteiligung  
257 zum Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungsmarktsektors schaffen, in dem sich die Mieten  
258 an den realen Kosten orientieren und die Profite gedeckelt werden.
- 259 • Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-  
260 )Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die

261 öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes  
262 Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an  
263 bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner\*innen.

#### 264 **Investoren zurückdrängen!**

265 Auch wenn Neubau alleine die Miete nicht senkt, gibt es in den Metropolen einen Bedarf an  
266 mehr Wohnraum. Wir wollen gemeinnützigen Neubau fördern statt mit Investoren! Wir wollen  
267 Regulierungen überprüfen: Nicht alle Regulierungen beim Neubau sind sozial und ökologisch  
268 sinnvoll, manche treiben lediglich die Preise in die Höhe. Hingegen ist energieeffizientes  
269 Bauen für den Klimaschutz notwendig und spart für die Mieter\*innen Heizkosten.

270 • Die Baukrise ist die Zeit der öffentlichen Hand. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen  
271 müssen durch Förderprogramme gestärkt und endlich gegenüber renditeorientierten  
272 Investoren und Wohnungskonzernen bevorzugt werden.

273 • Öffentliche Förderung soll es nur für gemeinnützigen Wohnungsbau geben. Kommunen  
274 sollen ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke bekommen.

275 • Wir wollen Gewinne durch Spekulation mit Immobilien stärker besteuern und  
276 Steuertricks beim massenhaften Kauf und Verkauf von Wohnungen, wie sogenannte Share  
277 Deals verbieten!

278 • Keine Spekulation mit Wohnraum und Bauland! 2 Millionen Wohnungen in Deutschland  
279 stehen leer. Wir wollen Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten. Leerstehenden Wohn-  
280 und Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der Zwischennutzung zuführen. Es dürfen  
281 keine Profite mit dem Besitz von Grund und Boden gemacht werden. In einem ersten  
282 Schritt werden deswegen leistungslose Bodenwertzuwächse abgeschöpft.

#### 283 **Leerstand beenden!**

284 Leerstand ist ein unterschätztes Problem. Deutschlandweit stehen laut aktuellem Zensus  
285 rund 2 Millionen Wohnungen leer. Ein Teil davon in ländlichen Regionen, die durch  
286 Strukturwandel veröden, ein Teil davon in den Städten, wo sich der Leerstand aufgrund  
287 steigender Bodenpreise häufig finanziell rechnet und kaum bestraft wird. In allen Fällen  
288 gilt: Der vorhandene Wohnraum muss besser genutzt werden, sowohl aus sozialen als auch aus  
289 ökologischen Gründen. Leerstand nutzen ist immer besser als neu zu bauen. Wir fordern:

290 • Aktive Strukturpolitik und Infrastrukturinvestitionen, um Regionen außerhalb der  
291 Metropolen attraktiver zu machen und der Verödung ländlicher Regionen  
292 entgegenzuwirken.

293 • Egal ob spekulativer Leerstand oder Erbstreitigkeiten. Leerstehender Wohnraum in  
294 angespannten Wohnungsmärkten ist Zweckentfremdung und darf sich nicht lohnen!  
295 Wohnungsleerstände müssen zuerst systematisch erfasst werden und dann mit einer  
296 Leerstandsabgabe von 10 Euro pro Quadratmeter belegt werden. Das macht den Leerstand  
297 unrentabel. In Fällen von langfristigem Leerstand muss die Wohnung im Sinne der  
298 Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer instandgesetzt  
299 und wieder vermietet werden.

300 • Die Besetzung von Wohnraum, der seit mindestens einem Jahr leersteht, muss zu einem  
301 dauerhaften Wohnrecht führen, es sei denn, die Eigentümer\*innen verpflichten sich, den  
302 Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten zur Verfügung zu stellen.

#### 303 **Obdachlosigkeit abschaffen!**

304 Es gibt in Deutschland ungefähr 600 000 wohnungslose Menschen. Die Regierung hat einen

305 Aktionsplan geschrieben – der hat allerdings zu keiner einzigen neuen Maßnahme gegen  
306 Wohnungslosigkeit geführt.

- 307 • Es gibt jedes Jahr 30 000 Zwangsräumungen, viele Betroffene landen in der  
308 Obdachlosigkeit. Wir wollen Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit verbieten!
- 309 • Wir wollen den Ansatz Housing First in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit verankern:  
310 Wohnungslosen wird zuerst eine Wohnung vermittelt, darauf folgen andere Angebote.  
311 Seit Einführung von Housing First im Jahre 2008 konnte Finnland die Obdachlosigkeit  
312 mehr als halbieren.
- 313 • Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung! Wir werden die  
314 Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen,  
315 dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter\*innen regulärer Wohnraum  
316 bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.

### 317 **III. Umsteuern**

318 Die vergangenen Regierungen aus CDU, SPD, FDP und Grünen haben dazu beigetragen, dass die  
319 Reichsten heute deutlich weniger Steuern zahlen als früher. Das spüren Menschen mit  
320 kleinen und mittleren Einkommen besonders stark: Der Alltag wird immer schwieriger. Wir  
321 halten dagegen und kämpfen für ein gerechtes Steuersystem, in dem die Steuern für die  
322 Mehrheit sinken und das der astronomischen Macht und dem Reichtum der Milliardäre Grenzen  
323 aufzeigt.

#### 324 **Es sollte keine Milliardäre geben.**

- 325 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die  
326 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für  
327 Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum  
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei  
329 5 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv, steigt also mit höheren Vermögen:  
330 ab 1 Million 1 Prozent, ab 50 Millionen 5 Prozent. Für Vermögen oberhalb der Grenze  
331 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest – die  
332 Milliardärsteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen  
333 verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen!
- 334 • Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland treibende Kraft für eine international  
335 koordinierte Milliardärsteuer wird und den Vorschlag Brasiliens hierfür unterstützt.

#### 336 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 108 Milliarden.**

337 Derzeit ist nicht bekannt, wie groß das Vermögen der reichsten Deutschen wirklich ist. Wir  
338 fordern ein öffentlich einsehbares Finanzregister, das die wahren Eigentümer von  
339 Immobilien, Unternehmensanteilen und anderen großen Vermögen (z.B. Kunstsammlungen,  
340 Wertpapieren und Patenten) registriert.

341 Um die enormen Kosten der sozialen und ökologischen Transformation zu stemmen, fordern wir  
342 eine einmalige Vermögensabgabe, die die Reichsten unserer Gesellschaft einmalig belastet.  
343 Mit unserem Konzept werden die reichsten 0,7 Prozent der Bundesbürger mit bis zu 30  
344 Prozent zusätzlich belastet. So können mindestens 310 Milliarden Euro eingenommen werden.  
345 Die Abgabe kann auf 20 Jahre gestreckt werden, damit würde nicht die gesamte Belastung auf  
346 einmal anfallen.

#### 347 **Kleine und mittlere Einkommen entlasten**



348 Niedrige und mittlere Einkommen werden wir entlasten. Sehr hohe Einkommen wollen wir  
349 dagegen stärker besteuern. Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger  
350 als 6.500 Euro im Monat brutto verdient, zahlt mit unserem Tarif weniger Steuern.

- 351 • Alle zu versteuernden Einkommen unter 16.800 Euro im Jahr bleiben steuerfrei – das  
352 entspricht der Höhe unseres Modells des Existenzminimums.
- 353 • Hohe Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem  
354 Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent – das entspricht etwa 81.000 Euro  
355 Brutto für Alleinstehende ohne Kinder. Für die Reichensteuer fordern wir zwei Stufen:  
356 60 Prozent für Einkommen oberhalb von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen  
357 oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.
- 358 • Wir wollen den Solidaritätszuschlag für die reichsten 10 Prozent der Einkommen  
359 behalten und Menschen mit geringen Einkommen entlasten.
- 360 • Einkommen aus Arbeit wird bisher deutlich stärker besteuert als Einkommen aus  
361 Kapital. Ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die diese Gesellschaft jeden Tag  
362 mit harter Arbeit am Laufen halten und den Wohlstand in Deutschland aufgebaut haben.  
363 Wir fordern, dass Einkommen aus Kapital unter die Einkommensteuer fällt. Wer viel  
364 bekommt, zahlt mehr Steuern.
- 365 • Wir fordern verbindliche Obergrenzen für Manager\*innen- und Vorstandsgehälter (inkl.  
366 Boni) : Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im  
367 Unternehmen bekommen.
- 368 • Die Mehrwertsteuer belastet Menschen mit niedrigem Einkommen besonders stark. Wir  
369 fordern die Mehrwertsteuerbefreiung von Grundnahrungsmitteln, Hygieneprodukten und  
370 Tickets für Bus und Bahn (siehe Kapitel 1). Damit die Senkung der Mehrwertsteuer  
371 tatsächlich bei den Menschen ankommt, müssen die Lebensmittelkonzerne und Supermärkte  
372 verpflichtet werden, die Steuersenkung weiterzugeben.
- 373 • Für arbeitsintensives Handwerk, Arzneimittel und Produkte für Kinder wollen wir  
374 ermäßigte Steuersätze. Das gilt auch für Reparaturdienstleistungen und Demontage,  
375 damit die Reparatur und Wiedernutzung Vorrang vor Entsorgung haben.

## 376 **Schlupflöcher für die Reichen schließen**

### 377 **Erbschaft- und Schenkungssteuer**

378 Vermögen werden durch Erbschaften und Schenkungen oft steuerfrei über Generationen  
379 weitergegeben. So sind die Steuersätze auf das Einkommen einer durchschnittlichen Familie  
380 höher als die Besteuerung von Millionen- und Milliarden-Erbschaften.

- 381 • Für diese Superreichen sollen die Steuersätze für Erbschaften und Schenkungen erhöht  
382 und die persönlichen Freibeträge herabgesetzt werden. ‚Normales‘ selbstgenutztes  
383 Wohneigentum bleibt freigestellt. Der Spitzensteuersatz der Erbschaftsteuer beträgt  
384 60 Prozent und gilt ab einem zu versteuernden Erbe von drei Millionen Euro zuzüglich  
385 des Freibetrags.
- 386 • Wir fordern einheitliche Freibeträge von 150.000 Euro für alle Begünstigten. Für  
387 Erb\*innen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, minderjährige Kinder,  
388 Hinterbliebene aus einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und für  
389 eine von der Erblasserin oder dem Erblasser benannte Person verdoppelt sich der  
390 Freibetrag auf 300.000 Euro. Danach greift ein Eingangssteuersatz von 6 Prozent, der  
391 progressiv auf den Spitzensteuersatz ansteigt. Die Erbschaftssteuer kann auf 20 Jahre

392 gestreckt werden, damit würde nicht die gesamte Belastung auf einmal anfällt.

393 • Die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden.  
394 Vergünstigungen bei Unternehmensvermögen, großen Wohnungsbeständen und der  
395 Verschonungsbedarfsprüfung sollen entfallen.

396 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 17 Milliarden.**

397 • Steuervorteile für Immobilieninvestor\*innen und -unternehmen müssen flächendeckend  
398 abgeschafft werden. Wir fordern eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass anteilige  
399 Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) entsprechend anteilig besteuert werden. Im Fall  
400 eines Erwerbs durch mehrere Personen oder Gesellschaften gemeinsam (sog. Co-  
401 Investments) wird entsprechend der jeweiligen Beteiligungsquote besteuert. Dadurch  
402 werden Share Deals weitgehend unattraktiv.

403 • Wir brauchen eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Klarstellung der als  
404 gemeinnützig anerkannten Zwecke. Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung  
405 muss ausdrücklich möglich sein, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus  
406 für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Organisationen, denen die  
407 Gemeinnützigkeit für ihre selbstlose politische Einmischung entzogen wurde, müssen  
408 sie zurückerhalten (z.B. Attac oder Campact).

409 **Konzerne gerecht beteiligen, Spekulant\*innen den Nährboden entziehen**

410 Die Unternehmensteuern wurden in den letzten Jahrzehnten massiv gesenkt – bis 1989 hatten  
411 Unternehmen durchschnittliche Steuerbelastungen von über 60 Prozent, heute weniger als 30  
412 Prozent. Von den zahlreichen Steuergeschenken profitieren vor allem große Konzerne und die  
413 Reichen.

414 • Wir fordern, dass die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent erhöht wird. Um international  
415 gegen Steuerwettbewerb und Profitverschiebung vorzugehen, setzen wir uns auch für die  
416 Erhöhung des globalen Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent ein. Die Bemessungsgrundlage  
417 muss durch eine realistische Gewinnermittlung erweitert werden, beispielsweise durch  
418 die angemessene Besteuerung von Gewinnen, die aus dem Verkauf von  
419 Unternehmensanteilen resultieren.

420 • Für internationale Konzerne ist es besonders leicht, Profite ins Ausland zu  
421 verschieben und so Steuern zu umgehen. Wir fordern, dass internationale Konzerne  
422 stärker dort besteuert werden, wo sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten haben. Dazu  
423 fordern wir eine Quellenbesteuerung der Gewinne am Ort der wirtschaftlichen  
424 Aktivität. Dafür ist ein stärkerer Austausch zwischen den Ländern über alle  
425 steuerrelevanten Informationen entscheidend. Bei Zahlungen wie Dividenden, Zinsen und  
426 Lizenzabgaben, die in nicht kooperative Staaten fließen, fordern wir eine  
427 Quellensteuer von 50 Prozent. Damit machen wir Steuerflucht unattraktiv. Unternehmen  
428 können sich die Steuer nur anrechnen lassen, wenn sie alle steuerrelevanten  
429 Informationen offenlegen. Betriebsausgaben, die nur der Gewinnverlagerung dienen,  
430 dürfen nicht abzugsfähig sein. Das Konzept der virtuellen Betriebsstätte muss auch im  
431 Steuerrecht verankert werden.

432 • Transnationale Konzerne sollen dazu verpflichtet werden, ihre Kerndaten wie ihre  
433 Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderweise offenzulegen. Damit  
434 verhindern wir, dass Geldströme z.B. durch Briefkastenfirmen verschleiert werden.  
435 Steuervermeidung über Stiftungen muss eingeschränkt werden.

436 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 42 Milliarden Euro**

## 437 **Gewerbsteuer**

438 Die Gewerbesteuer in Deutschland gleicht einem Flickenteppich, von Region zu Region ist  
439 sie unterschiedlich. Manche Kommunen werben mit besonders niedrigen Gewerbesteuern, um  
440 mehr Unternehmen anzulocken und die kommunalen Steuereinnahmen aufzubessern. Das  
Ergebnis:

441 viele Kommunen sind unterfinanziert und können keine Investitionen mehr tätigen – die  
442 Schere zwischen armen und reichen Kommunen geht immer weiter auseinander.

- 443 • Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefiskussteuer  
444 ein. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und  
445 Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbstständige und  
446 Freiberufler werden einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro  
447 anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die  
448 Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet.

449 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 18 Milliarden Euro**

## 450 **Finanztransaktionssteuer**

- 451 • Wir streiten für eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulation auf den Finanzmärkten  
452 einzudämmen. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig  
453 werden. Die Finanztransaktionssteuer trifft vor allem kurzfristige Großumsätze mit  
454 kleinen Gewinnmargen – die sogenannten Hochfrequenzhändler. So stabilisiert und  
455 schrumpft sie die Finanzmärkte.

456 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 36 Milliarden Euro**

## 457 **Profite mit Krieg und Krisen verhindern**

458 Konzerne wie RWE, Shell und Total haben im Zuge des Ukrainekriegs durch enorme  
459 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben die Krisensituationen und ihre  
460 Marktmacht ausgenutzt, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Wir wollen die  
461 Extraprofite an die Allgemeinheit zurückverteilen. Die Linke fordert die Einführung einer  
462 Übergewinnsteuer in Höhe von 90 Prozent auf alle Krisenprofite. (siehe Kapitel 1)

## 463 **Finanzkriminalität bekämpfen**

464 Deutschland ist ein Paradies für Finanzkriminalität und Geldwäsche. Cum-Ex und Cum-Cum  
465 oder der Skandal um Wirecard haben wieder einmal gezeigt, wie einfach es Kriminellen in  
466 Deutschland gemacht wird, durch Betrug dem Gemeinwesen hunderte Milliarden aufzubürden.  
467 Wir werden den Diebstahl an der Öffentlichkeit verhindern!

- 468 • Wir brauchen eine offizielle Steuerlückenschätzung, die jährlich von der  
469 Bundesregierung erstellt wird, öffentlich einsehbar ist und zur Zielvorgabe für die  
470 Finanzverwaltung wird.
- 471 • Skandale wie Cum-Ex, Cum-Cum oder Wirecard müssen systematisch aufgearbeitet werden.  
472 Die Strafverfolgungsbehörden und Finanzämter müssen personell und technisch in die  
473 Lage versetzt werden, Steuerhinterziehung als Geschäftsmodell konsequent zu  
474 verfolgen.
- 475 • Jede\*r Steuerfahnder\*in bringt dem Staat im Durchschnitt mehr als eine Million Euro  
476 mehr, als sie oder er kostet. Besonders unter den Superreichen wird viel zu wenig  
477 geprüft, obwohl bei 75 Prozent der überprüften Millionäre Steuerhinterziehung  
478 festgestellt wird. Wir fordern mehr Prüfungen bei den Superreichen!
- 479 • Finanzaufsicht reformieren, finanziellen Verbraucherschutz stärken: Alle Geld- und

480 Vermögensanlagen sowie Kreditgeschäfte sollen von der BaFin erfasst und regelmäßig  
481 geprüft werden. Die BaFin braucht dafür mehr Fachpersonal, um die Bilanzkontrolle  
482 besser durchführen zu können.

483 • Ohne ein Strafrecht für Unternehmen kommen die großen Banken in Beihilfeverfahren oft  
484 glimpflich davon. Wir brauchen ein Unternehmensstrafrecht, um nicht nur einzelne  
485 Personen, sondern auch große Konzerne zur Verantwortung zu ziehen.

486 • Wir wollen verhindern, dass einzelne Superreiche Steuern umgehen, indem sie  
487 beispielsweise ins Ausland ziehen oder ihre Geschäfte verlagern. Wir wollen, dass  
488 alle deutschen Staatsangehörigen in Deutschland besteuert werden, unabhängig davon,  
489 wo sie ihre Einkommen erzielt haben oder ihren Wohnsitz haben. Um eine  
490 Doppelbesteuerung zu vermeiden, können im Ausland gezahlte Steuern angerechnet  
491 werden.

#### 492 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 18 Milliarden**

#### 493 **Abschaffung der Investitionsbremse**

494 Die so genannte Schuldenbremse hat riesige Investitionslücken in der Infrastruktur und bei  
495 sozialen Dienstleistungen gerissen. Die Rechnung für die Bürger\*innen sind überhöhte  
496 Mieten, verspätete Züge, und extremer Personalmangel in Schulen und Kitas. Wir stellen uns  
497 dagegen und fordern einen Wandel in der Haushaltspolitik. Alleine in den nächsten 10  
498 Jahren muss der deutsche Staat nach Schätzungen 600 Milliarden Euro an zusätzlichen  
499 Investitionen bereitstellen, um Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig  
500 zu machen.

501 • Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse und ihre Ersetzung durch die „Goldene  
502 Regel“, wonach Investitionen über Kredite finanziert werden können. Die goldene Regel  
503 muss mit einem Umdenken in der Investitionspolitik einhergehen. Der Staat muss  
504 genauso in die Zukunft investieren können wie ein Privatunternehmen. Die Ausgaben von  
505 Bund, Ländern und Kommunen müssen grundlegend anders priorisiert werden. Mehr Geld  
506 für Bildung, Soziales und öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und  
507 klimaschädliche Subventionen.

508 • Den allergrößten Teil der Investitionen müssen Länder und Kommunen leisten. Um die  
509 Kommunen zu unterstützen, brauchen wir eine Gemeindefinanzreform, die 100 prozentige  
510 Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und einen  
511 Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen. Die Einnahmen der Vermögensteuer würden  
512 ebenfalls den Ländern zufließen.

#### 513 **Die Europäische Zentralbank demokratisieren**

514 Die EZB hat in den vergangenen Krisen versagt. Die Erhöhung der Leitzinsen war ein  
515 wirkungsloser Versuch, die profitgetriebene Inflation zu bekämpfen. Dringend benötigte  
516 Investitionen wurden gebremst, die Preise sind weiter gestiegen. Auf dem Rücken der  
517 arbeitenden Bevölkerung hat die EZB bewiesen, dass sie aufkommende Krisen nicht verhindern  
518 kann. Wir wollen die Rolle der EZB neu definieren, damit sie die Menschen in der EU  
519 schützt.

520 • Wir fordern, dass die EZB demokratisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird  
521 und nicht weiter dem Einfluss von Finanzlobbyist\*innen unterliegt. Die  
522 Führungsgremien der EZB – wie EZB-Rat, EZB-Direktorium und EZB-Präsident\*in – sollen  
523 vom Europäischen Parlament gewählt werden. Die grundlegenden und langfristigen  
524 Zielsetzungen der Geldpolitik sollen im Parlament diskutiert und entschieden werden.

525 Gerade in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen sind Zentralbanken  
526 politische Schlüsselakteure - eine demokratische Mitentscheidung ist hier dringend  
527 nötig.

528 • Neben dem Ziel der Preisstabilität soll das Mandat der EZB auf Vollbeschäftigung und  
529 nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Richtung ökologischer Verantwortung  
530 erweitert werden. Wir wollen der EZB ermöglichen, Staaten direkt zu finanzieren, um  
531 diese Ziele zu erreichen. Ein inflationäres Risiko besteht nicht, weil die EZB  
532 weiterhin ihrem Inflationsziel von 2 Prozent verpflichtet ist.

533 Geld und Währung müssen Teil staatlicher Souveränität bleiben, eine schleichende  
534 Privatisierung lehnen wir ab. Internetgiganten und Finanztechnologieunternehmen (Amazon,  
535 Paypal und Co.) müssen denselben Regeln und Gesetzen unterworfen sein, wie konventionelle  
536 Finanzdienstleister wie Banken und Versicherungen. Mit einer öffentlichen Alternative zu  
537 den Bezahlssystemen der großen Internetkonzerne können wir ihrer enormen Macht  
538 entgegenwirken.

539 • Die Linke befürwortet die Einführung des digitalen Euro durch die EZB. Er soll ein  
540 von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das Privatpersonen in  
541 begrenztem Maße und unverzinst auf Konten bei der EZB halten können. Er soll Bargeld  
542 nicht ersetzen, sondern als weitere bequeme Form des Zentralbankgelds ergänzen.

543 • Digitale Zahlungen ermöglichen die Erstellung von persönlichen Profilen und  
544 Rückschlüsse auf sensible persönliche Informationen. Bei kleinen Beträgen muss das  
545 Recht auf anonymes Bezahlen gesetzlich verankert werden.

#### 546 **Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen**

547 15 Jahre nach der Finanzkrise hat die Regierung es immer noch nicht geschafft, Maßnahmen,  
548 die während der Finanzkrise versprochen wurden, umzusetzen. Dabei können Krisen im  
549 Finanzsektor ganze Staaten und Sozialsysteme in den Ruin stürzen. Wir wollen die  
550 Gesellschaft und die Demokratie aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne befreien. Dafür  
551 werden wir den Finanzsektor auf eine dienende Funktion für die Gesellschaft  
552 zurechtstutzen.

553 • Mit lebenswichtigen Bereichen darf nicht auf den Finanzmärkten spekuliert werden.  
554 Dazu gehört die öffentliche Daseinsvorsorge, aber auch Spekulationen auf  
555 Nahrungsmittel. Wir wollen, dass Krankenhaus-, Pflege- und Immobilienkonzernen die  
556 Börsenzulassung entzogen wird.

557 • Banken müssen verkleinert und das Investmentbanking abgewickelt werden. Wir werden  
558 Banken auf ein Geschäftsmodell verpflichten, das den Bedürfnissen der Gesellschaft  
559 und der Realwirtschaft dient: 1. Angebote im Bereich Zahlungsverkehr, 2. einfachere  
560 und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung öffentlicher und privater  
561 Investitionen.

562 • Die Linke setzt sich für strengere soziale und ökologische Kriterien bei der EU-  
563 Taxonomie ein. Investitionen in Atom- oder Gasenergie sind nicht nachhaltig,  
564 Greenwashing etwa durch das Einbeziehen von konventionellen Schiffen und Flugzeugen  
565 oder Ausgleichsmaßnahmen von Biodiversitätsverlusten lehnen wir ab.

566 • In Zukunft sollen Finanzinstrumente eine ausdrückliche Zulassung durch einen Finanz-  
567 TÜV erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen. Finanztransaktionen, -  
568 dienstleistungen und -instrumente sind dann nur noch erlaubt, wenn sie einen  
569 gesamtwirtschaftlichen und/oder gesellschaftlichen Nutzen haben.

- 570 • Das globale Finanz- und Währungssystem verschärft soziale Ungleichheit, die  
571 Klimakrise und Fluchtbewegungen. Wir brauchen internationale Kooperationen auf  
572 Augenhöhe. Grundvoraussetzung dafür ist ein Schuldenschnitt und eine nachhaltige  
573 Entschuldungsinitiative für alle Länder des Globalen Südens, deren Schuldenlast nicht  
574 tragfähig ist. Private Gläubiger müssen gezwungen werden, sich an dieser  
575 Schuldeninitiative zu beteiligen. Wir fordern die Einführung eines  
576 Staateninsolvenzverfahrens.
- 577 • Wir fordern einen Deckel für Dispozinsen: Der Zinssatz für Dispositions- und  
578 Überziehungskredite darf maximal 5 Prozentpunkte über dem Leitzinssatz der EZB  
579 liegen. So schützen wir Menschen, die sich am Rande des Existenzminimums bewegen und  
580 den Dispokredit oft nutzen müssen.

#### 581 **IV. Soziale Sicherheit für alle**

582 Soziale Sicherheit ist kein Almosen. Sozialpolitik sorgt dafür, dass Menschen in  
583 unterschiedlichen Lebensumständen ein angemessenes Einkommen haben, auch wenn die  
584 Mechanismen des Marktes nicht dafür sorgen. Dabei geht es nicht nur um die Ärmsten.  
585 Familien mit Kindern brauchen Leistungen wie Wohngeld und Kindergeld, weil es heute keinen  
586 „Familienlohn“ mehr gibt, der nach Familienstand unterscheidet. Es wäre ungerecht,  
587 unsozial und auch nicht im gesellschaftlichen Interesse, wenn Familien mit Kindern  
588 grundsätzlich ärmer wären, weil sie vom selben Einkommen auch noch die Kinder durchbringen  
589 müssten und oft noch Arbeitszeit reduzieren müssen. Auch im Alter und bei Erwerbslosigkeit  
590 muss dafür gesorgt sein, dass jeder und jede ein Leben in Würde und Sicherheit führen  
591 kann. Nur eine Gesellschaft, wo nicht ständig die Angst vor dem Abstieg herrscht, ist eine  
592 humane und auch eine produktive Gesellschaft.

593 Die Linke kämpft dafür, dass den Menschen in Notlagen ihre Würde und ihre sozialen Rechte  
594 zurückgegeben werden. Armut und Erwerbslosigkeit sind nicht selbstverschuldet, sondern  
595 haben oft strukturelle Ursachen. Wir kämpfen für des Recht auf Existenzsicherung ohne  
596 Gängelung und Strafen.

- 597 • Der Regelsatz im Bürgergeld ist kleingerechnet: Der Paritätische Wohlfahrtsverbandes  
598 zeigt, dass der Regelsatz bei mindestens 813 Euro liegen müsste.
- 599 • Wir wollen das Bürgergeld zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung umbauen. Anspruch  
600 haben alle, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben. Bei der Höhe  
601 orientieren wir uns an der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze. Eine alleinlebende  
602 Person würde demnach gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich bekommen (inkl. Miete und  
603 sonstige Wohnkosten; in Regionen mit hohen Mieten entsprechend mehr).

#### 604 **Eine sichere Rente für alle**

605 Viele legen ihre jährliche „Renteninformation“ schnell wieder weg, weil sie wissen: Das  
606 wird nicht reichen. Immer weniger Menschen haben ein planbares Berufsleben und können  
607 sicher sein kann, dass ein erarbeiteter und erkämpfter Lebensstandard auch Bestand hat.  
608 Das muss so nicht sein. Die gesetzliche Rente hat kein Demografieproblem, sondern ein  
609 Gerechtigkeitsproblem:

- 610 • Für ein gerechtes Rentensystem zahlen alle Menschen mit Erwerbseinkommen - auch  
611 Beamt\*innen, Selbstständige, Freiberufler\*innen, Manager\*innen und Abgeordnete - in  
612 eine solidarische Erwerbstätigenversicherung ein. Das Rentenniveau kann dann steigen.

613 Menschen mit sogenannten Riester-Verträgen u.ä. Zusatzrenten sollen ihre Verträge in  
614 die gesetzliche Rente zu überführen können. Ergänzend gibt es Betriebsrenten, die  
615 mindestens zu 50 Prozent von den Arbeitgeber\*innen finanziert sein müssen.

616 • Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben und die  
617 Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln. Die niedrigen Rentenansprüche von Niedrig- und  
618 Geringverdienenden, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden wollen wir aufwerten.  
619 Ostverdienste wollen wir noch bis 2030 hochwerten, damit sich Renten und Ost- und  
620 Westdeutschland angleichen.

621 • Die Rente erst ab 67 bedeutet Rentenkürzungen für alle, insbesondere in Berufen, in  
622 denen Beschäftigte nicht so lange durchhalten können. Wir fordern eine  
623 Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Wer 40 Jahre lang gearbeitet und selbst Beiträge  
624 gezahlt hat, soll, ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können.

625 • Gegen Altersarmut hilft unsere »Solidarische Mindestrente«: Für diejenigen, die wegen  
626 schlechter Jobs, erzwungener Teilzeit oder Erwerbslosigkeit keine auskömmliche Rente  
627 bekommen. Sie erhalten einen Zuschlag bis zur Höhe der Armutsrisikogrenze von derzeit  
628 rund 1.400 Euro. Dazu kommen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und in Regionen  
629 mit sehr hohen Wohnkosten ggf. einen Mietzuschuss.

#### 630 **Alle Familien stärken und entlasten, Vereinbarkeit verbessern**

631 Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen –  
632 unabhängig von Tauschein, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.

633 Familienpolitik muss allen Menschen ermöglichen, ein gutes Leben ohne Zukunftsangst zu  
634 führen und materielle Nachteile ausgleichen. Die soziale Absicherung – besonders von  
635 Alleinerziehenden – muss sicher vor Armut schützen und Familie und Beruf müssen leichter  
636 zu vereinbaren sein.

637 • Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen, die flexible Öffnungszeiten haben, damit  
638 eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Es muss deshalb massiv in  
639 den Ausbau der öffentlichen und gebührenfreien Kindertagesbetreuung für alle  
640 Altersgruppen investiert werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung muss  
641 verbindlich werden – und ausreichend Plätze geschaffen werden.

642 • Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Müttern  
643 und Vätern zu fördern, wollen wir für den zweiten Elternteil ab Geburt des Kindes 28  
644 Tage Elternschutz einführen.

645 • Den Mindestbetrag beim Elterngeld wollen wir auf 420 Euro anheben. Mindest- und  
646 Höchstbetrag sollen an die Entwicklung des allgemeinen Verbraucherpreisindex  
647 gekoppelt werden. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung soll das Mindest-  
648 Elterngeld nicht auf Bürgergeld und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz  
649 angerechnet werden.

650 • Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine Individualbesteuerung ersetzen, wobei  
651 das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw.  
652 Lebenspartner\*innen übertragbar sein soll.

653 • Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch Finanzierung einer Haushaltshilfe  
654 (einmal pro Woche) und eine Kitaplatz-Garantie entlasten. Außerdem fordern wir eine  
655 Steuergutschrift, die mindestens der maximalen Wirkung des heutigen  
656 Entlastungsbetrags von 2.028 Euro im Jahr entspricht und die regelmäßig erhöht wird.

- 657 • Den Unterhaltsvorschuss machen wir gerechter, indem u. a. das Kindergeld nicht mehr  
658 voll angerechnet und das Bezugsalter bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet wird. In das  
659 Sorge- und Umgangsrecht wollen wir den Gewaltschutz verankern. Die Gleichwertigkeit  
660 aller Betreuungsmodelle muss im Familienrecht und in der Beratung deutlich werden.
- 661 • Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit  
662 Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von  
663 Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen  
664 die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Wir wollen den Kündigungsschutz für Eltern bis  
665 zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes ausweiten. Die Situation von  
666 Berufsrückkehrer\*innen nach der Elternzeit stärken wir u. a. durch ein ausdrückliches  
667 Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

### 668 **Kinderarmut bekämpfen**

669 Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, von  
670 der alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie besteht aus vier Säulen:

- 671 1. Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen  
672 Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024)
- 673 2. Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu 353 Euro  
674 monatlich)
- 675 3. Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig)
- 676 4. Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. ä.)

677 Neben der Kindergrundsicherung wollen wir Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen  
678 Voraussetzungen für ihr Leben schaffen:

- 679 • Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch auf gute Entfaltung und  
680 soziale Teilhabe bekommen. Gleiches gilt für den Schutz vor Gewalt. Deshalb wollen  
681 wir ihre Rechte im Grundgesetz verankern.
- 682 • Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere  
683 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei,  
684 wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der  
685 Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch die  
686 Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen dafür ebenfalls  
687 aufgestockt werden. Bereits im Vorschulalter müssen Kinder lernen, sexualisierte  
688 Übergriffe und Gewalt zu erkennen und Erwachsene zu informieren, wenn sie dies erlebt  
689 oder beobachtet haben.

### 690 **Selbstbestimmtes Altern ermöglichen**

691 Viele Menschen sind im Alter besonders auf Unterstützung angewiesen. Dabei geht es nicht  
692 nur um finanzielle Leistungen, sondern auch um altersgerechte Beratungs-, Kultur- und  
693 Freizeitangebote. Wir setzen uns für eine neue Kultur des Alterns in dieser Gesellschaft  
694 ein. Es geht um selbstbestimmtes Altern in Würde, ohne Diskriminierungen, Armut und  
695 Abstiegsängste. Senior\*innen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt  
696 teilhaben können.

- 697 • Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe  
698 bekommen. Wir wollen Altersdiskriminierung verbieten: Artikel 3 (3) GG soll um das  
699 Merkmal Alter ergänzt werden. Überall in den Kommunen müssen Seniorenvertretungen  
700 eingerichtet werden.



- 701 • Der altersgerechte Umbau von Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche  
702 Wohnungsunternehmen ist vorrangig mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Wir wollen  
703 eine Quote für altersgerechte und barrierefreie Wohnungsangebote und ein gesetzliches  
704 Räumungsverbot gegenüber älteren Menschen. Wohnungstauschbörsen mit Mietpreisbindung  
705 wollen wir fördern. Seniorengerechtes, betreutes Wohnen muss in die Richtlinien des  
706 sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards verankert werden.
- 707 • Für Mobilität und soziale Teilhabe von älteren Menschen wollen wir ein kostenloses  
708 bundesweites Senior\*innen-Ticket (siehe Kapitel 9).

## 709 **V. Gesundheit und Pflege: Solidarität statt Wettbewerb**

710 Beim Zustand des Gesundheitssystems in Deutschland bleibt nur die Hoffnung: Bloß nicht  
711 krank werden. Die Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe, als Kassenpatient\*in wartet  
712 man ewig auf einen Termin – und im Wartezimmer nochmal. Doch eine gute gesundheitliche  
713 Versorgung für alle ist keine Utopie, sondern eine Verteilungsfrage. Wir können eine gute  
714 Gesundheitsversorgung für alle erreichen, wenn wir mit der Profitorientierung brechen und  
715 die Gesundheitsversorgung nach sozialen und medizinischen Kriterien ausrichten.

716 Das ist bitter nötig, denn der Ist-Zustand ist untragbar: Auf dem Land bricht die  
717 Versorgung weg und Patient\*innen müssen teils stundenlange Wege in Kauf nehmen.  
718 Gleichzeitig sind viele Behandlungen unnötig und werden von Krankenhauskonzernen und  
719 Ärzt\*innen angeboten, weil es sich lohnt. Die Privatisierung und Ökonomisierung des  
720 Gesundheitswesens ist ungerecht – und ineffizient. Trotzdem haben Lauterbach und die  
721 Ampel-Regierung eine Krankenhausreform durchgepeitscht, die die Versorgung (nicht nur) auf  
722 dem Land bedroht und weiter auf Wettbewerb zwischen den Kliniken setzt.

723 Wer arm ist, stirbt früher, wird häufiger schwer krank oder pflegebedürftig. Schuld daran  
724 sind z.B. schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen, prekäre Lebensverhältnisse, kaum  
725 Förderung von Prävention und gesunden Lebensweisen. Wir wollen ein gesundes Leben  
726 unabhängig vom eigenen Geldbeutel in allen Lebensbereichen ermöglichen! Menschen ohne  
727 regulären Aufenthaltsstatus müssen bundesweit Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung  
728 erhalten. Gesundheit darf keine Klassenfrage mehr sein – und deshalb auch keine Frage der  
729 Krankenkasse.

730 • Wir streiten für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Alle zahlen  
731 ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Die  
732 Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch auf Einkommen aus Kapitalerträgen und andere  
733 Einkommensarten müssen Beiträge gezahlt werden. Privatversicherte werden in die  
734 gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Dadurch sinkt der Beitrag für die  
735 Krankenversicherung von derzeit 17,1 auf etwa 13,3 Prozent des Bruttolohns. Für alle  
736 Menschen mit einem Monatseinkommen unter etwa 7.100 Euro sinken die Beiträge. Der  
737 allergrößte Teil der Bevölkerung wird durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch  
738 viele Selbstständige und Rentner\*innen.

739 • Unsere solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen  
740 abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil  
741 zahlen. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden!

742 • Mit der Pflegevollversicherung werden die Kommunen entlastet, weil sie nicht mehr für  
743 die Eigenanteile der Pflegebedürftigen aufkommen müssen.

744 Für die Beschäftigten bedeutet der ständige Kostendruck im Gesundheitssystem Stress und  
745 Überlastung. Viele Kolleg\*innen haben dem Beruf den Rücken gekehrt, der Personalmangel  
746 verschärft den Stress – ein Teufelskreis. Für die Patient\*innen heißt das: mehr  
747 vermeidbare Infektionen, weniger Versorgung, Tausende vermeidbare Todesfälle im  
748 Krankenhaus pro Jahr.

749 • Solidarität mit den Beschäftigten, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen! Wir  
750 fordern flächendeckende Entlastungstarifverträge haben (siehe Kapitel 7), bessere  
751 Arbeitsbedingungen und eine bundesweite Offensive zur Rückanwerbung für Pflegekräfte  
752 und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen, die den Beruf verlassen. Wir fordern  
753 zudem eine Ausbildungsoffensive und allgemeinverbindliche Tarifverträge (s. Kapitel  
754 7)

755 • Für eine gesetzlich vorgeschriebene Personalbemessung, bei der es am Ende auch mehr  
756 Personal gibt, für Schichtpläne ohne Stress. Es braucht mindestens 100 000  
757 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern!

758 • Kein Outsourcing, um Löhne zu drücken oder Tarifverträge zu umgehen! Wir unterstützen  
759 die Kämpfe der Beschäftigten im Gesundheitswesen für die Rücknahme von  
760 Ausgliederungen und Privatisierungen (etwa der Küchen- und Reinigungsdienstleistungen  
761 oder der Logistik). Es muss gelten: Ein Haus, ein Tarif!

762 Es braucht eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. Dafür muss der Bund  
763 sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend  
764 zu finanzieren.

765 Das Krankenhaus-Reformgesetz der Ampel-Regierung ist halbherzig: Es hält an den  
766 Fallpauschalen fest, enthält keine echten Standortgarantien für notwendige Einrichtungen  
767 und sichert die niedrigschwellige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung nicht finanziell –  
768 ausgerechnet gemeinnützige und ländliche Krankenhäuser sind besonders von der Schließung  
769 bedroht.

770 • Wir wollen, dass die notwendigen Betriebskosten der Krankenhäuser von den  
771 Krankenkassen vollständig finanziert werden, die Fallpauschalen müssen vollständig  
772 abgeschafft werden. Dadurch sind Gewinne und Verluste weitgehend unmöglich. Private  
773 Konzerne dürften zwar weiter Krankenhäuser betreiben, aber ohne Gewinnmöglichkeit  
774 werden sie daran kein Interesse mehr haben. Wir wollen private Krankenhäuser, die  
775 private Betreiber aufgeben wollen, in die öffentliche Hand überführen. Hierzu können  
776 Kommunen und Länder auf den Re-Kommunalisierungsfonds zugreifen (s. Kapitel 11).

777 • Die Länder sind für die Investitionskosten der Krankenhäuser zuständig, zahlen dafür  
778 aber seit Jahrzehnten viel zu wenig. Dadurch haben wir einen massiven  
779 Investitionsstau, Personalmittel werden für Baumaßnahmen eingesetzt. Der  
780 Pflegenotstand nimmt zu. Bund und Länder müssen nachhaltig in die Krankenhäuser  
781 investieren! Die Vermögensteuer kann ihnen dabei helfen.

## 782 **Ambulante Versorgung**

783 Arztpraxen sind oft schlecht erreichbar und selten barrierefrei. Die Terminvereinbarung  
784 ist kompliziert und die Wartezeit hängt vom Versichertenstatus ab. Die Linke tritt für  
785 eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung  
786 in Stadt und Land ein. Wir wollen kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der  
787 wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen zentrale Anlaufstelle für  
788 Patient\*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen,

789 psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen  
790 verbinden. Wir wollen, dass stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des  
791 Gemeinwohls geplant und gestaltet wird.

792 • Gesundheitsberufe wie Apotheker\*innen, Pflegekräfte, Therapeut\*innen (Heilmittel),  
793 Hebammen, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter\*innen bringen ihre  
794 speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung unentbehrlich. Sie  
795 sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen können. Wir wollen die  
796 Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine flächendeckende Versorgung  
797 gewährleisten.

798 • Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den  
799 Bedarf. Solange nicht genügend zugelassene Psychotherapeut\*innen zur Verfügung  
800 stehen, müssen Therapien über das Kostenerstattungsverfahren unbürokratisch möglich  
801 sein. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der Bedarfsplanung für  
802 vertragspsychotherapeutische Kassensitze, die sich nach dem realen Bedarf richtet.  
803 Die Ausbildungskosten für zukünftige Psychotherapeut\*innen müssen gedeckelt werden  
804 und die Vergütung an Tarifverträge angelehnt werden. Die Finanzierung der Ausbildung  
805 durch die Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden.

806 • Private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) investieren in großem  
807 Stil in Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgungszentren (MVZ), trimmen sie  
808 auf Profite und verkaufen sie teurer weiter. Das wollen wir stoppen!

809 • Wir wollen, dass die elektronische Patientenakte konsequent auf die Verbesserung der  
810 Behandlungen ausgerichtet ist und nicht – riesige Datenmengen ohne Wissen der  
811 Patient\*innen auch für kommerzielle Player freigegeben werden.

812 • Für digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wir wissenschaftliche  
813 Bewertungsverfahren. Wir wollen Open-Source-Anwendungen öffentlich fördern!

#### 814 **Bezahlbare Medikamente für alle! Die Macht der Pharmaindustrie durchbrechen**

815 Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 50 Milliarden Euro für  
816 Arzneimittel aus – mit schnell steigender Tendenz – und obwohl Patient\*innen für  
817 Arzneimittel zuzahlen müssen. Für neue Arzneimittel verlangen die Pharmakonzerne  
818 Fantasiepreise und machen Milliardenprofite. Keiner der Versuche, die Preise für neue  
819 Arzneimittel zu regulieren, konnte die Kostenexplosion wirksam begrenzen. Wir wollen den  
820 Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen. Es braucht öffentliche Kontrolle über die  
821 Arzneimittelforschung. Preise müssen in der EU einheitlich festgelegt werden. Wir wollen  
822 gezielt Gelder bereitstellen, um die Forschung zu öffentlicher Gesundheit (Public Health)  
823 und die nichtkommerzielle klinische Forschung zu stärken.

#### 824 **Pflege darf kein Armutsrisiko sein!**

825 Die Eigenanteile in der Pflege sind so hoch, dass sie meist alle Rücklagen und die Rente  
826 auffressen und dann die Kosten von den Kommunen getragen werden. Pflegeeinrichtungen  
827 gelten als lukratives Investment. Die Gewinne steigen, aber das hat seinen Preis: Der  
828 Stress für Pflegekräfte steigt und die Versorgung der Bewohner\*innen wird schlechter. Wir  
829 wollen Pflegekonzerne aus der stationären Pflege herausdrängen. Die Finanzierung muss auf  
830 Kostendeckung ausgerichtet werden. Wir setzen uns für einen Systemwechsel in der Pflege  
831 ein: Für gute Arbeitsbedingungen und Entlastung der Beschäftigten in den  
832 Pflegeeinrichtungen. Wir wollen private Pflegeeinrichtungen in öffentliche Hand  
833 überführen.

- 834 • Die Kostenspirale der Eigenanteile muss gebrochen werden: Wir wollen sie kurzfristig  
835 senken und deckeln. Mit unserer Pflegevollversicherung werden sie abgeschafft.
- 836 • Es braucht 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Pflegeheimen! Hunderttausende  
837 Pflegekräfte können sich vorstellen, in den Beruf zurückzukehren – bei besseren  
838 Arbeitsbedingungen.
- 839 • Die Berufe von Kranken- und Altenpflege sind zusammengelegt worden. Trotzdem besteht  
840 noch eine Lohnlücke von etwa 300 Euro: Sie muss geschlossen werden. Alle Pflegekräfte  
841 sind Fachkräfte und verdienen eine entsprechende Entlohnung.
- 842 • Pflegende Angehörige müssen viel besser unterstützt werden! Das  
843 Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus: Wir wollen für alle Beschäftigten sechs  
844 Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten  
845 Auftreten eines familiären Pflegefalls. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle  
846 pflegenden Angehörigen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten.
- 847 • Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch für ihre  
848 pflegenden Angehörigen sind wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer  
849 solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und  
850 Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch zugängliche Entlastungsangebote.
- 851 • Keine Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in der Pflege! Die „24-Stunden-  
852 Betreuung“ ist eine Zumutung für alle Beteiligten. Die prekäre Lage dieser Menschen  
853 in ihren Herkunftsländern wird für eine Beschäftigung unter inakzeptablen Bedingungen  
854 ausgenutzt. Es braucht endlich eine Regulierung dieser Beschäftigungsverhältnisse mit  
855 Sozialversicherungsschutz, gesetzlicher Arbeitszeit, Urlaub und Mindestlohn.

#### 856 **Prävention und Beratung statt Strafverfolgung in der Drogenpolitik**

857 Ein Verbot von Drogen reduziert weder den Drogenhandel noch senkt es wirksam den Konsum.  
858 Viele Probleme entstehen erst durch die Kriminalisierung, etwa Gesundheitsschäden durch  
859 Verunreinigungen, der soziale Absturz von Menschen mit Suchtproblemen und die Förderung  
860 der organisierten Kriminalität. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel.

- 861 • Wir wollen ein Werbe- und Sponsoring-Verbot für Tabak, Alkohol, andere Drogen sowie  
862 Glücksspielangebote einführen, begleitet von Aufklärungskampagnen zu Alkohol-, Drogen  
863 und Spielsucht. Manche dieser Suchtmittel sind gesellschaftlich oft weitgehend  
864 akzeptiert, aber haben gravierende Folgen. Wir wollen wir Spielautomaten in  
865 Gaststätten verbieten.
- 866 • Wir wollen die Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden beenden und dafür den Kampf  
867 gegen die organisierte Kriminalität stärken. Für häufig gebrauchte Drogen braucht es  
868 hierfür bundeseinheitliche Höchstmengen, bei deren Besitz keine Strafverfolgung  
869 erfolgt.
- 870 • Wir wollen eine vollständige Legalisierung von Cannabis und die dafür notwendigen  
871 Änderungen auf EU- und UN-Ebene.
- 872 • Für alle Drogen, inklusive Alkohol, werden Grenzwerte für die Blutkonzentration  
873 festgelegt, bei denen die Fahrtüchtigkeit nach wissenschaftlich-medizinischen  
874 Gesichtspunkten nicht beeinträchtigt wird. Höhere Konzentrationen im Straßenverkehr  
875 werden geahndet. Damit wollen wir das Nüchternheitsgebot endlich sachgerecht  
876 durchsetzen.
- 877 • Im Vordergrund muss stehen: Leben retten. Deshalb wollen wir einen flächendeckenden

878 Zugang zu Drogenkonsumräumen, sterilen Konsumutensilien und Medikamenten gegen  
879 Überdosierung. Die Analyse von Drogen auf gefährliche Beimischungen und  
880 Verunreinigungen (Drugchecking) muss flächendeckend verfügbar sein.  
881 • Wir stärken Präventions-, Beratungs- und Hilfsangebote.

## 882 **VI. Eine friedliche Welt ist möglich**

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines  
884 friedlichen Deutschlands in einer demokratischen, sozialen und friedlichen EU, in der das  
885 Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in  
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite  
887 der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen,  
888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die  
889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere  
890 Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im  
891 Krieg gibt es einen Klassengegensatz. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und  
892 unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts  
893 zu gewinnen.

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit  
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deutschland und die EU tragen durch  
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. Imperialistische Angriffskriege wie der von Russland gegen die Ukraine  
900 oder von der Türkei in Nordostsyrien bedrohen Millionen Menschen an Leib und Leben.

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

917 Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den  
918 geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die  
919 Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-  
920 Staaten, infrage gestellt. Dabei versuchen alle Akteure, mit allen Mitteln mehr Einfluss  
921 zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen. Wir verurteilen dieses

922 Denken und Handeln, in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen Krisengebieten der Welt.  
923 Wir wollen, dass die Menschen in der Ukraine selbstbestimmt, demokratisch und souverän  
924 über ihr Zusammenleben entscheiden können – genauso wie in Palästina, Kurdistan und  
925 überall auf der Welt.

926 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein  
927 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen  
928 herangezogen werden. Das Unrecht der Besetzung der palästinensischen Gebiete ist niemals  
929 eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas – und genauso  
930 rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen  
931 Armee in Gaza oder im Libanon. Wir unterstützen die Bemühungen des Internationalen  
932 Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen.  
933 Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in  
934 Israel und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

935 Wir wollen die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen. Das  
936 drohende Wettrüsten und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen führen nicht zu  
937 mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Menschen in Deutschland, Europa und der ganzen  
938 Welt. Von einem Rüstungswettlauf profitieren vor allem die Rüstungskonzerne und ihre  
939 Anteilseigner. Er geht zu Lasten des sozialen Fundamentes der Demokratie und der dringend  
940 nötigen Zukunftsinvestitionen überall. Dagegen braucht es eine ganz andere, eine  
941 friedenspolitische Zeitenwende - für eine Sicherheitspolitik ohne militärischen  
942 Tunnelblick.

943 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist dafür  
944 nicht geeignet. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines Militärbündnis  
945 zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer wieder und seit vielen  
946 Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg,  
947 noch die weiteren zahlreichen Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa  
948 sicherer gemacht. Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn  
949 wir aus Fehlern lernen und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik.  
950 Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen  
951 Europas. Eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa soll die NATO mittelfristig  
952 ersetzen. Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen - Voraussetzung  
953 wäre die Beendigung aller Angriffskriege. Globale Sicherheit gibt es nur durch eine  
954 gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür  
955 setzen wir uns ein.

956 Wir wollen Diplomatie stark machen - und EU und Bundesrepublik international wieder  
957 glaubwürdig. Denn die fehlende Glaubwürdigkeit, etwa angesichts der Völkerrechtsbrüche von  
958 NATO-Verbündeten, wie der USA, der Türkei oder Saudi-Arabien, ist selbst ein  
959 Sicherheitsrisiko für Europa. Das verhindert diplomatische Erfolge, siehe die fehlende  
960 internationale Unterstützung der Sanktionen gegen Russland. Eine EU, die nicht mehr Teil  
961 der Blockkonfrontation ist, sondern im UN-System glaubwürdig und ohne Doppelstandards für  
962 einen Interessenausgleich eintritt, würde auf zivilen Weg ihr politisches Gewicht deutlich  
963 erhöhen.

964 • Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die  
965 Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich  
966 aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische Verhandlungsoffensive  
967 einsetzen, unterstützt durch gezielte Sanktionen, die nicht gegen die Breite der

968 Bevölkerung gerichtet sind.

969 • Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und keine weitere  
970 Aufrüstung in Deutschland und Europa. Die europäischen NATO-Staaten geben heute schon  
971 – kaufkraftbereinigt – sehr viel mehr Geld für das Militär aus als Russland.  
972 Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar.

973 • Wir wollen die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätze abziehen und sie strikt auf  
974 Landesverteidigung ausrichten. Wir wollen, dass sie zu einer strukturell nicht  
975 angriffsfähigen Verteidigungsarmee umgebaut wird.

976 • Wir wollen die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden. Alle US-Atomwaffen müssen  
977 aus Deutschland abgezogen werden.

978 • Diplomatischen Druck für einen sofortigen Waffenstillstand und einen nachhaltigen  
979 Friedensprozess in Israel und Palästina. Beendigung der deutschen Waffenexporte nach  
980 Israel, Anerkennung Palästinas als eigenen Staat in den Grenzen von 1967 und Druck  
981 der Bundesregierung auf die Staaten der Region, Israel als Staat anzuerkennen.

982 • Deutschland muss die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) zur  
983 juristischen Aufarbeitung und Verfolgung der Verbrechen im Kontext des Nahost-Krieges  
984 seinen Verpflichtungen als Vertragspartner gemäß unterstützen.

985 • Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte verbieten. Wir  
986 fordern eine gezielte Förderung der Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivil  
987 notwendige Produkte.

988 • Wir stellen uns gegen eine Militarisierung der Gesellschaft: Keine Wiedereinführung  
989 der Wehrpflicht, kein Werben fürs Sterben an unseren Schulen und Universitäten.  
990 Zivilklauseln für Hochschulen ohne Militär wollen wir verteidigen und ausbauen.

991 • Stärkung und Reform der Vereinten Nationen: Die UN-Generalversammlung, in der alle  
992 Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss gegenüber dem undemokratischen  
993 UN-Sicherheitsrat stärkere Entscheidungsrechte erhalten, vor allem bei Fragen zur  
994 Wahrung des Weltfriedens.

995 • Wir unterstützen alle Abrüstungsbemühungen von unten, bei denen die globale  
996 Zivilgesellschaft für eine grenzübergreifende Eindämmung des Rüstungswahnsinns  
997 eintritt. Wir unterstützen globale Initiativen zur Abrüstung und zur Reduzierung der  
998 Militärausgaben, um so die Logik des Rüstungswettlaufes zu durchbrechen und das Geld  
999 für Zukunftsinvestitionen zu nutzen.

#### 1000 **Für eine EU, die Teil der Lösung ist**

1001 Wir wollen eine soziale EU, die internationalem Ausgleich und dem Frieden verpflichtet  
1002 ist, anstatt Löhne zu drücken und Blockkonfrontation und Standortkonkurrenz zu  
1003 verschärfen. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das den Menschen mit  
1004 niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedensunion, die Demokratie fördert und in  
1005 globale Gerechtigkeit investiert statt in Konfrontation. Wir treten für  
1006 Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung Europas stoppen.

1007 • Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den  
1008 klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die  
1009 Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik  
1010 fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne  
1011 Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden.

1012 Auch soziale Rechte müssen in der EU unteilbar sein.

1013 • Die soziale Kohäsion muss Priorität der EU-Politik werden, um die Lebensverhältnisse  
1014 der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu verbessern. Die Angleichung der  
1015 sozialen Lage beugt Standortverlagerung, Lohndumping und Abwanderung von Fachkräften  
1016 vor, Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine  
1017 solidarische Erweiterung der Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung sozialer,  
1018 ökologischer und demokratischer Standards notwendig. Beitritts-hilfen sollen der  
1019 Entwicklung der jeweiligen Länder dienen und sie in die Lage versetzen, diese  
1020 Standards zu erfüllen, damit auch die Menschen vor Ort profitieren. Um  
1021 erweiterungsfähig zu werden, bedarf es ebenso Reformen der EU27.

1022 • Wir wollen, dass das Europäische Parlament endlich das volle Initiativrecht bekommt  
1023 und eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Grundlegende Entscheidungen müssen vom  
1024 Europaparlament getroffen werden – statt von exekutiven Gremien wie Kommission,  
1025 Eurogruppe oder Rat. Die hohen Hürden für europäische Bürgerinitiativen müssen  
1026 gesenkt werden: Wir wollen EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen.  
1027 Alle Menschen sollen in den EU-Staaten, in denen sie leben, die gleichen Rechte  
1028 haben.

1029 • Der Ausschuss der Regionen soll gestärkt werden, indem er in die  
1030 Entscheidungsstruktur der EU-Institutionen einbezogen wird, um die lokalen  
1031 Perspektiven sowie Erfahrungen in Politikgestaltung einzubinden.

1032 • Friedensunion statt Festung Europa! Wir stellen uns der weiteren Aufrüstung der EU  
1033 und die Militarisierung der europäischen Grenzen entgegen. Deals zum Zweck der  
1034 Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. Die Abschottungsagentur Frontex muss  
1035 umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.

1036 • Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem  
1037 Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags über  
1038 Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa  
1039 einsetzen. Ziel muss die Beseitigung aller Atomwaffen sein.

#### 1040 **Für globale Gerechtigkeit**

1041 Jahrhunderte kolonialer Ausbeutung und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung sind  
1042 Ursache für die großen Ungleichheiten zwischen den westlichen Industriestaaten und den  
1043 Ländern des Südens. Auch global gilt: kein Frieden, keine Sicherheit ohne soziale  
1044 Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts- und sozialpolitisch für Deutschland fordern, wollen  
1045 wir auch global durchsetzen – gemeinsam und solidarisch mit den sozialen Bewegungen und  
1046 den fortschrittlichen Parteien weltweit. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale  
1047 Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche,  
1048 die neoliberale Strukturanpassungen erzwingen.

1049 Trotz gegenteiliger Ankündigung in ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung bei  
1050 Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe rigoros Kürzungen vorgenommen. Wir wollen diese  
1051 Entwicklung umkehren, wir wollen soziale Gerechtigkeit weltweit und nehmen die UN-Ziele  
1052 für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) zum Maßstab.

1053 • Wir fordern eine globale Mindeststeuer auf Unternehmen und eine globale  
1054 Milliardärsteuer, Regulierung der Finanzmärkte und Einführung einer  
1055 Finanztransaktionssteuer, faire Kooperationsabkommen anstelle von  
1056 Freihandelsabkommen. Es braucht einen Schuldenschnitt für Länder des globalen Südens



1057 und eine Entschuldungsinitiative.

1058 • Die finanzielle Unterstützung bei Klimaschutz und Minderung von Klimaschäden für  
1059 Länder des globalen Südens muss massiv erhöht werden. (siehe Kapitel 8)

1060 • Es braucht eine Anhebung der Finanzierungshöhe der Entwicklungshilfe auf die  
1061 vereinbarten 0,7 Prozent. Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen  
1062 müssen die Einhaltung von Menschenrechten, Schutz von Frauen, Mädchen und LSBTIQ+ und  
1063 Schutz von Kindern und Jugendlichen sein. Eine Verwendung von  
1064 Entwicklungshilfegeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung  
1065 gegen Geflüchtete lehnen wir ab.

1066 • Deutschland und die EU müssen Ernährungssouveränität sicherstellen, Landraub durch  
1067 Großkonzerne verhindern, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fördern, lokale Produzenten  
1068 vor Preis-Dumping und Verdrängung schützen, Spekulation mit Nahrungsmitteln  
1069 verbieten.

1070 • Das Menschenrecht auf Gesundheit stärken! Medikamente und Impfstoffe, die über mit  
1071 Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur  
1072 Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden.

1073 • Das Lieferkettengesetz wollen wir erhalten und die zentralen Regelungen in Bezug auf  
1074 Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Bekämpfung von  
1075 Kinderarbeit stärken.

## 1076 VII. Arbeit, die zum Leben passt

1077 Gute Arbeit ist ein Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, in dem wir uns selbst  
1078 entwickeln und am Freizeit- und Kulturleben teilnehmen können. Arbeit darf nicht krank  
1079 machen. Die Klagen über schlechte Arbeitsbedingungen nehmen aber immer weiter zu. Ein  
1080 riesiger Niedriglohnbereich wurde geschaffen, Befristungen und Leiharbeit gefördert und in  
1081 vielen Branchen häufen sich die Berichte von Beschäftigten über Überlastung im Job. Immer  
1082 öfter fehlt aufgrund von Fehlplanung und schlechten Arbeitsbedingungen ausreichend  
1083 Personal oder die Arbeit wird verdichtet.

1084 Der Fachkräftemangel ist inzwischen allgegenwärtig. Die Arbeitsbedingungen müssen sich  
1085 ändern. Produktives Arbeiten bis zur Rente ist nur mit stärkerer Entlastung, besserer  
1086 Vereinbarkeit und mehr Mitbestimmung möglich. Beschäftigte erwarten zu Recht, dass ihre  
1087 Arbeit zu ihrem Leben passen muss. Das ist auch volkswirtschaftlich vernünftig.

### 1088 **Schluss mit schlechten Löhnen und unsicheren Jobs**

1089 Löhne müssen für ein gutes Leben mit Kindern reichen. Doch jede\*r Sechste in Deutschland  
1090 bekommt für die eigene Arbeit nur einen Niedriglohn, mit dem man kaum über den Monat  
kommt

1091 – in Ostdeutschland fast jede\*r Vierte. Laut EU soll der gesetzliche Mindestlohn  
1092 mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens betragen, in Deutschland liegt er deutlich  
1093 darunter. Die EU fordert auch Maßnahmen, um 80% der Beschäftigten durch Tarifverträge zu  
1094 schützen: In Deutschland ist es derzeit nur jede\*r Zweite. Trotzdem hat die Ampelregierung  
1095 die europäische Mindestlohn-Richtlinie nicht umgesetzt – obwohl diese geltendes Recht ist.

1096 • Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025  
1097 wären das 15 Euro. Jährlich muss er um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne  
1098 Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die

1099 Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften  
1100 entscheiden. Alle Arbeitszeiten müssen elektronisch erfasst werden, damit Unternehmen  
1101 ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrügen.

1102 • Das Arbeitsministerium soll Tarifverträge für allgemeingültig erklären können – auch  
1103 ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite. Bei Auslagerungen müssen Tarifverträge  
1104 unbefristet fortgelten.

1105 • Volle Sozialversicherung in jedem Arbeitsverhältnis ab dem 1. Euro statt Minijobs,  
1106 Midijobs und Ausnahmen für ausländische Saisonbeschäftigte. Alle brauchen  
1107 Krankenversicherung, eine Rente und Schutz bei Arbeitslosigkeit. Auch für  
1108 Soloselbstständige müssen Auftraggeber\*innen Sozialversicherungsbeiträge zahlen und  
1109 branchenweite Mindesthonorare einhalten.

1110 • Um Sicherheit und Planbarkeit des Lebens zu ermöglichen, wollen wir Leiharbeit und  
1111 sachgrundlose Befristungen abschaffen. Sachgründe für Befristungen werden wir  
1112 deutlich enger begrenzen, spätestens der 3. Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber  
1113 muss unbefristet sein. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leihbeschäftigte ab dem  
1114 ersten Tag genauso bezahlt werden wie Beschäftigte im Einsatzbetrieb plus 10%  
1115 Flexibilitätszulage. Die Höchstüberlassungsdauer muss für den Arbeitsplatz gelten  
1116 statt für die Beschäftigten. Wir wollen Scheinwerkverträge wirkungsvoll bekämpfen,  
1117 damit niemand um seine Arbeitnehmer\*innenrechte betrogen wird: Bei Verdacht auf  
1118 Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss die Beweislast bei den  
1119 beteiligten Unternehmen liegen.

1120 • Damit der Arbeitsschutz funktioniert, dürfen auch ausländischen Beschäftigten keine  
1121 Nachteile durch Kontrollen oder Meldung von Missständen entstehen: Deshalb müssen  
1122 Aufenthaltsrechte unabhängig vom Arbeitsvertrag sein. Mobile Arbeitsrechtsberatung in  
1123 Muttersprachen muss dauerhaft finanziert werden. Kosten für Unterkünfte, die der  
1124 Arbeitgeber stellt oder vermittelt, müssen gedeckelt werden und transparent auf der  
1125 Lohnabrechnung stehen. Beschäftigte in Privathaushalten sollen vorrangig über  
1126 gemeinwohlorientierte und kommunale Träger vermittelt werden sowie über zertifizierte  
1127 Agenturen, die Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.

1128 • Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche  
1129 Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen auch  
1130 verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit schrittweise  
1131 und branchenübergreifend abzubauen mit dem Ziel, dass Arbeit mit Menschen nicht  
1132 schlechter bewertet wird als Arbeit mit Maschinen, oder dass Berufserfahrung mit  
1133 formalen Abschlüssen gleichgestellt wird. Gewerkschaften brauchen ein  
1134 Verbandklagerecht, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.

### 1135 **Fachkräfte sichern mit guten Arbeitsbedingungen**

1136 Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sind das beste Mittel gegen Personalmangel. Alle reden  
1137 über einen Mangel an Fachkräften, doch die Gründe fallen oft unter den Tisch.

1138 Pflegekräfte, Erzieher\*innen und Lehrkräfte kämpfen für Tarifverträge zur Entlastung. Sie  
1139 hängen reihenweise ihren Job an den Nagel oder verkürzen ihre Arbeitszeit, weil die  
1140 Belastung nicht länger zu ertragen ist. Viele Betriebe zahlen nur knapp über dem  
1141 Mindestlohn. Immer weniger Betriebe bilden selbst aus, gleichzeitig haben fast drei  
1142 Millionen junge Leute in Deutschland keinen Berufsabschluss. Rund 3,5 Millionen Menschen  
1143 stecken außerdem in Erwerbslosigkeit fest, wenn man ältere Erwerbslose und Menschen in

1144 Weiterbildungsmaßnahmen mitzählt. Unternehmen und Regierung lenken davon ab, dass sie  
1145 Löhne und Arbeitsbedingungen nicht verbessern und nicht mehr in Ausbildung investieren  
1146 wollen. Die Hälfte der ehemaligen Pflegekräfte würde laut Studien in ihren Job  
1147 zurückkehren, wenn die Bedingungen besser werden. Die Unternehmerverbände fordern das  
1148 Gegenteil und wollen längere Arbeitszeiten, obwohl das die Probleme nicht löst, sondern  
1149 weiter verschärft. Wir wollen, dass gute Arbeitsbedingungen überall zur Norm werden:

- 1150 • Öffentliche Aufträge dürfen nur Unternehmen bekommen, die Tarifverträge einhalten,  
1151 auch bei ihren Subunternehmen. Öffentliche Verwaltungen und Betriebe in öffentlichem  
1152 Eigentum müssen mit den Gewerkschaften realistische Schritte für Entlastung und gute  
1153 Arbeit vereinbaren, um den Personalmangel zu beheben. Dazu gehören ausreichend  
1154 finanzierte öffentliche Haushalte, die gute Arbeitsbedingungen ermöglichen statt  
1155 Milliarden und Multimillionäre zu beschenken.
- 1156 • Wir brauchen bessere Arbeitsschutzverordnungen gegen berufliche Überlastung und  
1157 erzwingbare Mitbestimmung für Betriebsräte bei Personalbemessung und der Vorbeugung  
1158 von Belastungen. Beschäftigte sollten wöchentliche Beratungszeit bekommen, um sich  
1159 über die Arbeitsbedingungen zu verständigen. Arbeitsschutzbehörden brauchen mehr  
1160 Personal und Bußgelder müssen empfindlich erhöht werden. Berufskrankheiten müssen  
1161 leichter anerkannt werden.
- 1162 • Eine Ausbildungsumlage muss Ausbildungsbetriebe entlasten und Betriebe, die nicht  
1163 selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Alle Unternehmen einer  
1164 Branche müssen zusätzlich in einen Weiterbildungsfonds einzahlen.
- 1165 • Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem  
1166 Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen. Eine geringere  
1167 Wochenarbeitszeit oder eine Vier-Tage-Woche ermöglichen mehr Erholung und eine  
1168 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verteidigen den 8-Stunden-Tag als  
1169 Obergrenze und mindestens 11 Stunde Ruhezeit zwischen Schichten, Ausnahmen wollen wir  
1170 einschränken und die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen.  
1171 Arbeitsunterbrechungen müssen bezahlt werden, sie sind keine Freizeit der  
1172 Beschäftigten!
- 1173 • Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle und auf  
1174 familienfreundliche Schichten ein. Alle Beschäftigten brauchen das Recht auf  
1175 vorübergehende Verkürzung ihrer Arbeitszeiten und auf eine sechswöchige Pflegezeit  
1176 mit Lohnfortzahlung. Wir setzen uns für einen gesetzlichen Urlaubsanspruch von sechs  
1177 Wochen im Jahr ein.
- 1178 • Bei Betriebsschließung, Verlagerung, Investitionen, Umwelt- und Klimafragen,  
1179 Personalbemessung, Weiterbildung und der Verhinderungen von Gesundheitsschäden  
1180 brauchen Betriebs- und Personalräte ein erzwingbares Recht auf Mitbestimmung. In  
1181 allen privaten und öffentlichen Unternehmen ab 500 Beschäftigten muss echte  
1182 paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten her. (siehe Kapitel 8)
- 1183 • Betriebsratswahlen müssen einfacher werden, Behinderung von Wahlen und Betriebsräten  
1184 strenger verfolgt und Gewerkschaften verlässlich Zugang bekommen, insbesondere auch  
1185 digital. Betriebs- und Beschäftigtenbegriff müssen angepasst werden. Arbeit, die über  
1186 digitale Plattformen organisiert wird, muss automatisch als Beschäftigungsverhältnis  
1187 gelten, es sei denn, das Gegenteil kann belegt werden. Hierbei müssen strenge  
1188 Kriterien zur Anwendung kommen. werden Die Mitbestimmung in öffentlichen und

1189 kirchlichen Einrichtungen muss an das Betriebsverfassungsgesetz angepasst werden. Das  
1190 Streikrecht verteidigen wir gegen alle Angriffe. Es muss auch bei Kirchen und für  
1191 Beamte gelten – und Streiks für politische und gesellschaftliche Anliegen erlaubt  
1192 sein. Das Tarifeinheitsgesetz muss weg. Arbeitgeberverbände dürfen keine tariflosen  
1193 Mitgliedschaften anbieten. Gewerkschaften müssen die Einhaltung von Tarifverträgen  
1194 einklagen können.

1195 • Die Bundesregierung muss einen verbindlichen Zukunftsplan für die Wirtschaft  
1196 gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften, Umwelt- und  
1197 Sozialverbänden, Wissenschaft und Unternehmen entwickeln. Darin müssen Umbauziele und  
1198 Investitionen für die nächsten Jahre festgeschrieben werden und an  
1199 Beschäftigungsgarantien und Tarifverträge gebunden werden, um Planungssicherheit für  
1200 alle zu schaffen. (siehe Kapitel 8)

1201 • Unternehmen müssen alle Beschäftigten für veränderte Anforderungen und Aufgaben  
1202 weiterbilden. Deswegen brauchen wir einen Fonds, in den alle Unternehmen einer  
1203 Branche einzahlen. Alle Beschäftigten dürfen für Weiterbildung ihre Arbeitszeit  
1204 verkürzen und bekommen für diese Zeit mindestens 70% ihres Lohns fortgezahlt (im  
1205 Niedriglohnbereich staatlich auf 100% aufgestockt), damit sich alle eine  
1206 Weiterbildung leisten können. Bei Arbeitslosengeld und Rente muss diese Zeit besser  
1207 berücksichtigt werden. Wer den Job verliert, sollte 90% des letzten Nettolohns als  
1208 Weiterbildungsgeld bekommen, ohne dass dadurch der Anspruch auf Arbeitslosengeld  
1209 gekürzt wird.

#### 1210 **Gute Absicherung bei Erwerbslosigkeit**

1211 Im Oktober 2024 waren über 3,5 Millionen Menschen in Deutschland entweder arbeitslos oder  
1212 in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht. Fast eine Million Menschen sind  
1213 langzeitarbeitslos. Wir finden, dass niemand unfreiwillig vom Erwerbsleben ausgeschlossen  
1214 bleiben darf.

1215 Mit längeren Rahmenfristen und kürzeren Anwartschaftszeiten verschaffen wir wieder mehr  
1216 Menschen Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitslosengeld soll länger gezahlt und  
1217 auf 68 Prozent erhöht werden. Erwerbslosigkeit bekämpfen wir mit staatlichen  
1218 Beschäftigungsmaßnahmen und Qualifizierungsprogrammen. Unser Investitionsprogramm in die  
1219 öffentliche Daseinsvorsorge und in die Verkehrs- und Energiewende schafft Hunderttausende  
1220 gute Arbeitsplätze. Für Menschen, die dauerhaft vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen  
1221 sind, schaffen wir zusätzliche Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten  
1222 Beschäftigungssektor („Sozialer Arbeitsmarkt“). Erwerbslose erhalten einen Rechtsanspruch  
1223 auf Qualifizierung und Weiterbildung.

#### 1224 **VIII. Wirtschaft für alle - sozial und ökologisch**

1225 Wenn Steuersenkungen und Deregulierung das richtige Rezept wären, um eine  
1226 wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen, dann müssten Monaco, die Kaimaninseln und der  
1227 Sachsenwald blühende Produktionslandschaften sein. Sind sie aber nicht. In Steueroasen  
1228 entstehen weder Industriearbeitsplätze, noch werden dort innovative Unternehmen gegründet.  
1229 Eine international wettbewerbsfähige Produktion hat andere Voraussetzungen: Eine gute  
1230 Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte, qualifizierte Dienstleister und Zulieferer,  
1231 Bildung, Forschung, eine ausgewogene Wirtschaftslandschaft aus unterschiedlichen Branchen  
1232 und Unternehmensgrößen, Lebensqualität und politische Stabilität. Eine Wirtschaft für

1233 alle, die nicht nur auf ein paar ausgewählte Leuchtturmprojekte schaut, sondern die  
1234 Situation von Beschäftigten, Konsument\*innen, Kleinunternehmen und Unternehmen der  
1235 Daseinsvorsorge ebenso in den Blick nimmt: Die ist nicht nur sozial gerechter, sondern  
1236 auch wirtschaftlich erfolgreicher.

1237 Gleichzeitig befinden wir uns in einem Prozess, der eine zügige, grundlegende  
1238 Modernisierung der Wirtschaft erfordert: Weil die Produktions- und Lebensweise  
1239 klimaneutral werden muss, weil es um Innovation geht, weil die Balance zwischen Öffnung  
1240 und Sicherheit auch für Lieferketten, Handelswege und Energieversorgung neu bestimmt  
1241 werden muss. Das geht nur mit einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik. Dazu gehören  
1242 klare und langfristige Zielvorgaben, mit welchen Technologien und mit welchen Förderungen  
1243 der Umbau erreicht werden soll, denn ohne einen klaren Rahmen können auch Private nicht  
1244 investieren. Dazu gehört aber auch, dass niemand beim Umbau auf der Strecke bleibt, dass  
1245 Beschäftigte qualifiziert und abgesichert werden und dass die untere Einkommenshälfte von  
1246 den Kosten der Transformation freigestellt wird.

1247 Die Grenzen des fossilen Kapitalismus sind erreicht: Trotzdem halten Konzerne an ihrer  
1248 Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen. Einige wenige  
1249 Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie die große Mehrheit für sich  
1250 arbeiten lassen und die Natur hemmungslos ausbeuten und das Klima anheizen. Wir wollen  
1251 diese Wirtschaftsweise überwinden. Unser Ziel ist eine gerechte, nachhaltige Wirtschaft,  
1252 die der großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben ermöglicht und dabei die  
1253 natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir wollen den demokratischen  
1254 Sozialismus.

1255 Die letzten drei Jahre waren verheerend für den Klimaschutz. In keinem Bereich gab es  
1256 grundlegende Fortschritte, stattdessen wurde das sowieso schon dünne Klimaschutzgesetz der  
1257 Vorgängerregierung noch aufgeweicht. Alle kosmetischen Maßnahmen haben die Bedürfnisse  
der

1258 Menschen ignoriert. Damit hat die Ampel-Regierung die große Bereitschaft der Bevölkerung,  
1259 auch weitreichende Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen zerstört. Unsere Wirtschaftspolitik  
1260 richtet sich gegen die soziale Spaltung im Land. Wir verlangen Anerkennung und Respekt für  
1261 alle diejenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Das bedeutet, in den Umbau der  
1262 Wirtschaft investieren und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kosten nicht den  
1263 Beschäftigten und der großen Mehrheit aufgebürdet werden. Klimaschutz und soziale  
1264 Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen: Ohne soziale Gerechtigkeit hat die  
1265 Mehrheit gar keine Möglichkeit, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. Ohne Klimaschutz wird es  
1266 keine soziale Gerechtigkeit mehr geben, denn der Klimawandel trifft die am stärksten, die  
1267 finanziell schlechter gestellt sind.

#### 1268 **Die Industrie sozial und ökologisch gerecht umbauen**

1269 Die vergangenen Bundesregierungen haben zugeschaut, wie massenhaft Industriearbeitsplätze  
1270 in Zukunftsbranchen vernichtet wurden. Seit ihrer Hochphase ist die Zahl der Beschäftigten  
1271 in der Solarindustrie um knapp 120 000 gesunken und hat sich immer noch nicht erholt. In  
1272 der Windkraftindustrie sind mehr als 40 000 Stellen verloren gegangen. Ohne Importe aus  
1273 China kann in Deutschland keine Solaranlage und kein Windrad mehr errichtet werden. Der  
1274 Umbau der Automobilindustrie wurde verschlafen – Hunderttausende Arbeitsplätze stehen auf  
1275 dem Spiel. Die Entscheidung der Regierung, industriepolitisch blind auf den Markt zu  
1276 vertrauen, war fatal.

1277 Die deutsche Industrie ist stark abhängig vom Export, allen voran die wichtigen Branchen

1278 Automobilindustrie und der Werkzeug- und Maschinenbau. Wir wollen die Industrieproduktion  
1279 umbauen und zukunftssicher machen. So sichern wir Beschäftigung und gute Arbeit. Darum  
1280 wollen wir die Produktion für den Binnenmarkt und die Herstellung nachhaltige Güter  
1281 stärken. Wir setzen uns für die zivile und ökologisch nachhaltige Konversion der  
1282 Industrieproduktion ein. Zentral ist der Umbau der Rüstungsindustrie in Richtung  
1283 Friedensproduktion und die Weiterentwicklung der Automobilindustrie im Rahmen einer  
1284 aufzubauenden Mobilitätsindustrie, für die der Staat durch Investitionen in die  
1285 Verkehrswende die Nachfrage schaffen muss. Wir wollen gute Arbeit schaffen, das Klima  
1286 schützen sowie nachhaltig öffentliches Eigentum und Mitbestimmung stärken. Wir wollen  
1287 regionale Wirtschaftskreisläufe aufbauen und dadurch Transport-Emissionen reduzieren: Wir  
1288 wollen, dass Produkte möglichst nah an dem Ort hergestellt werden, wo sie gebraucht  
1289 werden. Lieferketten werden kürzer, zuverlässiger und belasten die Umwelt weniger. Anstatt  
1290 Industriekomponenten um die Welt oder quer durch Europa zu schicken, um die billigsten  
1291 Löhne auszuschöpfen, wollen wir integrierte Produktionsabläufe stärken. Das sichert lokale  
1292 Arbeitsplätze und stärkt die Regionen abseits der Metropolen.

### 1293 **Unser sozial-ökologisches Investitionsprogramm für den Industrieumbau**

1294 Wir fordern 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau: Das Geld fließt in einen  
1295 Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder durch langfristige Kredite oder im  
1296 Austausch zu Gesellschaftsanteilen beim klimagerechten Umbau unterstützt werden.  
1297 Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen und  
1298 genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine  
1299 grundsätzliche Perspektive auf einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht. Der Fonds  
1300 soll mittelfristig kostendeckend wirtschaften und Gewinne aus Beteiligungen oder Krediten  
1301 reinvestieren.

1302 Darüber hinaus wollen wir den Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausbauen und jährlich  
1303 mit 64,6 Milliarden Euro ausstatten: Das Geld wird unter anderem verwendet:

- 1304 • Für eine Anschubfinanzierung für neue Batterietechnologien und Energiespeicher. Die  
1305 Herstellung und den Transport von Wasserstoff wollen wir nur in Fällen fördern, wo  
1306 sie erwiesenermaßen notwendig ist und es keine praktikablen Alternativen gibt, etwa  
1307 für Langzeit-Energiespeicher oder als Grundstoff für die chemische Industrie;
- 1308 • Um die energieintensive Industrie in Notlagen zeitweise beim Industriestrompreis zu  
1309 unterstützen;
- 1310 • Und für einen Rettungsschirm für die Zuliefererbetriebe in der Automobilindustrie in  
1311 Höhe von 20 Milliarden Euro.
- 1312 • Mit der Hilfe von Klimaschutzverträgen wollen wir klimafreundliche Technologie bei  
1313 der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen fördern, zusätzlich zu Aktivitäten des  
1314 Investitionsfonds.
- 1315 • Auf europäischer Ebene setzt sich Die Linke für eine Ausweitung der Ausnahmen und  
1316 Änderung des Europäischen Beihilferechts ein. Nur so wird eine echte Industriepolitik  
1317 möglich.

1318 Dabei gilt: Kein Steuergeld ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte  
1319 Hilfszahlungen oder indirekte Subventionen) binden wir an langfristige Garantien von  
1320 Arbeitsplätzen, Tarifverträgen, Standortverpflichtungen und verbindliche  
1321 Investitionspläne. So treiben wir den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran,  
1322 sichern Arbeitsplätze und Einkommen für die Beschäftigten.

- 1323 • Wenn Betriebe betriebsbedingte Kündigungen aussprechen und sich nicht an  
1324 Beschäftigungsvereinbarungen halten, müssen sie Fördergelder zurückzahlen. Es dürfen  
1325 keine Unternehmen in Steueroasen gefördert werden. Dividendenausschüttungen müssen  
1326 bei der Inanspruchnahme von Förderungen untersagt werden.
- 1327 • Öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen durch die Gründung von  
1328 Industriestiftungen und anderen öffentliche Beteiligungsformen neben dem  
1329 Investitionsfonds. Finanziert durch den Bund sollen gezielt Anteile an Unternehmen  
1330 erworben werden, die eine Schlüsselrolle im Systemwechsel einnehmen, und damit den  
1331 klimagerechten Umbau besser steuern. So schützen wir auch kritische Infrastruktur,  
1332 wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher oder Häfen, vor dem Ausverkauf an  
1333 autoritäre Regime oder private Konzerne. Öffentliche Unternehmen müssen der Motor der  
1334 industriellen Erneuerung werden, eine steuernde Rolle einnehmen und die Kompetenzen  
1335 privater Unternehmen in Kooperationen einbinden.
- 1336 • Klimagerechte Leitmärkte schaffen: Durch die öffentliche Beschaffung und  
1337 Produktstandards und Quoten kann auf Leitmärkten, zum Beispiel in der Stahlindustrie,  
1338 klimafreundlich und tariflich abgedeckt produzierten Produkten Vorteile eingeräumt  
1339 werden. Es werden die Unternehmen belohnt, die am schnellsten und günstigsten  
1340 klimafreundliche Produkte anbieten können und gleichzeitig gute Arbeit und  
1341 gewerkschaftliche Mitbestimmung garantieren.
- 1342 • Wirtschafts- und Transformationsräte: In den Regionen, die vom Strukturwandel  
1343 betroffen sind, wollen wir Wirtschafts- und Transformationsräte einsetzen, die über  
1344 Geld aus dem Klima- und Transformationsfonds verfügen und den Umbau vor Ort  
1345 mitgestalten. Neben Landesregierungen, Kommunen und Unternehmen, sollen auch  
1346 Gewerkschaften, sowie Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben.
- 1347 • Mehr Wirtschaftsdemokratie: Betriebsräte müssen in wirtschaftlichen Fragen ein  
1348 Mitbestimmungsrecht bekommen und alle wichtigen Unternehmensentscheidungen müssen  
1349 von  
1350 Belegschaftsversammlungen bestätigt werden. Die Belegschaften müssen bei  
1351 Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei  
1352 Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen mitbestimmen und  
1353 ein Vetorecht erhalten.
- 1354 • Job- und Einkommensgarantie: Zu einer gerechten Transformation gehört, dass sich  
1355 Beschäftigte, die den Beruf und die Branche wechseln, weiterqualifizieren können,  
1356 ohne ihr Einkommen zu gefährden. Für die Zeit der Weiterbildung wollen wir ein  
1357 Weiterqualifizierungsgeld einführen, das 90 Prozent des letzten Gehalts beträgt. Das  
1358 Weiterbildungsgeld wird anteilig über die Agentur für Arbeit und einen Fonds  
1359 finanziert, in den Unternehmen einzahlen (siehe Weiterbildungsfonds). Für  
1360 Beschäftigte, die aufgrund des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft ihre alte  
1361 Arbeitsstelle verlieren, wollen wir Beschäftigungsgesellschaften gründen, so dass sie  
1362 gute Arbeitsbedingungen nicht verlieren und ihre Regionen nicht verlassen müssen. Sie  
1363 kümmern sich um die Weitervermittlung in neue Arbeitsplätze, die der Qualifikation  
der Beschäftigten entsprechen oder in Weiterbildungsmaßnahmen.

#### 1364 **Transformation konkret: Automobilindustrie für die Zukunft**

1365 Die Autoindustrie in Deutschland ist in einer Existenzkrise. Die Kosten tragen die  
1366 Beschäftigten. Am deutlichsten ist das bei Volkswagen zu sehen: Der Familien-Clan Porsche

1367 und Piech verfügt über ein geschätztes Vermögen von 36,5 Milliarden Euro. Ihnen gehört  
1368 über die Holding Porsche SE die Mehrheit des Volkswagen-Konzerns. Über Jahrzehnte hinweg  
1369 haben sie Profite aus den Unternehmen gezogen und den ökologischen Umbau verschleppt.  
1370 Selbst dieses Jahr hat VW 4,5 Milliarden an Dividende ausgezahlt. Damit ihr  
1371 Milliardenvermögen weiterwachsen kann, sollen jetzt die Beschäftigten bluten: Die Löhne  
1372 sollen um 10 Prozent gekürzt werden. Prämien und Boni für die Beschäftigten wollen sie  
1373 streichen. Werke stehen vor der Schließung.

1374 Ursächlich für die Krise der Automobilindustrie sind die Fehlplanungen und die falsche  
1375 Produktstrategie der Manager, der weltweit rückläufige Autoabsatz – allein in Europa minus  
1376 zwei Millionen pro Jahr – sowie die Weigerung von Autoindustrie und der Regierung, die  
1377 Weichen Richtung Verkehrswende zu stellen. Während VW, Mercedes und BMW mit immer  
größeren  
1378 und teureren Autos hohe Gewinne mach(t)en, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre  
1379 Zukunft bangen.

1380 Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen  
1381 können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und geschaffen  
1382 wird. Das geht nur sozial gerecht. Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable  
1383 Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine Umstellung auf E-Autos ist keine  
1384 tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die Bewältigung der Krise in der  
1385 Automobilindustrie. Der Anteil des Verkehrssektors an der globalen Klimazerstörung wird  
1386 nur nachhaltig reduziert, wenn es weniger Individualverkehr gibt. Unsere Verkehrs- und  
1387 Umweltpolitik fördert den Ausbau kollektiver Verkehrssysteme und die Reduzierung von  
1388 Transport- und Verkehrswegen. Die aktuelle Krise der Automobilindustrie sollte Anlass für  
1389 den nachhaltigen Umbau und Diversifizierung der Unternehmen sein. Das wird aber nicht ohne  
1390 politische Steuerung dieses Prozesses gelingen.

- 1391 • Wir wollen die KfZ-Steuer neugestalten und große und schwere Autos deutlich stärker  
1392 besteuern. Wir sehen keine Notwendigkeit für reguläre PKWs, die mehr als zwei Tonnen  
1393 wiegen. Damit schonen wir auch die Straßen und sparen Gelder für ihren Unterhalt.
- 1394 • Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der  
1395 Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität  
1396 werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.

#### 1397 **Klimagerechtigkeit und Energiewende**

1398 Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind längst auch in Deutschland zu spüren:  
1399 Flutkatastrophen, mehr Dürren und Wassermangel und das Sterben unserer Wälder wird unseren  
1400 Alltag prägen. Wir halten weiter an den grundsätzlichen Zielen des Pariser Klimaabkommens  
1401 fest und setzen uns weiter konsequent für Klimaschutz ein – denn mehr Emissionen bedeuten  
1402 immer mehr Klimaschäden. Wir wollen schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umsteigen  
1403 und die Energiekonzerne entmachten.

1404 Mit Energieversorgung aus öffentlicher Hand werden bezahlbare und sozial gestaffelte  
1405 Preise möglich. Wir kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der Hand von  
1406 Konzernen, sondern von Bürger\*innen, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen ihre  
1407 Erzeugung und Verteilung so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren.  
1408 Wir setzen deshalb auf Strom und Wärme aus dem Stadtwerk, den kommunalen  
1409 genossenschaftlichen Solar- oder Windkraftanlagen und von den Dächern und Wärmepumpen  
der



1410 Bürger\*innen. Langzeit-Energiespeicher für die Dunkelflaute wollen wir an strategisch  
1411 günstigen Orten in das bestehende Stromnetz integrieren, so dass der Netzausbau minimiert  
1412 werden kann. Wir wollen Deutschland bis 2040 klimaneutral machen.

#### 1413 **Runter mit den Energiepreisen**

- 1414 • Wenige, teure, fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten  
1415 Strommarkt setzen. Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise  
1416 lehnen wir ab. Ein gerechtes Strommarktsystem muss leistungslose Übergewinne  
1417 ausschließen. Sollten sie durch externe Schocks dennoch auftreten, müssen sie  
1418 konsequent abgeschöpft werden (siehe Kapitel 1).
- 1419 • Wir fordern eine neue Netzentgeltstruktur. Die Stromerzeuger und der internationale  
1420 Stromhandel müssen an den Kosten des Stromtransports beteiligt werden, Strom soll so  
1421 möglichst erzeugungsnah eingesetzt werden, auch damit zukünftiger Netzausbau  
1422 reduziert wird. Wir fordern die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen  
1423 Mindeststeuersatz. Mit diesen Maßnahmen lassen sich die Strompreise kurzfristig um  
1424 bis zu 9 Cent je Kilowattstunde senken, das entspricht einer Entlastung von 315 Euro  
1425 pro Haushalt im Jahr.
- 1426 • Wir wollen einen Energie-Soli für Reiche (siehe Kapitel 1).
- 1427 • Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden (siehe Kapitel 1).
- 1428 • Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom und Heizenergie wollen  
1429 wir preisgünstige Sockeltarife schaffen (siehe Kapitel 1).
- 1430 • Wir wollen ein soziales Klimageld einführen (siehe Kapitel 1)

#### 1431 **Klimaschutz und Klimaanpassung beschleunigen**

1432 Die Ampel hat den Klimaschutz in Deutschland massiv geschwächt, indem die Sektorziele im  
1433 Klimaschutzgesetz abgeschafft wurden. Wir wollen das Klima schützen - weil wir es unseren  
1434 Kindern schuldig sind, und weil kluger Klimaschutz keinen Wohlstandverlust für die große  
1435 Mehrheit mit sich bringt. Gleichzeitig müssen wir uns auf diejenigen Klimaschäden  
1436 einstellen, die nicht mehr zu verhindern sind: Es wird es mehr Starkregen, Hitzetage,  
1437 längere Trockenzeiten und niedrige Grundwasserspiegel geben, auch wenn wir durch  
1438 entschlossenen Klimaschutz Schlimmeres weiterhin verhindern können. Für Klimaanpassung ist  
1439 bisher fast nichts passiert. Wir müssen jetzt investieren, um auf die Zukunft vorbereitet  
1440 zu sein.

- 1441 • Wir wollen verbindliche Ziele und Emissionsgrenzen und machen den Konzernen klare  
1442 Vorschriften. Die Sektorziele stellen wir wieder her.
- 1443 • Emissionshandel: Für Die Linke gilt: kein CO<sub>2</sub>-Preis ohne sozialen Ausgleich (siehe  
1444 Klimageld).
- 1445 • Wir lehnen den Emissionshandel in den Sektoren Wärme und Verkehr (ETS-2) ab:  
1446 Stattdessen müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen gesetzt werden.  
1447 Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen den Umbau in den  
1448 Sektoren unterstützen. In den Sektoren Wärme und Verkehr sorgt ein gesetzlich  
1449 regulierter Rahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und einen schnelleren ökologischen  
1450 Umbau.
- 1451 • Klimaanpassung muss Gemeinschaftsaufgabe werden: Wir müssen uns jetzt an den  
1452 Klimawandel anpassen, den Katastrophenschutz massiv aufwerten und investieren, um uns  
1453 auf Hochwasser, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürreperioden vorzubereiten. (s. Kapitel

1454 Öffentliche Daseinsvorsorge)

1455 **Energiewende durchsetzen**

1456 Der fossile Kapitalismus schlägt zurück: Unter dem Deckmantel der Technologieneutralität  
1457 werden überkommene Geschäftsmodelle mit fossilen Energieträgern weiter abgesichert. Die  
1458 Gaskonzerne reiben sich die Hände, der Klimaschutz kommt nicht voran. Unter Robert Habeck  
1459 werden mit Steuergeld überdimensioniert Flüssiggas-Terminals (LNG) für Fracking-Gas  
1460 ausgebaut. Die Grünen sind sogar für die riskante CO<sub>2</sub>-Verpressung unter dem Boden unserer  
1461 Meere (CCS). CDU und FDP verlieren sich nicht nur in irrationalen Träumen über die  
1462 Anwendungsmöglichkeiten von Wasserstoff und E-Fuels im Pkw- und im Gebäudebereich, sie  
1463 wollen sogar die Atomkraft zurück. Da passt es, dass rechte und liberale Parteien in der  
1464 EU Investitionen in Gas-Infrastruktur und Atomkraftwerke zu nachhaltigen Geldanlagen  
1465 erklärt haben.

1466 Die Linke will nur in echte erneuerbare Energiequellen und Infrastruktur investieren. Wir  
1467 überlassen die Energiewende nicht dem Markt. Wir wollen Energieverbrauch reduzieren und  
1468 die Energieeffizienz steigern.

- 1469 • Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer  
1470 zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand soll  
1471 sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große Teile der  
1472 Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. Das wollen wir nutzen, um  
1473 Windrad- und Solarfabriken (wieder) in Deutschland anzusiedeln.
- 1474 • Energiewende für die Menschen vor Ort: Kommunen bekommen einen Bonus von 25.000 Euro  
1475 pro Megawatt gebautem Windrad oder gebauter PV-Großflächenanlage direkt in die  
1476 Gemeindekasse, sowohl für Bestands- als auch für Neuanlagen oder Repowering. So  
1477 profitiert die lokale Bevölkerung direkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien.  
1478 Zusätzlich wollen wir Zahlungen von Betreibern von Wind- und Solaranlagen an  
1479 Standortkommunen verpflichtend machen, auf Bestandsanlagen ausdehnen und von 0,2 Cent  
1480 auf 0,5 Cent je eingespeiste Kilowattstunde Strom erhöhen.
- 1481 • Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt, demokratisch  
1482 kontrolliert und europäisch koordiniert werden. Für Kommunen wollen wir einen  
1483 Rekommunalisierungsfonds schaffen.
- 1484 • Investitionen in fossile Brennstoffe und Atomkraft sind keine nachhaltigen  
1485 Geldanlagen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die positive Bewertung von  
1486 Atomkraft und Gas, in der sogenannte Taxonomie der EU, gestrichen wird.
- 1487 • Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas und Erdgas darf keine  
1488 neue, dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir fordern ein Frackingverbot in  
1489 Deutschland. LNG, das durch Fracking gewonnen wurde, darf nicht importiert werden.  
1490 Eine umlagefinanzierte Förderung neuer Gaskraftwerke lehnen wir ab – sie wäre sowohl  
1491 klimaschädlich als auch sozial ungerecht.
- 1492 • Carbon Capture and Storage (CCS) – also die Abscheidung und die unterirdische  
1493 Einlagerung von Kohlendioxid – ist keine Lösung für Klimaschutz. Die Speicherung von  
1494 CO<sub>2</sub> unter der Erde ist mit hohen Risiken verbunden. Wir wollen CCS verbieten. Das  
1495 sogenannte Carbon Capture and Utilization (CCU) – also die stoffliche Nutzung des  
1496 entnommenen CO<sub>2</sub> – darf nicht dazu führen, dass die Energiewende ausgebremst und  
1497 fossile Anwendungen und Produktionsprozesse länger als nötig betrieben werden. Wir  
1498 wollen sie beim Industrieumbau nur dann fördern, wenn es nachgewiesenermaßen kein

1499 alternatives, CO2-freies Produktionsverfahren gibt.

1500 • Der Kohleausstieg muss bis 2030 umgesetzt werden. Allein durch den Emissionshandel  
1501 wird das nicht gelingen.

1502 • Dem Ausstieg aus Atom und Kohle muss ein Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem  
1503 Erdgas folgen. Die Linke will dafür ein Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem  
1504 Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter.

1505 • Wasserstoff ist der Champagner der Energiewende, teuer und energieintensiv. Deshalb  
1506 darf Wasserstoff nur dort eingesetzt werden, wo er absolut unverzichtbar ist, vor  
1507 allem in Bereichen der industriellen Produktion. Perspektivisch wollen wir, dass in  
1508 allen Anwendungsbereichen lediglich Wasserstoff aus der Elektrolyse von Strom aus  
1509 erneuerbaren Energiequellen zum Einsatz kommt.

#### 1510 Gerechte Wärmewende

1511 Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine  
1512 Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert,  
1513 Heizungen umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für  
1514 Mieter\*innen und Eigenheimbesitzer\*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen.  
1515 Eine warme Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Mieter\*innen können ihre Heizungen nicht  
1516 wechseln, deshalb lehnen wir CO2-Preise im Wärmebereich ab.

1517 Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der  
1518 Menschen ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor.  
1519 Wir wollen die Leute nicht alleine lassen: Keine Normalverdiener\*in darf durch Klimaschutz  
1520 finanziell mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit  
1521 Sanierungsbeauftragten für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale  
1522 Wärmeplanung mit Beteiligung der Bürger\*innen, Mieter\*innen- und Umweltverbänden.

1523 • Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch  
1524 in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung  
1525 für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen kriegen  
1526 den Heizungstausch mit bis zu 100% bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen anteilig  
1527 gestaffelt. Für einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von  
1528 30.000 Euro zum Beispiel 82% der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42% der  
1529 Kosten erstatten, inklusive dem Tausch der Heizkörper, wenn dieser technisch  
1530 notwendig ist. Ergänzend fordern wir vergünstigte Kredite der KfW, so dass Mehrkosten  
1531 fürs Heizen vermieden werden können, da Investitionskosten für effiziente Heizungen  
1532 so zu günstigen Konditionen gestreckt werden können. Spitzenverdiener\*innen mit einem  
1533 Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen selbst  
1534 bezahlen.

1535 • Immobilienkonzerne dürfen Sanierungen nicht nutzen, um die Miete zu erhöhen, deshalb  
1536 wollen wir die Umlage für energetische Sanierung abschaffen und das Konzept der  
1537 Warmmietenneutralität verankern: Die Summe aus der Kaltmiete und der durch die  
1538 Sanierung tatsächlich eingesparten Energiekosten muss gleich bleiben. Wir  
1539 unterstützen das gemeinsame Drittelmodell von Mieterbund und BUND.

1540 • Wir wollen Vermieter verpflichten, Fördermittel in Anspruch zu nehmen und die  
1541 finanziellen Vorteile weiterzureichen. Bisher nehmen nur 15 Prozent die Fördermittel  
1542 in Anspruch.

1543 • Viel zu oft reißen Immobilienkonzerne Bestandsgebäude ab, treiben Mieter\*innen aus

1544 der Wohnung, bauen neu und vermieten für das Doppelte oder verkaufen: Das ist eine  
1545 ökologische Katastrophe und befördert Gentrifizierung – wir wollen das verbieten. Ein  
1546 Abriss soll nur noch dann erlaubt sein, wenn die Gebäudesubstanz nicht mehr zu retten  
1547 ist oder ein Vielfaches des bisherigen Wohnraums entsteht.

1548 • Um Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Konzepte für jedes einzelne Haus  
1549 zu entwickeln, braucht es eine gute kommunale Wärmeplanung: Gerade in Ballungsräumen  
1550 sind kollektive Lösungen in der Wärmeversorgung oft sinnvoll, deshalb wollen wir  
1551 Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Nah- und Fernwärmenetze auszubauen.

1552 • Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu machen,  
1553 fordern wir ein Gewinnverbot im Wärmebereich. Damit darf der Wärmepreis nicht höher  
1554 als die tatsächlichen Wärmeerzeugungskosten sein.

### 1555 **Klimagerechtigkeit und Verkehrswende**

#### 1556 **Ressourcen schonen**

1557 Wir verbrauchen weltweit mehr Ressourcen als unser Planet regenerieren kann. Der  
1558 Ressourcenabbau stößt an seine natürlichen Grenzen. Grüne Technologien sind Teil des  
1559 sozial-ökologischen Umbaus. Aber auch ihre Produktion ist abhängig von Rohstoffen, die es  
1560 in Deutschland und Europa nicht in ausreichendem Maße gibt. Gleichzeitig wir immer mehr  
1561 Energie verbraucht, um diese Ressourcen abzubauen. Bergbau findet oft unter nicht  
1562 akzeptablen Bedingungen für Menschen und Umwelt statt. Unser Ziel ist eine Gesellschaft,  
1563 die sparsam mit Ressourcen umgeht. Dafür braucht es ein Ressourcenschutzgesetz.

1564 • Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten, Trinkwasserschutzgebieten oder der  
1565 Tiefsee. Die lokale Bevölkerung muss bei Bergbauprojekten und der Wertschöpfung  
1566 beteiligt werden Und hat das Recht, nein zu sagen. Das gilt auch für den Lithiumabbau  
1567 in Sachsen. Die Menschen vor Ort müssen von Bergbauprojekten profitieren.  
1568 Umweltschutz und Trinkwasserschutz muss garantiert werden – egal ob in Deutschland,  
1569 Europa oder anderswo auf der Welt.

1570 • Wir wollen keinen „grünen Kolonialismus“. Grüne Technologie darf sich nicht auf  
1571 Ausbeutung von Natur und Menschen im globalen Süden stützen. Dafür fordern wir ein  
1572 stärkeres Lieferkettengesetz, das Beschwerdemechanismen für Betroffene und  
1573 Haftungsregeln bei Verstößen der unternehmerischen Sorgfaltspflichten enthält, und  
1574 die Berücksichtigung starker sozialer und ökologischer Standards in Handelsabkommen.

1575 • Die finanzielle Unterstützung bei Klimaschutz und Minderung von Klimaschäden für  
1576 Länder des globalen Südens muss massiv erhöht werden. Die verabredeten  
1577 Finanzierungszusagen auf der Weltklimakonferenz im November 2024 sind weit unter dem  
1578 realen Bedarf. Die Finanzierung darf nicht zu weiterer Verschuldung führen oder mit  
1579 Entwicklungshilfe verrechnet werden.

#### 1580 **Mehr Kreislaufwirtschaft, weniger Abfälle**

1581 Die Rohstoffwende kann nur gelingen, wenn wir Ressourcen länger nutzen und nach der  
1582 Nutzung wieder in die Produktion einspeisen – so entsteht eine Kreislaufwirtschaft. Dafür  
1583 benötigen wir strengere Vorgaben für Haltbarkeit und Produkte ohne Sollbruchstellen. Wir  
1584 wollen Reparieren und Wiederverwenden, statt wegzuerwerfen. Was wirklich weg muss, wollen  
1585 wir recyceln, damit wir wertvolle Rohstoffe wieder zurück in den Kreislauf führen können.

1586 • Wir fordern höhere gesetzliche Recyclingquoten und höhere Einsatzquoten für  
1587 wiederverwertete Stoffe.

- 1588 • Wir wollen neue Ökodesignvorgaben für nachhaltige Produkte: Wir stellen Anforderungen  
1589 an Lebensdauer von Produkten. Updates, Upgrades, Reparaturen und die Weiterverwendung  
1590 müssen möglich sein. Auch das Recycling von Produkten am Ende ihres Lebenszyklus muss  
1591 so einfach wie möglich sein.
- 1592 • Hersteller müssen für die Kosten für Rücknahme, Transport, Wiederaufbereitung oder  
1593 Entsorgung ihrer Produkte verantwortlich sein.
- 1594 Rund 16 Millionen Tonnen Abfall werden jährlich aus Deutschland exportiert – oft in den  
1595 globalen Süden. Dort wird er unter verheerenden sozialen und ökologischen Bedingungen  
1596 entsorgt und verarbeitet.
- 1597 • Wir wollen weg vom Müll und hin zur Wiedergewinnung von Rohstoffen als Teil von  
1598 regionalen Produktionsketten. Das Müllaufkommen wird insgesamt reduziert: Hierfür  
1599 fordern wir Abgaben auf Einwegverpackungen für die Verkäufer und setzen uns in der EU  
1600 für ein einheitliches Pfandsystem für Ein- und Mehrweggetränkeflaschen ein.
- 1601 • Müllexporte aus der EU wollen wir verbieten. Die illegale Müllverschiffung von  
1602 Elektroschrott (E-Waste) wollen wir intensiver bekämpfen.
- 1603 • Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der Daseinsvorsorge  
1604 zurück in die öffentliche Hand. Nur so kann eine soziale und ökologische  
1605 Abfallwirtschaft garantiert werden.

## 1606 **IX. Mobilität für alle**

1607 Staufrust für Autopendler\*innen und Stress beim Bahnfahren nehmen zu – und der  
1608 Verkehrssektor trägt immer noch nichts dazu bei, dass die Klimaziele erreicht werden. Das  
1609 9-Euro-Ticket kostet jetzt 58 Euro, die Bahn kommt zu spät und E-Autos sind zu teuer für  
1610 Normalverdiener\*innen und zu groß, um die Umwelt wirklich zu schonen. Dabei hat das 9-  
1611 Euro-Ticket gerade gezeigt, dass ein gutes und günstiges öffentliches Verkehrsangebot  
1612 stark angenommen wird.

1613 Die Ampel-Regierung hat mit einem höheren CO<sub>2</sub>-Preis das Autofahren teurer gemacht. Die  
1614 Alternativen, damit das Auto stehen bleiben kann, wurden aber nicht geschaffen. Kaum ein  
1615 Zug fährt stündlich, dafür sind viele überfüllt. Fast die Hälfte der Strecken sind nicht  
1616 einmal elektrifiziert. Aber die Bahn versenkt Milliarden in Prestigeprojekte wie Stuttgart  
1617 21.

1618 Die Autolobby ruft nach E-Fuels und dem Aus für das Verbrenner-Aus. Dabei braucht es das  
1619 Gegenteil: eine konsequente Mobilitätswende, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und  
1620 des Schienennetzes sowie günstige Ticketpreise. Gute Verbindungen auch in der Nacht und im  
1621 ländlichen Raum. Städte mit kurzen Wegen. Dann gibt es auch Planungssicherheit für die  
1622 Industrie und im Schienen- und Fahrzeugbau entstehen gute Industriejobs (siehe Kapitel 8).

1623 Alternativen zum Fliegen und zum Autofahren müssen für alle funktionieren. Sonst kann  
1624 niemand das Auto stehen lassen. Um den großen Investitionsbedarf der Verkehrsinfrastruktur  
1625 vom jährlichen Bundeshaushalt unabhängig und damit längerfristig verlässlich zu machen,  
1626 schlagen wir die Schaffung eines verkehrsträgerübergreifenden, mehrjährigen  
1627 Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild vor.

### 1628 **Öffentlicher Nahverkehr - rund um die Uhr, in der Fläche, barrierefrei und bezahlbar**

1629 Das 9-Euro Ticket hat gezeigt: Ein sehr viel günstigerer Nahverkehr ist möglich und wird  
1630 auch nachgefragt. Die Menschen wollen und brauchen ein sehr viel besseres öffentliches

1631 Verkehrsangebot. Jede zwanzigste Autofahrt konnte durch das Ticket vermieden werden – und  
1632 dabei war es nur 3 Monate lang zu kaufen. Die Erhöhung des Abopreises auf 58 Euro ist  
1633 fatal und die unterschiedlichen Lösungen in den Ländern müssen bundesweit einheitlich  
1634 gestaltet werden. Mit einer Mehrwertsteuerbefreiung für den öffentlichen Nahverkehr wird  
1635 kurzfristig Geld für den Nahverkehr frei. Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder  
1636 einführen. Für Schüler\*innen, Azubis, Studierende und Senior\*innen wollen wir ein  
1637 sofortiges 0-Euro-Ticket. Die Mitnahme von Kindern und von Fahrrädern und Hunden muss  
1638 inklusive sein. Für alle Abonnent\*innen fordern wir sechs Freifahrten pro Jahr im  
1639 Fernverkehr. Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland. Die  
1640 Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilitätsgeld ersetzen. Das Dienstwagenprivileg für  
1641 reiche Menschen, die sich Luxus-Autos (ob elektrisch oder nicht) damit kaufen, schaffen  
1642 wir hingegen ab.

1643 Wir setzen uns für ein Recht auf nachhaltige Mobilität ein. Das heißt: Jede Ortschaft  
1644 braucht tagsüber eine mindestens stündliche Anbindung an Bus und Bahn. Dabei können  
1645 Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis einbezogen werden und die Grundversorgung  
1646 ergänzen. Auch in der Nacht muss ein Grundangebot vorhanden sein, gegebenenfalls durch  
1647 Rufangebote. Wir wollen die privatisierten Nahverkehrsunternehmen in die öffentliche Hand  
1648 zurückholen und demokratisch organisieren! Unsere Busse und Bahnen sind zu wichtig, dass  
1649 wir sie dem Markt überlassen können. Wir wollen öffentliche und gemeinnützige Car-Sharing-  
1650 Plattformen fördern, um ein Leben ohne eigenes Auto zu fördern. Bei autonomem Fahren gibt  
1651 es große technologische Herausforderungen sowie datenschutz- und haftungsrechtliche  
1652 Bedenken. Wir machen uns deshalb keine Illusionen, dass autonomes Fahren absehbar die  
1653 Mobilitätsprobleme lösen kann. Um die Fahrgastzahlen bis 2030 zu verdoppeln, werden  
1654 150.000 Fahrer\*innen im ÖPNV benötigt, weitere Zehntausende bei der Bahn. Mehr Personal  
1655 ist nur mit besserer Bezahlung und Entlastung für die Beschäftigten zu haben.

1656 Die Mobilität der Zukunft gehört dem Fuß-, Rad-, und öffentlichen Nahverkehr. Sogenannte  
1657 E-Fuels sind äußerst ineffizient und teuer. Sie werden, ebenso wie Biokraftstoffe und  
1658 Wasserstoff, auch zukünftig knapp bleiben und können nur da eingesetzt werden, wo es  
1659 wirklich keine bessere Alternative gibt. Biokraftstoffe sind für uns überhaupt nur eine  
1660 Alternative, wenn sie regional produziert sind und nicht in der Konkurrenz zu  
1661 Lebensmitteln stehen. Importe von Biokraftstoffen lehnen wir ab. Für den Individualverkehr  
1662 sind sie keine realistische Option, ebenso wie E-Fuels. Deshalb ist die Orientierung auf  
1663 E-Autos richtig. Es braucht langfristige Planungssicherheit für Verbaucher\*innen und  
1664 Industrie, daher halten wir am Auslaufen von Neuwagenverkauf für Verbrenner entsprechend  
1665 der gültigen EU-Richtlinie fest. Nach Bedarf fördern wir den Umstieg auf effiziente E-  
1666 Autos für Handwerk, soziale Dienste, Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land  
1667 mit niedrigem Einkommen. Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich ein  
1668 Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und innerorts Tempo 30 – außer auf  
1669 Hauptverkehrsachsen.

#### 1670 **Bahn: Reparieren, ausbauen und gemeinnützig betreiben!**

1671 Die Bahn ist ein lebenswichtiger Teil der Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft. Sie ist  
1672 das Rückgrat des ÖPNV. Die Form einer Aktiengesellschaft mit ihren Profitinteressen steht  
1673 dazu im Widerspruch. Mit der Gemeinwohlorientierung für die Infrastruktursparte der Bahn  
1674 (InfraGo) wurde nur der halbe Weg gegangen. Wir wollen eine Bürgerbahn statt einer  
1675 profitorientierten Bahn. Wir wollen einen integrierten Konzern statt Ausverkauf. Wir  
1676 wollen eine Bahn in der Fläche statt teuren Prestigeprojekten.

1677 Damit die Bahn wieder pünktlich und zuverlässig fährt, muss das Netz saniert,  
1678 elektrifiziert, Strecken reaktiviert und ausgebaut werden, natürlich barrierefrei. Wir  
1679 halten am Ziel fest, bis 2030 den Anteil des Schienengüterverkehrs mindestens auf 25% zu  
1680 erhöhen und den Schienenpersonenverkehr zu verdoppeln. Für uns ist klar: Planungs- und  
1681 Baukapazitäten sind begrenzt. Wer Bahnstrecken und Brücken beschleunigt ausbauen und  
1682 sanieren will, muss auf den Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen verzichten. Wir wollen  
1683 uns beim Straßenbau auf die Sanierung des Bestands konzentrieren.

1684 Eine pünktliche Bahn braucht nicht nur sanierte Schienen. Sie benötigt auch genügend  
1685 einsatzfähiges Personal. Dafür müssen die Arbeitsbedingungen attraktiver werden. Die  
1686 langen Abwesenheiten im Fahrdienst und Zugservicebereich müssen verkürzt und durch  
1687 zusätzliche Freizeit ausgeglichen werden.

1688 **Die Bahn muss zu einer echten Alternative werden.**

- 1689 • Wir wollen bezahlbare Bahnpreise! Dazu wollen wir die Deutsche Bahn gesetzlich  
1690 verpflichten, die Strom- und Trassenpreise zu senken und die Mehrwertsteuer für  
1691 Bahntickets abschaffen (siehe Kapitel 1 und 3).
- 1692 • Dafür braucht jede Großstadt stündliche Fern- und Nachtzugesverbindungen – quer durch  
1693 Europa! So machen wir fliegen auf vielen Strecken überflüssig.
- 1694 • Flüge, die kürzer sind als 500 Kilometer oder fünf Zugstunden, wollen wir verbieten.  
1695 Neue Flughafenkapazitäten sind nicht nötig.
- 1696 • Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir  
1697 unterbinden. Bahn- und Flugverkehr müssen endlich steuerlich gleichgestellt werden:  
1698 Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU und auf Flugtickets ins Ausland  
1699 soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.
- 1700 Die Zeit für übertriebenen Luxus der Reichen, die das Klima zerstören, ist vorbei.
- 1701 • Wir wollen Privatjets und Megayachten über 60 Metern Schiffslänge verbieten. Es darf  
1702 keine öffentliche Förderung für Flugtaxis geben.
- 1703 • Während sich die einen den Besuch bei den Verwandten im Ausland kaum leisten können,  
1704 machen andere Kurztrips zum Shoppen nach Dubai. Anstatt pauschaler Mehrbesteuerung  
1705 von Flügen über den CO<sub>2</sub> Preis fordern wir eine Vielfliegersteuer: Ab dem fünften  
1706 Flug pro Jahr kostet jeder weitere Flug weitere 200 Euro mehr.
- 1707 • Wir wollen den Güterverkehr auf der Straße reduzieren und auf die Schiene verlagern.  
1708 Tausende Autobriden sind marode, sie sind schlicht nicht für die Menge und Schwere  
1709 der heutigen LKW-Transporte ausgelegt.
- 1710 • Gigaliner und Oberleitungen für LKW lehnen wir deshalb ab. Wir müssen den  
1711 Gütertransport neu denken. Regionale Wirtschaftskreisläufe vermeiden unnötige  
1712 Transporte. Wir machen Schiene und Wasser zum Rückgrat des Güterverkehrs, damit dies  
1713 gelingt, wollen wir Gleisanschlüsse und lokale Logistikzentren fördern. Auch  
1714 Güterverkehr unter 300 Kilometern Wegstrecke muss wieder stärker auf die Schiene  
1715 verlagert werden.
- 1716 • Gute Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer\*innen heißt auch: Es muss vernünftige  
1717 Raststätten geben. Wir wollen Raststätten wieder gemeinwohlorientiert organisieren  
1718 und Sanifair abschaffen: Schluss mit der Toiletten-Abzocke!
- 1719 • Die Überseehäfen sollen besser untereinander kooperieren (nationale Hafenplanung) und  
1720 Hinterlandanbindungen mit der Bahn bekommen. Der Bund muss endlich mehr Verantwortung

1721 für die enormen Hafeninvestitionen übernehmen. Privatisierung der Hafeninfrastruktur  
1722 oder ihren Ausverkauf an Großreedereien führen zu strukturelle Abhängigkeiten und  
1723 Sicherheitsrisiken. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, egal, ob beim Güterverkehr  
1724 auf der Straße, der Schiene oder dem Wasser.

## 1725 **X. Agrarwende jetzt!**

1726 Wir brauchen eine soziale und ökologische Agrarwende, die ihren Namen auch verdient. Die  
1727 Linke kämpft für eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft,  
1728 die das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar ist.

1729 Wir stehen an der Seite der Landwirt\*innen. Sie leisten für die Gesellschaft  
1730 überlebensnotwendige Arbeit. Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, müssen davon  
1731 gut leben können. Dafür wollen wir Grund und Boden gerechter verteilen und Landwirt\*innen  
1732 sozial absichern.

1733 Wir wollen nicht große Konzerne weiter in den Mittelpunkt der Agrarpolitik stellen,  
1734 sondern die Versorgung der Menschen mit guten, bezahlbaren Lebensmitteln. Während die  
1735 Lebensmittelkonzerne Extra-Profite einstreichen und die Inflation anheizen, können  
1736 Landwirt\*innen von ihren Erzeugnissen kaum leben. Einige wenige werden reicher, während  
1737 die große Mehrheit höhere Preise für Lebensmittel zahlen muss.

1738 • Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen: Das ist unsere Gegenstrategie  
1739 zur monopolartigen Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Dafür  
1740 braucht es gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und wirksames Kartellrecht.  
1741 Monopole müssen entflochten werden und Preiswächter müssen durchgreifen können (siehe  
1742 Kapitel 1). Wo es nötig ist, wollen wir mit Mindestherzeugerpreisen Landwirt\*innen  
1743 schützen.

1744 • Gute Arbeitsbedingungen und Einkommen: Wir wollen flächendeckende Tarifverträge in  
1745 der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, mit Mindestlohn und Sozialversicherung  
1746 auch für Saisonkräfte.

1747 • Regionale Wirtschaftskreisläufe: Durch Aufbau regionaler Schlacht- und  
1748 Verarbeitungskapazitäten, die Unterstützung regionaler Marketinginitiativen,  
1749 Bürgerräten sowie einem täuschungssicheren staatlichen Regionalsiegel.

1750 • Landwirtschaft im Einklang mit der Natur: Das geht nur, wenn die hohen  
1751 Produktionsstandards der heimischen Agrarwirtschaft vor billigen Importen aus  
1752 Drittländern, die unseren Standards nicht entsprechen, geschützt werden.  
1753 Freihandelsabkommen zeigen in die falsche Richtung. Es braucht eine eindeutige  
1754 Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln.

1755 • Patente auf Leben verbieten, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen unterbinden.  
1756 Auch die sogenannten modernen Verfahren der Gentechnik, wie zum Beispiel die  
1757 Genschere, müssen den gleichen Kontrollen und Regularien unterliegen wie die älteren  
1758 Verfahren.

1759 • Glyphosat und Neonikotinoide verbieten. Bis 2030 soll der Einsatz von  
1760 Pflanzenschutzmitteln um mindestens 50 Prozent verringert werden. Wir wollen  
1761 Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.  
1762 Durch eine ambitionierte Pestizidreduktions-Strategie und die Entwicklung von  
1763 Düngemittelalternativen unterstützen wir die Agrarbetriebe beim ökologischen Umbau.



- 1764 • Bauernland gehört nicht in die Hand von Spekulanten und Investoren, die nicht aus der  
1765 Landwirtschaft kommen: Wir stehen für ein Agrarstrukturgesetz, das gemeinschaftliches  
1766 und öffentliches Eigentum an Grund und Boden stärkt und die Bäuer\*innen schützt.
- 1767 • Sozialverträglicher Umbau der Tierhaltung: Für mehr Tierwohl, Klimaschutz und  
1768 Umweltschutz. Wir wollen eine Ausweitung der Bundesförderung für tiergerechte  
1769 Haltungssysteme für alle Tierarten, für die Einschränkung von Lebetiertransporten,  
1770 stärkere Kontrollen und dezentrale Schlachtstrukturen. Häufigere unangekündigte  
1771 Kontrollen und härtere Strafen bei Verstößen gegen den Tierschutz sind nötig. Große  
1772 Fleischfabriken, die Tier und Mensch gleichermaßen schaden, wollen wir dichtmachen.
- 1773 • Berichtswesen und Antragstellung vereinfachen: Hohe Umwelt- und  
1774 Verbraucherschutzstandards in der Landwirtschaft sind uns wichtig. Sie müssen  
1775 regelmäßig überprüft werden. Das Prinzip, Landwirtschaftsförderung an hohe  
1776 Umweltstandards zu knüpfen, ist richtig. Landwirt\*innen müssen für Fördergelder aber  
1777 oftmals unnötig komplexe und teilweise redundante Anträge ausfüllen und sie an  
1778 verschiedene Landes-, Bundes- und EU-Behörden verschicken. Wir wollen die Beantragung  
1779 von Fördermitteln EU-weit vereinfachen und digitalisieren, damit Landwirt\*innen  
1780 weniger Zeit am Schreibtisch verbringen müssen.

#### 1781 **Bezahlbares und gesundes Essen für alle**

1782 Gute Ernährung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen eine Landwirtschaft  
1783 und Lebensmittelproduktion, die Klima und Umwelt schützt und alle Menschen mit  
1784 hochwertigen Produkten versorgt. Die Linke will, dass bezahlbares, gesundes und  
1785 nachhaltiges Essen für alle garantiert ist.

- 1786 • Öffentliche Einrichtungen sollen ihre Lebensmittel regional und umweltfreundlich  
1787 beziehen und sich an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung  
1788 halten.
- 1789 • Lebensmittel im Handel brauchen ein einheitliches staatliches Label, das Klima,  
1790 Umwelt, Tierschutz, Gesundheit und soziale Aspekte berücksichtigt. Das muss überall  
1791 erkennbar und transparent sein. Wir fordern mehr Lebensmittelkontrollen und dass die  
1792 Ergebnisse im Internet und an der Ladentür veröffentlicht werden müssen.
- 1793 • Wir fordern ein Werbe- und Marketingverbot für ungesunde Lebensmittel, besonders für  
1794 Kinder und Jugendliche. Der Zuckergehalt insbesondere in Softdrinks muss geregelt und  
1795 begrenzt werden, ohne die Verbraucher\*innen zu belasten.
- 1796 • Lebensmittelverschwendung soll verboten werden (siehe Kapitel 1), ebenso die  
1797 Spekulation mit Lebensmitteln (siehe Kapitel 6).
- 1798 • Containern muss endlich entkriminalisiert werden.

#### 1799 **Artensterben stoppen, Natur und Meere schützen**

1800 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und zerstörte Ökosysteme  
1801 wiederherstellen: saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und eine wachsende  
1802 biologische Vielfalt. Nur eine intakte Natur sichert auch das Leben für uns Menschen.

- 1803 • Die Mittel für natürlichen Klimaschutz müssen verdoppelt werden. Damit investieren  
1804 wir in die Wiederherstellung von Ökosystemen und verbinden Klima- mit Naturschutz.  
1805 Internationale Arten- und Naturschutzabkommen müssen konsequent umgesetzt werden.  
1806 Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen wollen wir ausweiten. Deutschland  
1807 gehört in Europa zu den Schlusslichtern bei streng geschützten Flächen. Wir fordern 5

1808 Prozent Wildnisflächen.

1809 • Wir fordern eine Positivliste zur Haltung von Haustieren, um exotische Tiere vor der  
1810 Entnahme aus der Natur zu schützen.

1811 Die Linke unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen und fordert ein  
1812 wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände.

### 1813 **Wasser ist Menschenrecht**

1814 Mit dem Klimawandel spitzen sich die Verteilungskonflikte zu. Wollen wir Wasser nutzen für  
1815 Lebensmittelanbau und öffentliche Schwimmbäder oder für Golfplätze und private  
1816 Swimmingpools? Die Linke steht in diesen Fragen auf der Seite der Mehrheit der Menschen:  
1817 Gemeinwohl vor Profitinteressen. Wasser gehört in die Hände der Bürger\*innen. Die  
1818 öffentliche Hand muss den Zugang für alle zu fairen Preisen garantieren.

1819 • Bei der Planung und Verwirklichung von großen Industrieprojekten – wie Tesla in  
1820 Grünheide – muss die lokale und regionale Versorgung mit Wasser geschützt werden. Die  
1821 dauerhafte Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser darf nicht gefährdet werden.

1822 • Wir brauchen eine naturnahe Renaturierung von Gewässern und einen Aktionsplan  
1823 Niedrigwasserschutz, um die Wasserversorgung aber auch das Leben in Gewässern zu  
1824 gewährleisten. Dazu dient auch die Revitalisierung von Mooren und die  
1825 Wiedereinrichtung von Auwäldern.

### 1826 **Meere schützen**

1827 Die Weltmeere machen rund 73 Prozent der Fläche unseres Planeten aus. Sie bieten  
1828 Lebensräume für Tiere und Pflanzen, sind Nahrungsquellen, regulieren das Klima und  
1829 produzieren Sauerstoff. Jedes Jahr gelangen acht Millionen Tonnen Müll in die Ozeane. Die  
1830 Förderung von Öl und Gas vergiftet das Wasser, Überfischung und Klimaerwärmung zerstören  
1831 Lebensräume.

1832 • Deutschland hat im September 2024 das UN-Hochseeschutzabkommen unterzeichnet, das  
1833 Hochseegewässer unter Schutz stellt. Das Abkommen muss schnell ratifiziert und 30  
1834 Prozent der weltweiten Meeresflächen bis 2030 unter Schutz gestellt werden.

1835 • Die Linke setzt sich dafür ein, dass Fischfang wirksam reguliert und der Schutz der  
1836 Meere mit verbindlichen Standards und harten Sanktionen durchgesetzt wird.  
1837 Fischereisubventionen sollen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards  
1838 gekoppelt werden.

1839 • Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung, Einleitungen von Landwirtschaft und  
1840 Industrie müssen drastisch gemindert werden. Den Tiefseebergbau wollen wir  
1841 international verbieten.

1842 • Kommerzieller Walfang muss gestoppt werden. Deutschland soll insbesondere auf  
1843 Norwegen, Island und Japan Einfluss nehmen, um die Bejagung der Wale zu beenden.  
1844 Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.

### 1845 **Tiere schützen**

1846 Die Linke steht für einen grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und  
Tieren.

1847 Tiere sind keine Dinge und kein Mittel zu Profit, sondern fühlende Wesen. Tierschutz muss  
1848 unabhängig von Profitinteressen durchgesetzt werden: von der Landwirtschaft bis zum  
1849 Forschungslabor.

- 1850 • Wir setzen uns für eine umfassende Reformierung des Tierschutzgesetzes ein. Das  
1851 Gesetz soll besser durchgesetzt werden und härtere Strafen vorsehen.
- 1852 • Wir fordern das bundesweite Verbandsklagerecht und die Verankerung eine\*r  
1853 unabhängigen, an der Gesetzgebung beteiligten Bundestierschutzbeauftragte\*n.
- 1854 • Es braucht einen ambitionierten und konkreten Ausstiegsplan aus Tierversuchen.  
1855 Schwerbelastende Tierversuche müssen sofort verboten werden.
- 1856 • Der Handel mit Tieren muss streng reguliert werden. Anonymität im Internet, Wilderei  
1857 und der illegale Wildtierhandel müssen bekämpft werden. Wir wollen ein Verbot der  
1858 Herstellung und des Importes von Pelzen.
- 1859 • Wir schützen wilde Tiere, indem wir Biotop verbinden. Durch Tierkorridore, Zäune und  
1860 Geschwindigkeitsbegrenzungen reduzieren wir Wildunfälle.
- 1861 • Die Haltungsstandards in Zoos, im Gewerbe und in Haushalten müssen an die Tiere  
1862 angepasst werden. Soziale Tiere dürfen nicht einzeln gehalten werden. Delfinarien,  
1863 Wildtiere in Zirkussen und die Tierhaltung auf Jahrmärkten wollen wir verbieten. Wir  
1864 streiten für ein Importverbot von Tieren, die in Zoos und Aquarien nicht artgerecht  
1865 gehalten werden können. Wild gefangene Tiere dürfen nicht in Zootierhandlungen  
1866 verkauft werden.
- 1867 • Qualzuchten und medizinisch nicht notwendige Eingriffe in die körperliche  
1868 Unversehrtheit wollen wir verbieten.

## 1869 **XI. Planbares Leben und starke Kommunen**

- 1870 In der Stadt wie auf dem Land ist ein Grundangebot an öffentlichen Dienstleistungen  
1871 unabdingbar. Man muss sich darauf verlassen können, dass der Bus fährt und man zu Fuß und  
1872 mit dem Rad Geld abheben und Brötchen kaufen kann. Niemand will 30 Kilometer zur Kita oder  
1873 zur Arztpraxis fahren. Es ist gut, wenn es in der Nähe Orte gibt, wo etwas los ist und  
1874 mehr möglich ist als Spaziergehen und Netflix. Ganz offensichtlich regelt der Markt das  
1875 nicht. In den letzten Jahrzehnten wurde die Infrastruktur systematisch kaputt gekürzt. Die  
1876 Orientierung auf Profit hat dazu geführt, dass nichts mehr funktioniert. Die Eckkneipe  
1877 bleibt geschlossen, wenn die Menschen sich den Besuch dort nicht mehr leisten können. Die  
1878 Folge: Wer kann, zieht weg und die Angebote kommen nicht zurück. Damit die öffentliche  
1879 Daseinsvorsorge wieder funktioniert muss Schluss sein mit Privatisierung und Kürzungen.
- 1880 Die Versorgung mit den grundlegenden Dingen muss endlich wieder funktionieren! Ein gutes,  
1881 bezahlbares Angebot in der öffentlichen Daseinsvorsorge muss das Minimum sein. Wir wollen  
1882 aber noch viel mehr: Mit guten öffentlichen Angeboten schaffen wir eine hohe  
1883 Lebensqualität für alle und nicht für wenige. Momentan ist Versorgung eine Klassenfrage:  
1884 Wer Luxusautos fährt, braucht keinen Nahverkehr. Wer einen Swimmingpool hat, braucht keine  
1885 öffentlichen Schwimmbäder. Gute öffentliche Dienstleistungen kommen hingegen allen zugute.  
1886 Wir fordern:
- 1887 • Kommunen müssen in der Lage sein, die notwendige soziale Infrastruktur vorzuhalten -  
1888 hierfür brauchen wir eine Infrastrukturgarantie: Bus, Bäcker, eine Möglichkeit zum  
1889 Geldabheben, Arztpraxen und Begegnungsorte müssen in jedem Ort vorhanden sein.  
1890 Schwimmbäder, Jugendzentren, Wohnungslosenhilfe und Schulpsycholog\*innen sind  
1891 unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu müssen die Kommunen  
1892 ausreichend finanziert werden.

- 1893 • Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese muss  
1894 in vollem Umfang der Bund tragen. Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht  
1895 werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).
- 1896 • Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer  
1897 ein. Es soll einen höheren Mindeststeuersatz für die Kommunen geben, um Steuerdumping  
1898 einzelner Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit zu vermeiden.
- 1899 • Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: Wenn die Kommunen nur auf Fördermittel  
1900 zugreifen können, wenn sie Eigenanteile erbringen, sind die Kommunen ausgeschlossen,  
1901 die die Förderung am dringendsten benötigen. Wir wollen Bundesprogramme für Kommunen  
1902 verstetigen und bürokratische Hürden abbauen!
- 1903 • Die Kommunen müssen ihre Aufgaben stärker eigenständig wahrnehmen können, statt sie  
1904 an private Anbieter zu vergeben! Der lokale Energieversorger und kommunale  
1905 Wohnungsbaugesellschaften sollten keine Profite machen müssen, um den kommunalen  
1906 Haushalt zu sanieren. Wir fordern einen Re-Kommunalisierungsfonds aus Bundesmitteln,  
1907 auf den Kommunen und Länder zurückgreifen können, um privatisierte Betriebe zurück in  
1908 die öffentliche Hand zu holen und gemeinnützig zu betreiben.
- 1909 • Wir wollen Selbstverwaltung und lokale Mitbestimmung stärken und den Spielraum der  
1910 Kommunen vergrößern.
- 1911 • Wir setzen uns für autofreie Innenstädte ein – selbstverständlich mit Ausnahmen für  
1912 Menschen mit besonderen Bedarfen oder Lieferverkehr. Ob auf dem Weg zur nächsten  
1913 Haltestelle oder Bahnhof oder auch von A nach B, überall soll es angenehm und sicher  
1914 sein, sich zu Fuß oder per Rad zu bewegen. Die alltägliche Versorgung soll an allen  
1915 Orten in 15 Minuten fußläufig erreichbar sein. Wir setzen uns für mehr Platz auf den  
1916 Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen  
1917 ein. Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.
- 1918 • Die sogenannte „Smart City“ darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue  
1919 Technologien gehören in Bürger\*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des  
1920 Wohnumfelds zu verbessern.
- 1921 • Mit zunehmender Klimaerwärmung müssen wir unsere Städte umbauen. Die Hitze wird im  
1922 Sommer unerträglich, und eine Gefahr für die Gesundheit und das Leben und es kommt  
1923 immer häufiger zu Trinkwasserknappheit. Das trifft besonders Menschen, die ihre  
1924 Arbeit im Freien verrichten, aber auch Kinder auf Spielplätzen und alte Menschen.  
1925 Klimaanpassung und Katastrophenschutz müssen als selbstverständliche Aufgaben der  
1926 öffentlichen Versorgung definiert werden.
- 1927 • Wir wollen mehr Parks und Grünflächen, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten gegen die  
1928 Hitze, öffentliche Toiletten und Wasserspender. Gebäude- und Flächenbegrünung wollen  
1929 wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben. Wir müssen  
1930 Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte müssen zu Schwammstädten werden und vor  
1931 Flutkatastrophen geschützt werden. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem  
1932 Umland wollen wir durch eine bessere Raumplanung verbessern.
- 1933 • Wir wollen Sorgearbeit vergesellschaften! Um die Nahversorgung im Wohnumfeld zu  
1934 sichern, wollen wir leerstehendes Gewerbe (insbesondere große Gewerbeflächen wie  
1935 Shoppingmalls oder Warenhäuser) in kommunale oder genossenschaftliche Hand überführen  
1936 und zu Sorgezentren umnutzen. Sie sollen Menschen entlasten durch  
1937 Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige und leicht zugängliche soziale

- 1938 Dienstleistungen wie Gesundheitsberatung, Bildungsberatung und administrativer Hilfe.  
 1939 Zudem braucht es konsumfreie Orte, an denen sich Menschen treffen können.
- 1940 • Die Städtebauförderung muss auf inklusive und umfassend barrierefreie  
 1941 Stadtentwicklung ausgerichtet werden, in denen ein gleichberechtigtes Zusammenleben  
 1942 aller Menschen mit und ohne Behinderung erreicht wird: universelles Design (Design  
 1943 für alle bzw. Nutzen-für-alle-Konzept) gemäß Artikel 2 der  
 1944 Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.
- 1945 • Bundesregularien sollen es Stadtplaner\*innen ermöglichen, verstärkt „Freiräume“, wie  
 1946 für Clubkultur, zu berücksichtigen, die für eine partizipative und experimentelle  
 1947 Nutzung offenstehen.
- 1948 Außerdem fordern wir für alle Städte und Gemeinden:
- 1949 • Ein Bildungssystem, das Ungerechtigkeit bekämpft, anstatt sie zu verstärken. Wir  
 1950 wollen den Ausbau einer familienentlastenden Infrastruktur mit guter Erreichbarkeit  
 1951 vorantreiben. Gute Schulen und Kitas müssen in allen Stadtteilen selbstverständlich  
 1952 sein (siehe Kapitel 16).
- 1953 • Pünktliche Busse und Bahnen, die auch ins Umland regelmäßig fahren und in Zukunft  
 1954 kostenfrei sind (siehe Kapitel 9).
- 1955 • Zugang für alle zu überwiegend lokal und gemeinwirtschaftlich produzierter,  
 1956 preiswerter Energie zu sozial gestaffelten Preisen (siehe Kapitel 1 und 8).
- 1957 • Die Gesundheitsversorgung und die Pflege an den Bedürfnissen der Patient\*innen und  
 1958 Beschäftigten ausgerichtet anstatt an Wettbewerb, Kostendruck und Profit. Wir  
 1959 unterstützen Modellprojekte für neue Versorgungsformen wie die bestehenden und  
 1960 entstehenden Stadtteilgesundheitszentren und Polikliniken (siehe Kapitel 5).
- 1961 • Bezahlbaren Wohnraum für alle (siehe Kapitel 2).

## 1962 XII. Gerechtigkeit für Ostdeutschland

- 1963 Die Menschen in Ostdeutschland haben in den letzten 35 Jahren eine Menge erreicht. Nach  
 1964 dem industriellen und sozialen Kahlschlag und der Massenarbeitslosigkeit nach der Wende  
 1965 haben sie sich ein neues Leben aufgebaut. Der Ausverkauf durch die Treuhand wirkt aber  
 1966 immer noch nach: Von wenigen Leuchtturmregionen abgesehen, bilden die ostdeutschen  
 1967 Bundesländer noch immer die größte zusammenhängende strukturschwache Region  
 Deutschlands.
- 1968 Die Einkommen sind durchschnittlich 17 Prozent niedriger als im Westen, die Renten auch  
 1969 nach 40 Versicherungsjahren 150 Euro geringer als in Westdeutschland. In  
 1970 Führungspositionen sind Ostdeutsche deutlich seltener vertreten, daran hat die  
 1971 Ampelregierung nichts geändert. Ostdeutsche leisten so viel wie alle anderen, aber sie  
 1972 bekommen nicht das Gleiche dafür. Das muss sich endlich ändern!
- 1973 • Jede\*r vierte Ostdeutsche muss mit einem Einkommen nur knapp über dem Mindestlohn  
 1974 zurechtkommen. Fast 30 Prozent der Ostdeutschen arbeiteten für weniger als 14 Euro  
 1975 pro Stunde. Der gesetzliche Mindestlohn muss hoch auf mindestens 15 Euro und die  
 1976 Tarifbindung gestärkt werden, damit alle von ihrer Arbeit gut leben können (siehe  
 1977 Kapitel 7).
- 1978 • Sichere Renten und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung! Der Umrechnungsfaktor  
 1979 für Ostrenten muss bis 2030 fortgeführt werden oder bis zu dem Zeitpunkt, an dem die

- 1980 Durchschnittslöhne im ersten Flächenland im Osten höher sind als in einem  
1981 Westflächenland. Wir fordern eine rechtliche Korrektur der Rentenüberleitung. Eine  
1982 Rente nach Mindestentgeltpunkten muss die Renten für Beschäftigte erhöhen, die  
1983 weniger als 80 Prozent des Durchschnittsentgelts bekommen haben.
- 1984 • Verlässliche Investitionspläne müssen die wirtschaftliche Transformation absichern,  
1985 speziell auch in den Autoregionen und neue Arbeitsplätze im Bau und der Wartung von  
1986 Schienenfahrzeugen schaffen. Die Beschäftigten sichern wir mit  
1987 Beschäftigungsgesellschaften- und Einkommensgarantien ab. Wirtschafts- und Sozialräte  
1988 können an die Tradition der Runden Tische in Ostdeutschland anschließen.  
1989 Genossenschaftliche Wirtschaftsformen, Betriebsübernahmen durch die Belegschaften und  
1990 kommunale Eigenbetriebe wollen wir stärken und fördern - u.a. durch unseren  
1991 Investitionsfonds für die Industrie (siehe Kapitel 8).
- 1992 • Kommunen brauchen verlässliche Finanzierung für die Daseinsvorsorge vor Ort. Wir  
1993 wollen soziale Zentren in allen Gemeinden schaffen, die Unterstützung und  
1994 Basisleistungen wie Bank, Post und Internetzugang ermöglichen. Gesundheitsversorgung  
1995 durch niedergelassene Ärzte, Ambulanzen und Krankenhäuser muss flächendeckend  
1996 gesichert und der Kahlschlag gestoppt werden! (siehe Kapitel 11) Bus- und  
1997 Bahnanschluss in jedes Dorf mindestens im Stundentakt und Rufangeboten in der Nacht  
1998 (siehe Kapitel 9).
- 1999 • Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland müssen gestärkt werden, damit Jugendliche ihre  
2000 Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes machen können.

### 2001 **XIII. Geschlechtergerechtigkeit herstellen - Arbeit umverteilen**

- 2002 Noch immer haben Frauen weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer. Sie  
2003 erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig im  
2004 Niedriglohnsektor. Wir verstehen uns als sozialistische und feministische Partei und  
2005 streben die materielle Gleichstellung der Geschlechter an. Unser Ziel ist die gerechte  
2006 Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von  
2007 sozialen, politischen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern. Das  
2008 bedeutet für uns Geschlechtergerechtigkeit.
- 2009 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefördert werden. Im Leben soll  
2010 genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und  
2011 Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Freizeit und  
2012 Kultur sein. Wenn alle ihre Erwerbsarbeitszeit auf eine „vollzeitnahe Teilzeit“  
2013 verkürzen (mehrheitlich die Männer) bzw. erhöhen (mehrheitlich die Frauen)  
2014 profitieren alle davon. Die „vollzeitnahe Teilzeit“ muss zur „neuen  
2015 Normalarbeitszeit“ in Bereichen des öffentlichen Sektors werden, z. B. in  
2016 Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas. Wir unterstützen die Gewerkschaften in allen  
2017 Branchen bei ihren Forderungen nach einer geringeren Wochenarbeitszeit oder einer  
2018 Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen.
- 2019 • Wir wollen die Steuerpolitik geschlechtergerechter machen und setzen uns für eine  
2020 Reform des Ehegattensplittings in Richtung einer Individualbesteuerung mit  
2021 übertragbarem Grundfreibetrag ein. So wirken wir alten Geschlechterrollen in der  
2022 Steuerpolitik entgegen.
- 2023 • Wir halten an der Forderung nach politischer Parität fest. Wir setzen uns dafür ein,

2024 dass es im Wahlrecht die Regelung gibt, dass 50 Prozent der Listenplätze und Mandate  
2025 bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen.

2026 • Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung für alle sind zentrale Voraussetzungen  
2027 für eine selbstbestimmte Familien- und Lebensplanung. Deshalb muss die  
2028 Entscheidung gegen eine Schwangerschaft frei von Zwängen, Hindernissen und  
2029 Stigmatisierung möglich sein. § 218 StGB muss ersatzlos gestrichen werden. Die  
2030 Versorgungslage ungewollt Schwangerer muss deutschlandweit verbessert werden und  
2031 Beratungsangebote freiwillig statt verpflichtend sein. Der Schwangerschaftsabbruch  
2032 muss als medizinischer Eingriff gelten, der zur gesundheitlichen Versorgung dazu  
2033 gehört.

2034 • Sämtliche Verhütungsmethoden sollen von den Krankenkassen bezahlt werden.

2035 • Selbstbestimmung bei der Geburt: In einigen Regionen ist die Wahlfreiheit bei der  
2036 Geburt nicht mehr möglich, da die klinische Geburtshilfe zentralisiert wurde oder die  
2037 freiberufliche Geburtshilfe weggefallen ist. Natürliche Geburten sind weniger  
2038 profitabel, die Kaiserschnitttrate ist deshalb drastisch erhöht. Ohne eine wohnortnahe  
2039 Versorgung werden Kinder ggf. unterwegs geboren. Wegen Personalmangel und Überlastung  
2040 müssen oft mehrere Geburten gleichzeitig betreut werden müssen. Wir fordern eine  
2041 flächendeckende, gute Versorgung in der Geburtsmedizin und Geburtshilfe.

2042 • Eine Grundausstattung an Menstruationsprodukten sollen in allen öffentlichen  
2043 Einrichtungen kostenfrei abgegeben werden.

2044 • Selbstständige Frauen, die schwanger und bald Mutter werden, brauchen eine faire und  
2045 finanzielle Absicherung, damit dies nicht zu einem Risiko für Frau und Kind wird. Wir  
2046 wollen dafür die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen stärker in die  
2047 Pflicht nehmen. Wir wollen mehr Selbstbestimmung für die Frauen beim Mutterschutz.  
2048 Einige Bestimmungen beim Beschäftigungsverbot sind nicht mehr zeitgemäß und  
2049 widersprechen den Wünschen der schwangeren Frauen.

2050 • Eine künstliche Befruchtung ("Kinderwunschbehandlung") muss auch bei unverheirateten  
2051 heterosexuellen Paaren sowie lesbischen und queeren Paaren von den gesetzlichen  
2052 Krankenkassen (teil-)finanziert werden.

2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür  
2055 muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung  
2056 und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden. Frauenhäuser müssen  
2057 bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle  
2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und  
2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge  
2060 tragen, dass Partnerschaftsgewalt als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird.

2061 • Das „Gesetz über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt“ muss  
2062 auch in der betrieblichen Praxis angekommen. Wir wollen deshalb u.a. das  
2063 Arbeitsschutzgesetz um die Aspekte „Gewalt und sexuelle Belästigung“ ergänzen.

2064 • Wir wollen alle neuen Gesetze auf ihre Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit  
2065 untersuchen. Die Bundesregierung muss eine ressortübergreifende und langfristig  
2066 angelegte Gleichstellungsstrategie verabschieden.

2067 Queere Kämpfe haben viel erreicht. Doch weiterhin und sogar wieder zunehmend gibt es  
2068 Anfeindungen, Diskriminierung und Gewalt gegenüber queeren Menschen. Rechtsextreme

2069 Angriffe auf queere Demonstrationen und Räume häufen sich. Die Linke kämpft für Vielfalt  
2070 und Freiheit. Wir streiten dafür, dass Freiheit und Emanzipation nicht an den Geldbeutel  
2071 gebunden ist, Ohne eine gute soziale Sicherung für Jede\*n, ohne ausfinanzierte queere  
2072 Projekte und Antidiskriminierungsarbeit werden queere Menschen nicht wirklich  
2073 selbstbestimmt leben können.

2074 • Queere Orte, Jugendzentren, Projekte, Bars und Clubs müssen geschützt werden - auch  
2075 vor Wuchermieten und Kürzungen staatlicher Zuschüsse. Die queere Jugendarbeit muss  
2076 kommunale Pflichtaufgabe werden. Queere Selbstorganisation muss gestärkt werden -  
2077 auch im ländlichen Raum.

2078 • Artikel 3 des Grundgesetzes muss um den Schutz der sexuellen Orientierung und der  
2079 geschlechtlichen Identität erweitert werden.

2080 • Studien belegen, dass queere Menschen durchschnittlich schlechter bezahlt werden.  
2081 Hiergegen bedarf es wirksamer Maßnahmen wie der betrieblichen Selbstorganisation  
2082 queerer Menschen, des Abschlusses von Betriebs- oder Dienstvereinbarungen und der  
2083 Arbeit von Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

2084 • Das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) ist in seiner jetzigen Form mangelhaft und muss  
2085 verbessert werden. Absurde Regelungen etwa mit Blick auf den Kriegsfall oder  
2086 rassistische Ausschlüsse etwa von Geflüchteten müssen gestrichen werden.

2087 • Queerfeindliche Gewalt und Diskriminierung muss überall bekämpft werden. Dafür  
2088 braucht es einen ausfinanzierten Aktionsplan „Queer leben“. Darüber hinaus wollen wir  
2089 ein bundesweites Antidiskriminierungsgesetz und eine Novelle des Allgemeinen  
2090 Gleichbehandlungsgesetzes.

2091 • Wir wollen, dass es eine umfassende Gesundheitsversorgung queerer Menschen gibt und  
2092 diese - gerade für trans\* - auch von den Krankenkassen übernommen wird. Medizinische  
2093 Versorgungseinrichtungen müssen niedrigschwellig und diskriminierungsfrei sein,  
2094 Zugangsmöglichkeiten z. B. zur PreP (Prä-Expositions-Prophylaxe) ausgebaut werden.

2095 • Regenbogenfamilien müssen gleichgestellt werden. Das Abstammungsrecht muss reformiert  
2096 werden, denn es diskriminiert queere Familien.

#### 2097 **XIV. Ein Land, in dem alle mitbestimmen können**

2098 Wir wollen ein Land, in dem alle mitbestimmen können und gleiche Rechte haben. Kein Mensch  
2099 darf ausgegrenzt werden! Wir unterstützen alle, die von Diskriminierungen, Hetze und  
2100 rechter Gewalt betroffen sind. Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte einschränken wollen,  
2101 dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse zur  
2102 Verteidigung unserer Demokratie entgegen. Wir halten aber auch nicht still, wenn Parteien  
2103 der sogenannten „Mitte“ die Parolen und Rhetorik der Rechtsradikalen übernehmen, sondern  
2104 wehren uns lautstark gegen diese Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts. Wir stellen  
2105 uns gegen Antisemitismus und Rassismus in jeglicher Form und egal, woher er kommt.  
2106 Antifaschismus heißt, auf allen Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln die radikale  
2107 Rechte in ihre Schranken zu weisen und die Bedingungen zu bekämpfen, die den Rechtsruck  
2108 erst möglich gemacht haben und weiterbefördern. Wir setzen auf mehr direkte Demokratie,  
2109 auf Maßnahmen gegen Lobbyismus und für mehr Transparenz. Keine Demokratie ohne freie  
Rede!

2110 Die Linke verteidigt Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Das schließt den Schutz



2111 von Whistleblowern ein! Ohne diese Freiheiten gibt es keinen demokratischen Diskurs.

2112 • Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide

2113 Bürger\*inneninitiativen, Bürger\*innenbegehren und Bürger\*innenentscheide auf

2114 Bundesebene einführen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die

2115 Einführung von Referenden ein, d. h., die Bürger\*innen können gegen parlamentarische

2116 Entscheidungen ein Veto einlegen.

2117 • Die Linke setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen

2118 Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16

2119 Jahre ein. Die Linke streitet für ein Wahlrecht auf allen Ebenen für Menschen auch

2120 ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die sich seit mindestens fünf Jahren in

2121 Deutschland aufhalten.

2122 **Überwachung statt Sicherheit? Nein Danke!**

2123 Wer Strafgesetze verschärfen will, spricht von Sicherheit. Statt Sicherheit werden aber

2124 immer lückenlosere Überwachungsphantasien umgesetzt, von Videokameras bis zur Kontrolle

2125 der Chats auf dem privaten Handy.

2126 Wir wollen keine Sicherheitspolitik, die in die Privatsphäre der Menschen eingreift.

2127 Stattdessen müssen Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft in die Lage versetzt werden, mit

2128 der dynamischen Entwicklung von Kriminalität Schritt zu halten - von der

2129 Wirtschaftskriminalität über Cyber-Attacken hin zu Manipulation mithilfe von KI und

2130 Algorithmen in sozialen Medien. Sicherheit muss stadtteilgerecht sein: Die Polizei muss

2131 ansprechbar sein und deeskalierend auftreten. Für Obdachlose und Suchtabhängige braucht es

2132 keine Ausgrenzung aus den Innenstädten, sondern bessere Hilfsangebote und eine Stärkung

2133 der Sozialarbeit.

2134 • Wir wollen den Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle

2135 „Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzen. Als erster

2136 Schritt muss das V-Leute-System des Inlandsgeheimdienstes und seine Verstrickungen

2137 mit der extremen Rechten aufgedeckt und beendet werden.

2138 • Datenschutz wirksam durchsetzen! Wir wollen das Recht auf informationelle

2139 Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und

2140 Onlinedurchsuchungen („Staatstrojaner“), nichtindividualisierte Funkzellenabfragen,

2141 Rasterfahndung (auch per Handy), allgegenwärtige Videoüberwachung, Späh- und

2142 Lauschangriffe. Biometrische Videoüberwachung und Chat-Kontrollen wollen wir

2143 verbieten.

2144 • Sicherheit vor Sicherheitspaketen! Die Vielzahl an neuen Befugnissen für

2145 Ermittlungsbehörden sind ein Einfallstor für sogenanntes „racial profiling“:

2146 Strafverfolgung auf Basis von rassistischen Stereotypen. Wir lehnen es ab, dass

2147 äußere Merkmale wie Hautfarbe, vermutete oder tatsächliche Religionszugehörigkeit,

2148 Sprache oder Herkunft der betroffenen Menschen, als verdächtig eingestuft und als

2149 Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen,

2150 Ermittlungen und Überwachungen werden.

2151 • Sonderstrafrecht stoppen! Die Antiterrorgesetzgebung der Bundesregierungen der

2152 vergangenen 30 Jahre gehört auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Verbrechen zu

2153 bekämpfen und Gefahren abzuwehren, ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Hierfür

2154 braucht es kein politisches Sonderstrafrecht.

2155 **Polizei im Rechtsstaat**

2156 Polizist\*innen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute und moderne Ausbildung. Auch  
2157 eine moderne Personalmitbestimmung gehört dazu.

2158 • Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmende  
2159 Ausstattung mit Maschinengewehren und -pistolen, Schützenpanzern und Sprengstoff  
2160 lehnen wir ab, ebenso wie den Einsatz von „weniger tödlichen Waffen“ wie Taser und  
2161 Gummigeschosse. Bewaffnete SEK dürfen nicht gegen Demonstrationen eingesetzt werden.  
2162 Den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir massiv einschränken. Im  
2163 Zusammenhang mit Versammlungen, Ansammlungen im öffentlichen Raum und  
2164 Veranstaltungen  
2165 soll er verboten werden.

2166 • Eine individuelle Kennzeichnungspflicht muss eingeführt werden. Es muss  
2167 selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt\*innen den Bürger\*innen individuell  
2168 erkennbar gegenüberreten. Zur Aufklärung und Vermeidung von Übergriffen sollen  
Einsatzprotokolle und Polizeivideos bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.

#### 2169 **Unabhängigkeit der Politik – die Macht der Lobbyist\*innen einschränken**

2170 Im Bundestagswahlkampf 2021 erhielten die Parteien über 100 Millionen. Euro an  
2171 Parteispenden. In 12 EU-Ländern sind Spenden von Unternehmen oder juristischen Personen an  
2172 Parteien verboten. In weiteren 13 EU-Ländern sind solche Spenden durch Obergrenzen  
2173 begrenzt. Deutschland hinkt hinterher. Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die  
2174 keine Spenden von Konzernen annimmt. Dabei bleibt es.

2175 • Den Gesetzesvorlagen der Bundesregierung muss eine Auflistung der  
2176 Interessenvertreter\*innen sowie der Sachverständigen beigelegt werden, deren  
2177 Stellungnahmen bei der Erstellung und Erarbeitung berücksichtigt wurden oder die  
2178 sonst mitgewirkt haben (legislative Fußspur).

2179 • Abgeordneten muss es verboten sein, Spenden anzunehmen. Die Nebenverdienste von  
2180 Abgeordneten sind auf Euro und Cent zeitnah zu veröffentlichen. Unternehmensspenden an  
2181 Parteien sowie das - steuerlich absetzbare! - Parteisponsoring wie  
2182 Unternehmensstände auf Parteitagern wollen wir verbieten. Spenden von Privatpersonen  
2183 sind auf 25000 Euro im Jahr zu begrenzen. Auch nachträgliche »Dankeschön-Spenden« und  
2184 Bestechung mit dem Ziel der Imagepflege des Lobbyisten müssen uneingeschränkt als  
2185 Abgeordnetenbestechung strafbar sein.

2186 • Bundesminister\*innen und parlamentarische Staatssekretär\*innen müssen nach ihrem  
2187 Ausscheiden aus dem Amt mindestens drei Jahre bzw. für die Dauer des zeitlichen  
2188 Anspruchs auf Übergangsgeld warten, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren  
2189 wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.

2190 • Kein Lobbyismus an Schulen! Soweit Forschung und Einrichtungen oder auch einzelne  
2191 Studien von Lobbyisten bezahlt werden, muss das transparent gemacht werden.

#### 2192 **Religionsfreiheit**

2193 Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit: das Recht der Freiheit des Glaubens, des  
2194 Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Wir  
2195 verteidigen jüdische Menschen, Muslim\*innen und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn  
2196 sie wegen ihrer Religion diskriminiert werden. Wir treten für die institutionelle Trennung  
2197 von Staat und Religion sowie die Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen  
2198 mit den christlichen Kirchen ein.

- 2199 • Die Linke unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für den  
2200 erwerbsarbeitsfreien Sonntag.
- 2201 • Wir fordern zusammen mit den Gewerkschaften die Abschaffung des Sonderarbeitsrechts  
2202 in den Kirchen, in Diakonie und Caritas.
- 2203 • Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches  
2204 Bekenntnis zu einer Religion ein. Die Linke verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von  
2205 muslimischen Frauen, spricht sich gegen ein Verbot religiös motivierter Bekleidung  
2206 aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.
- 2207 • Wir wollen einen Ethikunterricht, in dem alle Schüler\*innen mit ihren  
2208 unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen  
2209 gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können.
- 2210 • Die Militärseelsorge in der jetzigen Form wollen wir durch einen Seelsorgevertrag für  
2211 alle Angehörigen der Bundeswehr ersetzen, der eine gleichberechtigte Betreuung durch  
2212 alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften garantiert.
- 2213 • Die Kirchen sollen in Zukunft ihre Steuern bzw. Beiträge selbstständig einziehen. Wir  
2214 treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der  
2215 Staatsleistungen an die Kirchen ein. In einer weltanschaulich und religiös  
2216 vielfältigen Gesellschaft müssen alle die gleichen Möglichkeiten der Finanzierung  
2217 haben. Wir treten für die Gleichstellung aller Religions- und  
2218 Weltanschauungsgemeinschaften als gleichberechtigte Körperschaften des öffentlichen  
2219 Rechts ein. Im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus fordern wir einen Beauftragten  
2220 für muslimisches Leben.
- 2221 Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische  
2222 Religionsgemeinschaften. Das muslimische Zuckerfest und der jüdische Yom Kippur sollen  
2223 gesetzliche Feiertage in Deutschland werden, denn der Islam und das Judentum gehören zu  
2224 Deutschland.

## 2225 **XV. Extreme Rechte stoppen!**

- 2226 Die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit befürworten und  
2227 menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einschätzen, werden lauter. Dass die  
2228 Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat die Rechte  
2229 stärker gemacht, nicht schwächer. Dagegen braucht es eine soziale Politik für alle  
2230 Menschen und massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft  
2231 zusammenhält. Alle Menschen sind gleichwertig und haben dieselben Grundrechte. Von diesem  
2232 fundamentalen Prinzip werden wir niemals abrücken.
- 2233 Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken! Protest und Aufklärung gegen rechts sind  
2234 eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der  
2235 mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche  
2236 Demokratiebündnisse, Migrant\*innenselbstorganisationen sowie Antifa-Initiativen müssen mit  
2237 einem echten wirksamen Demokratiefördergesetz stärker unterstützt und langfristig  
2238 finanziell abgesichert werden.
- 2239 Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Bundestag vorantreiben und  
2240 Druck machen für die Freigabe aller Akten der Geheimdienste u. a. zum Oktoberfest-Attentat  
2241 und zum NSU-Komplex. Wir fordern das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer

2242 Organisationen und unterstützen, dass das Bundesverfassungsgericht ein Verbot der AfD  
2243 prüfen soll.

2244 Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an die  
2245 Opfer von damals und heute zu bewahren. Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom  
2246 Faschismus endlich ein bundeseinheitlicher Feiertag werden. Die politische Bildung wollen  
2247 wir stärken.

## 2248 **XVI. Gute Bildung**

2249 Bildungsmisere und Kita-Katastrophe: Das sind die Schlagworte zum deutschen  
2250 Bildungssystem. Kinder aus wirtschaftlich schwachen und nicht akademischen Haushalten  
2251 haben nach wie vor schlechtere Chancen auf gute Bildung. In den Schulen bröckelt der Putz  
2252 von der Decke, Turnhallen sind gesperrt und die Toiletten sind oft unbrauchbar. Dabei  
2253 solle Bildung Priorität Nummer eins für das Gemeinwesen sein! Wir wollen dafür sorgen,  
2254 dass hochwertige, inklusive und lebenslange Bildungsangebote zur Selbstverständlichkeit  
2255 werden.

2256 Der Sanierungsstau an Schulen beträgt mittlerweile knapp 55 Milliarden Euro. An den  
2257 Hochschulen fehlen bis zu 60 Milliarden Euro. Überall fehlt es an Lehrkräften und  
2258 pädagogischem Personal. Bis 2035 werden 177 500 Lehrer\*innen fehlen. In den Kitas fehlen  
2259 aktuell 125 000 Fachkräfte. Es braucht dringend mehr Investitionen und ausreichend gut  
2260 qualifiziertes Personal in Bildung und Erziehung.

2261 • Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss aufgehoben und  
2262 stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert  
2263 werden. Privatisierungen müssen im Bildungssektor ausgeschlossen werden.

2264 • Wir wollen ein Bildungsrahmengesetz, um länderübergreifende Mindeststandards und  
2265 gleiche Rechtsansprüche, soziale und personelle Rahmenbedingungen in allen Ländern  
2266 gleichermaßen zu sichern.

2267 • Bildungseinrichtungen, insbesondere Kitas und Schulen, müssen vor Hitzewellen besser  
2268 geschützt werden. Dafür müssen Investitionsmittel bereitgestellt werden.

2269 • Wir wollen, dass Schulbücher und andere Lernmittel kostenlos zur Verfügung gestellt  
2270 werden. Wir fordern außerdem eine kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und  
2271 kostenfreie Beförderung von Schüler\*innen. Damit gute Bildung nicht vom Geldbeutel  
2272 abhängt.

2273 • Lernen soll in der Schule stattfinden. Über Hausaufgaben wird soziale Ungleichheit in  
2274 ungleichen Schulerfolg übersetzt, deshalb wollen wir sie abschaffen.

### 2275 **Kitas und Kinder stärken**

2276 Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz wird vielerorts nicht umgesetzt: Es fehlen 430 000  
2277 Plätze. Die Kita-Gruppen sind zu groß und das Personal ist überlastet. Viele  
2278 Erzieher\*innen verlassen den Beruf. Wir fordern wir ein Kitaqualitätsgesetz, das Kinder  
2279 und Beschäftigte in den Fokus stellt und den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz umsetzt.

2280 • Bessere Betreuungsschlüssel: Mindestens eine\*r Erzieher\*in für maximal 3 Kinder unter  
2281 drei Jahren und für 8 Kinder ab drei Jahren – unter Berücksichtigung von Ausfall- und  
2282 Vorbereitungszeiten und Elternarbeit.

2283 • Gebührenfreie Kitas: Alle Eltern müssen Zugang zu einem Platz haben, unabhängig vom

2284 Einkommen.

2285 • Gesundes Essen: Kostenloses, gutes Mittagessen in allen Kitas und Schulen.

2286 • Die Löhne in Sozial- und Erziehungsdiensten müssen steigen! Kinderbetreuung ist  
2287 harte, wichtige Arbeit.

2288 • Hochschulniveau für die Ausbildung: Zugänge wollen wir erleichtern und die Qualität  
2289 der Ausbildung erhöhen.

2290 • Stärkung von Kompetenzen im Kita-Team: Alltagsintegrierte Sprachbildung und Förderung  
2291 von Mehrsprachigkeit.

#### 2292 **Eine Schule für alle**

2293 Das gegliederte Schulsystem bleibt ein Brandbeschleuniger für soziale Ungleichheit. Wir  
2294 setzen dagegen auf eine Schule für alle. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle  
2295 Schulabschlüsse an. Unser Ziel: Eine inklusive Schule, in der alle Kinder unabhängig von  
2296 Herkunft, Förderbedarf oder sozialen Umständen gemeinsam lernen und wachsen können.

2297 • Jede\*r Schüler\*in soll Zugang zu einer Ganztagsbetreuung, am besten eine  
2298 Gemeinschaftsschule haben. Statt Hausaufgaben findet das Lernen und die Wiederholung  
2299 von Lernstoff gemeinsam statt.

2300 • Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei sein, mit ausreichend Fachkräften und  
2301 passender Ausstattung für alle Kinder. Zwei-Lehrer\*innen-System: Zwei Lehrkräfte pro  
2302 Klasse schaffen mehr individuelle Förderung. Multiprofessionelle Teams von  
2303 Lehrkräften, Schulsozialarbeiter\*innen, Psycholog\*innen und medizinisches  
2304 Fachpersonal arbeiten zusammen, um den individuellen Bedürfnissen der Schüler\*innen  
2305 gerecht zu werden.

2306 • Jedes Kind hat ein Recht auf individuelle Förderung. Unabhängig von den Fähigkeiten  
2307 setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind so begleitet wird, dass es sich bestmöglich  
2308 entfalten kann. In Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe aber nicht, indem es  
2309 durch die Etikettierung nach verschiedenen Förderbedarfen diskriminiert und  
2310 ausgesondert wird.

2311 • Sprachkompetenzen stärken: Wir wollen ein Bundesprogramm aufsetzen, dass die Aus-,  
2312 Fort- und Weiterbildungen von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache sowie Sprach-  
2313 und Alphabetisierungskurse auch für die Eltern und Geschwister von migrantischen  
2314 Kindern ermöglicht. Wir wollen das Angebot zum Spracherwerb an Schulen erweitern und  
2315 fordern, dass Herkunftssprachen in Schulen auch als Erst- oder Zweitsprache anerkannt  
2316 werden.

2317 • Die Mitbestimmungsrechte von Schüler\*innen müssen ausgebaut werden.

2318 • Schulpsycholog\*innen und Schulsozialarbeit müssen flächendeckend und dauerhaft an  
2319 jeder Schule verfügbar sein.

2320 • Unabhängigkeit: Verbot von Werbung und Lobbyismus in Schulen. Keine Werbung der  
2321 Bundeswehr in Schulen und Universitäten. (siehe Kapitel 6)

2322 • Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss an allen Schulen auch für digitale Geräte  
2323 sichergestellt sein. In den Schulen muss eine ausreichende Netzwerkinfrastruktur  
2324 geschaffen werden. Die Medien- und Datenschutzkompetenz der Kinder und Jugendlichen  
2325 muss möglichst früh gefördert werden.

2326 • Lernsoftware darf nicht als Ersatz für Lehrpersonal eingesetzt werden. KI darf nicht

- 2327 für Bewertung oder die Vorhersage von Lernerfolgen eingesetzt werden. Lehrkräfte  
2328 müssen in KI, Datenschutz und digitaler Technik geschult werden.
- 2329 • Digitalisierung darf nicht zum Einfallstor der Profitinteressen von Unternehmen  
2330 werden. Die Software soll den Standards quelloffener freier Software entsprechen und  
2331 sogenannte Open Educational Resources (OER) bevorzugen.
- 2332 **Ausbilden, sonst wird umgelegt**
- 2333 Fast 3 Millionen junge Menschen haben keinen Abschluss. Wer einen Ausbildungsplatz sucht,  
2334 hängt oft in Warteschleifen fest – vor allem Hauptschüler\*innen und Migrant\*innen sind  
2335 benachteiligt. Gleichzeitig klagen Betriebe über Fachkräftemangel, bilden jedoch immer  
2336 seltener selbst aus. Die Hälfte der Auszubildenden ist überlastet, weil sie den  
2337 Fachkräftemangel kompensieren müssen. Die Qualität und Ausbildungsbedingungen müssen  
2338 dringend verbessert werden. Bis 2030 müssen 160 000 zusätzliche Lehrkräfte in der  
2339 beruflichen Bildung eingestellt werden.
- 2340 • Solidarische Ausbildungsumlage: Betriebe, die nicht ausbilden, sollen in einen Fonds  
2341 einzahlen, um Ausbildungsplätze und Verbundausbildungen für andere Betriebe zu  
2342 finanzieren.
- 2343 • Unternehmen müssen sich an der Schaffung von öffentlichen, bezahlbaren Wohnheimen für  
2344 Auszubildende, insbesondere im ländlichen Raum, finanziell beteiligen.
- 2345 • Jede Ausbildung soll vollqualifizierend und gebührenfrei sein. Schulgeld entfällt,  
2346 und Azubis erhalten eine Mindestausbildungsvergütung (80 % durchschnittlichen  
2347 tariflichen Ausbildungsvergütung der Branchen). Nach der Ausbildung sollen alle  
2348 Azubis unbefristet übernommen werden – ohne erneute Probezeit im selben Betrieb.
- 2349 • Schulische Ausbildungen (Fachschulausbildungen nach DQR 6) bleiben erhalten.  
2350 Auszubildende in dieser Schulform erhalten für eine 3-jährige Ausbildung grundlegend  
2351 Aufstiegs-Bafög (AFBG), ohne dieses mit Sanktionen zu belegen. Der Bafög-Satz wird  
2352 stetig der Inflation angeglichen. Ebenso werden Träger dieser Ausbildungsform durch  
2353 die Länder gefördert.
- 2354 • Anonymisierte Bewerbungsverfahren sollen sicherstellen, dass alle die gleichen  
2355 Chancen auf eine Ausbildung haben. Das Kriterium der „Ausbildungsreife“ der  
2356 Arbeitsagentur muss abgeschafft werden. Berufsvorbereitende Maßnahmen sollen mit  
2357 einem Angebot für ein verbindlichen Ausbildungsplatz enden.
- 2358 • Das Berufsbildungsgesetzes (BvDiG) muss reformiert werden, so dass die Verbesserung  
2359 der Ausbildungsqualität im Mittelpunkt steht und ein Rechtsanspruch auf eine  
2360 vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.
- 2361 • Geschlechterspezifische Unterschiede am Ausbildungsmarkt sollen (auch) durch  
2362 geschlechtersensible Bildung und die Aufwertung schlecht bezahlter Berufe mit hohem  
2363 Frauenanteil überwunden werden. Politische Bildung, Medienkompetenz und KI-Wissen  
2364 sollen Teil der beruflichen Ausbildung sein.
- 2365 • Mitbestimmung: Die Rechte von Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung in  
2366 den Personalvertretungen muss garantiert werden.
- 2367 • Wir unterstützen die Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugenden bei ihrem Kampf für  
2368 bessere tarifvertragliche Lösungen. Die Ausbildung in den Berufen, die nicht dual  
2369 geregelt ist, also zum Beispiel in allen Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen,  
2370 muss besser finanziert werden.

### 2371 **Weiterbildung fördern**

2372 Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als  
2373 Pflicht zur Selbstoptimierung. Eine entscheidende Voraussetzung sind gute  
2374 Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung bei allen Trägern und Bereichen der  
2375 Erwachsenenbildung. Wir streiten für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für alle  
2376 Lehrkräfte in der Weiterbildung.

- 2377 • Honorarverträge sollten in feste Stellen umgewandelt werden. Freie Dozent\*innen  
2378 müssen eine an den Tarif angegliche Vergütung erhalten.
- 2379 • Die Agenturen für Arbeit und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe  
2380 die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung und Tarifbindung sicherstellen.
- 2381 • Für Weiterbildung in allen Bereichen muss eine gesetzliche Freistellung möglich sein,  
2382 nicht nur für die berufliche Weiterbildung.
- 2383 • Menschen ohne Ausbildung sollen verlängerte Umschulungen und erleichterte  
2384 Externenprüfungen bekommen, damit sie anerkannte Berufsabschlüsse erreichen können.
- 2385 • Wir fordern ein Weiterbildungsgeld, nicht nur in Transformationsbranchen (siehe  
2386 Kapitel 7 und 8).

### 2387 **Ein gutes Studium für alle**

2388 Jede\*r dritte Studierende in Deutschland ist arm. Nur 12,5 % der Studierenden profitieren  
2389 vom Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Bedarfssätze liegen unterhalb der  
2390 Armutsgrenze. Die Linke fordert, ein BAföG für Alle, das heißt: eltern-, alters- und  
2391 herkunftsunabhängig, existenzsichernd und als Vollzuschuss. Die Höhe muss regelmäßig an  
2392 Lebenshaltungskosten angepasst werden. Auch Menschen mit Duldung oder humanitären  
2393 Aufenthaltstiteln sollen Zugang erhalten.

- 2394 • Hochschulen öffnen: Wir wollen den Zugang zur Universität mit Fachabitur, beruflicher  
2395 Ausbildung oder vergleichbaren Abschlüssen. Wir wollen keine Studiengebühren,  
2396 unabhängig vom Pass.
- 2397 • Geflüchtete und internationale Studierende: Unbürokratische Anerkennung von  
2398 Abschlüssen und vereinfachte Zugangswege zum Studium. Dafür müssen zusätzliche  
2399 Studienplätze geschaffen werden.
- 2400 • Demokratische Hochschulen: Wir wollen ausfinanzierte und demokratisch wirkmächtige  
2401 Fachschaften, die die Studierendenschaft organisieren.
- 2402 • Ein Mentoringprogramm für Studierende aus Nichtakademikerfamilien

### 2403 **Wissenschaft und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung**

2404 Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) führt zu massiver Befristung und  
2405 unsicheren Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft. Dies erschwert unabhängige Forschung  
2406 und langfristige Personalplanung:

- 2407 • Dauerstellen für Daueraufgaben: Insbesondere für PostDocs, die zentrale Aufgaben in  
2408 Forschung und Lehre übernehmen. Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche  
2409 Mitarbeitende sollen planbare Arbeitsbedingungen erhalten.
- 2410 • Haushaltsfinanzierte Promotionsstellen sollen mindestens sechs Jahre laufen und  
2411 Promovierenden ausreichend Zeit für ihre Dissertation bieten. Die Tarifsperre im  
2412 WissZeitVG wollen wir aufheben.
- 2413 • Steuermittel zur Forschungsförderung sollen nur an tarifgebundene Einrichtungen

- 2414 vergeben werden.
- 2415 • Grundfinanzierung statt Drittmittelabhängigkeit, um Wissenschaftsfreiheit zu sichern  
2416 und Kettenbefristungen zu vermeiden.
- 2417 • Das Professorinnenprogramm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen  
2418 Karrierestufen weiterentwickeln.
- 2419 • Studentische Beschäftigte müssen tarifvertraglich abgesichert werden.
- 2420 • Aus- und Aufbau digitaler Infrastrukturen an den Hochschulen: Wir fordern einen  
2421 Hochschul-Digitalpakt mit zusätzlichen finanziellen Mitteln durch Bund und Länder.
- 2422 • Programme zum internationalen Austausch und vor allem zum Schutz politisch verfolgter  
2423 und gefährdeter Wissenschaftler\*innen wollen wir absichern und ausbauen.
- 2424 • Zivilklauseln, die zivile Forschung garantieren, sollen an allen Hochschulen und  
2425 Forschungseinrichtungen verankert und Friedensforschung gefördert werden.
- 2426 • Verträge zwischen Hochschulen und privaten Unternehmen oder Stiftungen müssen  
2427 offengelegt werden. Öffentliche Forschungsmittel dürfen nicht zur Bereicherung  
2428 Einzelner missbraucht werden.
- 2429 • Keine politische Einmischung des Bildungsministeriums in die Fördermittelvergabe für  
2430 Wissenschaftler\*innen

## 2431 **XVII. Eine moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten**

- 2432 Die Migrationsdebatte von rechts macht Migrant\*innen und Geflüchtete zu Sündenböcken für  
2433 die verfehlte Politik im Interesse der Reichen. Menschen mit Migrationsgeschichte sind in  
2434 allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit – ganze  
2435 Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen. Statt einer Debatte zwischen einem  
2436 „Wir“ und „die anderen“ orientiert sich Die Linke am Leitbild einer demokratischen und  
2437 sozialen Einwanderungsgesellschaft. Um diese zu gestalten und ein gutes Ankommen für  
2438 Geflüchtete zu ermöglichen, müssen entsprechende gesetzliche, finanzielle und strukturelle  
2439 Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit insbesondere die Kommunen nicht mit den  
2440 Herausforderungen allein gelassen werden.
- 2441 • Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und  
2442 Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns.  
2443 Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger\*innen müssen schneller  
2444 anerkannt werden.
- 2445 • Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in  
2446 Deutschland lebenden Menschen. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen die  
2447 deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Es ist gut, dass die Einbürgerungsreform  
2448 Mehrstaatlichkeit generell zulässt, aber an den hohen Einkommenshürden wurde nichts  
2449 verändert. Wir wollen, dass die Einbürgerung nicht mehr vom Geldbeutel abhängt. Nach  
2450 fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder einen Rechtsanspruch auf  
2451 Einbürgerung haben. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne  
2452 Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem  
2453 unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldung leben müssen.
- 2454 • Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der  
2455 Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Straftäter\*innen müssen unabhängig vom



- 2456 Aufenthaltstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und gegebenenfalls  
2457 Haftstrafen im Inland verbüßen.
- 2458 • Wir wollen ein Bundespartizipationsgesetz, um Menschen mit Migrationsgeschichte  
2459 besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören  
2460 eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen  
2461 Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein  
2462 Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und  
2463 Politik einbezogen wird. Migrantische Selbstorganisationen müssen Teil des  
2464 Partizipationsrats sein.
- 2465 • Antirassismus ins Gesetz: Es braucht eine klare Arbeitsdefinition von  
2466 institutionellem und strukturellem Rassismus. Zudem fordern wir eine grundlegende  
2467 Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), die insbesondere die  
2468 Klagefristen verlängert, ein Verbandsklagerecht vorsieht, die Diskriminierungsformen  
2469 „Staatsangehörigkeit“, „Aufenthaltsstatus“, „familiärer Status“ und "sozialer Status"  
2470 umfasst und auch staatliches Handeln einbezieht. Eine\*r Antirassismusbeauftragte\*r  
2471 muss es auch weiter geben. Es braucht zudem ein gesetzliches Verbot rassistischer  
2472 Polizeikontrollen („racial profiling“) und die Abschaffung von anlasslosen  
2473 polizeilichen Kontrollbefugnissen sowie verpflichtende Antidiskriminierungsschulungen  
2474 im gesamten Öffentlichen Dienst. Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss  
2475 dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein Bundesministerium für  
2476 Migration und Partizipation. In Artikel 3 des Grundgesetzes soll eine Schutz- und  
2477 Förderklausel für von rassistischer Diskriminierung Betroffene eingefügt werden.
- 2478 • Wir fordern die Schaffung eine\*s Beauftragten für muslimisches Leben und den Kampf  
2479 gegen antimuslimischen Rassismus. (siehe Kapitel 14)
- 2480 • Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Homo- und  
2481 Transfeindlichkeit, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus und für mehr  
2482 Demokratie engagieren, sowie Flüchtlingsräte, migrantische Verbände, selbstverwaltete  
2483 Beratungsangebote und die Selbstorganisation von Migrant\*innen wollen wir durch ein  
2484 Demokratiefördergesetz stärker und endlich dauerhaft fördern (vgl. Kapitel 15).
- 2485 • Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und  
2486 solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft  
2487 oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert.
- 2488 Die Kommunen dürfen mit den Aufgaben der Versorgung von Geflüchteten nicht allein gelassen  
2489 werden! Es braucht mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen  
2490 Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal  
2491 in Schulen, Kitas, Wohnen, Gesundheit, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel  
2492 11).
- 2493 • Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine  
2494 uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Niemand soll darauf warten müssen, sein  
2495 Leben selbst in die Hand zu nehmen.
- 2496 • Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen für  
2497 Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Teilhabe  
2498 von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die  
2499 öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Außerdem muss der Bund über eine Pro-  
2500 Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.

2501 • Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen  
2502 flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender  
2503 Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der  
2504 solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.

2505 **Niemand flieht freiwillig**

2506 Das Chaos an den europäischen Grenzen ist ein Politikversagen. Wir finden uns nicht damit  
2507 ab, dass jedes Jahr Tausende von Menschen an den europäischen Grenzen sterben. Wir wollen  
2508 legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die  
2509 Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die  
2510 Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.

2511 • Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein  
2512 ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente  
2513 zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der  
2514 Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung  
2515 muss umgehend beendet werden. Pushbacks sind illegal und müssen beendet werden.

2516 • Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt  
2517 werden. (siehe Kapitel 6)

2518 • Asylrecht ist Menschenrecht. Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab.  
2519 Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an  
2520 den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von  
2521 Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder  
2522 »Hotspots«) lehnen wir ab. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat  
2523 entschieden: Asylsuchende brauchen einen Zugang zu wirksamem Rechtsschutz an der  
2524 Grenze. In Deutschland muss es eine unabhängige Asylverfahrensberatung durch  
2525 Wohlfahrtsverbände und Vereine geben.

2526 • Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf  
2527 nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert  
2528 werden. Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab. Verfolgung wegen  
2529 sexueller Orientierung und von trans\* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQA\*)  
2530 muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden. Systematische  
2531 Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind  
2532 unzulässig.

2533 • Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Anerkennung von Klima- und  
2534 Umweltfolgeschäden sowie Armut müssen als Fluchtgründe sowie eine entsprechende  
2535 humanitäre Visavergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das  
2536 Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für  
2537 Schutzsuchende.

2538 • Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit  
2539 sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.

2540 • Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen,  
2541 Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale  
2542 Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten  
2543 unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.

## 2544 **XVIII. Inklusion und Teilhabe – selbstverständlich!**

2545 Nach unserem Verständnis ist Inklusion genau der benötigte Gegenentwurf zu sozialer  
2546 Spaltung, zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum  
2547 Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten, der sich auf all die Menschen bezieht, die  
2548 von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden - aufgrund  
2549 ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrer geschlechtlichen Identität oder  
2550 ihrer sexuellen Orientierung, oder ihres Geschlechtes, aufgrund ihrer körperlichen  
2551 Verfassung oder besonderer Lernbedürfnisse, vor allem aufgrund von Armut. Dabei erkennen  
2552 wir an, dass Menschen mit Behinderung nach wie vor in besonderer Weise in vielen  
2553 Lebensbereichen benachteiligt sind. 2023 wurde Deutschland von der UN auf die Umsetzung  
2554 der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft und vor allem für das stark ausgebaute System  
2555 von Sonderstrukturen, sowohl in der schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in  
2556 Werkstätten, als auch in Form von großen stationären Wohneinrichtungen kritisiert. Das  
2557 muss nicht sein und verstößt gegen die Menschenwürde. Wir wollen, dass Menschen mit  
2558 Behinderungen an allen Aspekten des Lebens selbstverständlich teilhaben können.

2559 Der Begriff „Inklusion“ wird oft auf Bildung beschränkt oder für Einsparungen missbraucht.  
2560 Für Die Linke ist der Begriff der Gegenentwurf zu sozialer Spaltung, Ausgrenzung, Hass und  
2561 der Abwertung von Menschen durch Faschisten und Rassisten. Wir wollen eine Gesellschaft,  
2562 in der alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen  
2563 Entscheidungen teilhaben können – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer  
2564 körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihrem Geschlecht, Alter  
2565 oder ihrer sexuellen Orientierung.

2566 • Barrierefreiheit umfassend herstellen und (auch) die Privatwirtschaft dazu  
2567 verpflichten. Dafür müssen verbindliche Regelungen in das Allgemeine  
2568 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)  
2569 aufgenommen werden, mit denen private Anbieter\*innen von öffentlich zugänglichen  
2570 Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet werden.  
2571 Im AGG wollen wir ein Verbandsklagerecht, damit Antidiskriminierungsverbände ohne  
2572 individuell klagewillige Betroffene Klage erheben können.

2573 • Bildung inklusiv machen – inklusives Lernen in allen Bildungseinrichtungen. Die  
2574 Förderschulen müssen umstrukturiert und sonderpädagogisches Personal an Regelschulen  
2575 flächendeckend eingesetzt werden. Bei den meisten Menschen entsteht eine Behinderung  
2576 erst im Laufe ihres Lebens. Deshalb ist es wichtig, dass Aus-, Fort- und  
2577 Weiterbildungen inklusiv ausgerichtet sind und inklusive Bildung bis ins hohe Alter  
2578 möglich ist.

2579 • Arbeitswelt inklusiv machen: Die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Behinderung ist  
2580 doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung. Die Beschäftigungspflicht von Menschen  
2581 mit Behinderungen muss wieder auf sechs Prozent angehoben werden. Die Betriebe dürfen  
2582 sich daraus nicht rauskaufen können.

2583 • Inklusionsbetriebe besser fördern, sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur  
2584 Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Sie brauchen eine bessere öffentliche  
2585 Finanzierung.

2586 • Mindestlohn auch in den Werkstätten: Die Europäische Mindestlohnrichtlinie schreibt  
2587 vor, dass auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung Mindestlohn gezahlt wird.  
2588 Auch in Deutschland muss dies unverzüglich umgesetzt werden!

- 2589 • Wohnortnahe Versorgung herstellen: Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung  
2590 muss nah am Wohnort von Patient\*innen und Klient\*innen sichergestellt und zur  
2591 kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.

## 2592 **XIX. Medien für die plurale Gesellschaft**

2593 Für demokratische Aushandlung und Meinungsbildung braucht es vielfältige Medien. Aber  
2594 Zeitungen sterben und gehören stärker zu Großkonzernen. Private Plattformen verfügen über  
2595 große Meinungs- und Marktmacht und setzen sie ein. Hassbotschaften und Fake News nehmen  
2596 zu. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte ein Gegengewicht sein. Er muss seine  
2597 demokratische Funktion besser erfüllen können. Journalistische Standards in der  
2598 Medienlandschaft müssen gestärkt werden.

- 2599 • Die Programmvielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss erhalten bleiben,  
2600 einschließlich Arte, 3-Sat und Kulturradios. Breitgefächerte gesellschaftspolitische  
2601 Informationen müssen gestärkt werden, für die bei den Privaten kaum Platz ist.
- 2602 • Die Gehalts- und Ausgabenstrukturen im öffentlich-rechtlichen-Rundfunk müssen  
2603 offengelegt werden, einschließlich Beraterstrukturen. Öffentliche Gelder nur bei  
2604 transparenten Finanzen!
- 2605 • Um Meinungsvielfalt zu erhalten, müssen Fusionen bei Medien stärker kontrolliert  
2606 werden. Non-Profit-Journalismus muss als gemeinnützig anerkannt werden.
- 2607 • Systematische Einschüchterungsklagen oder Abmahnungen gegen kritische Recherchen  
2608 müssen geahndet werden. Betroffene brauchen kostenlose juristische und psychosoziale  
2609 Unterstützung.
- 2610 • Medienschaffende müssen besser vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt geschützt  
2611 werden. Straftaten gegen Medienschaffende sollten gesondert erfasst werden und von  
2612 Schwerpunktstaatsanwaltschaften bearbeitet werden.
- 2613 • Die Vertraulichkeit in Redaktionen und im Umgang mit Quellen muss gegen staatliche  
2614 Überwachung geschützt werden.
- 2615 • Durch Künstliche Intelligenz erzeugte Medieninhalte müssen gekennzeichnet werden und  
2616 die Plattformen haften bei Falschinformationen und Rechtsverstößen durch solche  
2617 Inhalte. Die Nutzung urheberrechtlich geschützten Materials für das Training von KI-  
2618 Modellen muss vergütet werden.
- 2619 • Nicht kommerzielle Vervielfältigung und Nutzung urheberrechtlich geschützten  
2620 Materials darf nicht kriminalisiert werden. Das Leistungsschutzrecht für  
2621 Presseverlage und das Datenbankschutzrecht sollen abgeschafft werden.
- 2622 • Soziale Einrichtungen und Menschen mit Behinderung wollen wir vom Rundfunkbeitrag  
2623 befreien. Beitragsbefreiungen sollten für Berechtigte automatisch erfolgen.

## 2624 **Kultur - Vielfältig und für alle zugänglich**

2625 Der Zugang zu Kultur soll nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen, dass Kunst und Kultur  
2626 allen zugänglich ist und nicht vorrangig über den Markt geregelt werden. Kunst und Kultur  
2627 müssen als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich gefördert werden. Kulturförderung sollte  
2628 Pflichtaufgabe werden. Länder und Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass  
2629 sie Kulturförderung leisten können.

2630 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir brauchen

2631 Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit,  
2632 branchenspezifische Honoraruntergrenzen und rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütungen  
2633 für bildende Künstler\*innen. Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen  
2634 geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Bei der Kulturförderung brauchen wir  
2635 Vielfalt und Sensibilität für Diskriminierungen. Das schließt paritätisch besetzte Gremien  
2636 und Jurys ein. Wir brauchen klare rechtliche Regelungen für die Rückgabe unrechtmäßig  
2637 erworbener Kulturgüter in Museen und Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit  
2638 öffentlichen Mitteln erforscht werden.

#### 2639 **Verbraucher\*innen stärken. Schluss mit den Schuldenfallen**

2640 Die Konzerne nutzen ihre Macht gegenüber den Verbraucher\*innen aus. Wir wollen die Rechte  
2641 der Verbraucher\*innen stärken, dafür braucht es mehr Transparenz, einen starken, gut  
2642 finanzierten Verbraucherschutz sowie klarere Regeln für die Konzerne.

2643 • Schluss mit Mogelpackungen und versteckte Preiserhöhungen. Wir fordern die  
2644 Abschaffung der Vorkasse bei Reisen und Schutz vor Airline-Insolvenzen. Von  
2645 Sammelklagen sollen alle geschädigten Verbraucher\*innen automatisch profitieren.

2646 • Es braucht ein starkes Verbraucher\*inneninformationsgesetz und strengere  
2647 Transparenzstandard und Haftung für Onlinemarktplätze und Onlineplattformen. Gegen  
2648 Green- and Socialwashing muss aktiver vorgegangen werden.

2649 • Verbraucherhilfe in sozialen Quartieren und ländlichen Gebieten muss ausgebaut  
2650 werden.

2651 • Schuldenfallen und ihre Profiteure bekämpfen: Schluss mit Wucherpreisen auf  
2652 Verbraucherkredite. Telefonische Verträge sollen nur mit schriftlicher Bestätigung  
2653 gelten.

2654 • Wir fordern kostenfreie und schnelle Schuldnerberatung. Die Inkasso-Abzocke muss  
2655 beendet werden. Die Schufa soll durch eine unabhängige öffentliche Einrichtung  
2656 ersetzt werden.

2657 • Verbraucherschutz bei Finanzprodukten: Wir wollen unabhängige Finanzberatung durch  
2658 Verbraucherzentralen stärken. Finanz- und Versicherungsprodukte dürfen nicht auf  
2659 Provision verkauft werden. Jede\*r hat ein Recht auf ein kostenfreies Basiskonto.

#### 2660 **XX. Digitalisierung fürs Gemeinwohl – statt für Konzernprofite**

2661 Wir setzen uns dafür ein, dass sich Digitalisierung an den Bedürfnissen der Menschen  
2662 orientiert, den Alltag erleichtert, die Demokratie stärkt und hilft das Klima zu schützen.  
2663 Dazu müssen Profitinteressen zurückgedrängt und staatlicher Überwachungswut ein Riegel  
2664 vorgeschoben werden.

2665 • Teilhabe an der digitalen Gesellschaft muss für alle sichergestellt sein – auch auf  
2666 dem Land und für Menschen mit kleinem Geldbeutel. Deshalb wollen wir den kommunalen  
2667 und gemeinnützigen Ausbau von Glasfasernetzen fördern, unnötigen Doppelausbau  
2668 verhindern, das Recht auf Internetzugang von aktuell 10 Mbit/s auf 100 Mbit/s  
2669 Downloadgeschwindigkeit erhöhen und die Preise so deckeln, dass sich alle den Zugang  
2670 dazu leisten können. Es macht keinen Sinn, dass jeder Anbieter ein eigenes Mobilfunk-  
2671 und Glasfasernetz aufbaut. Ein einziges Netz, über das alle ihre Dienstleistungen  
2672 anbieten können, spart Baukosten, Material und Umweltbelastung – und ermöglicht  
2673 schneller flächendeckendes Netz überall. Die Kosten für den Netzzugang und die

2674 erforderlichen Geräte müssen bei der Grundsicherung und anderen Sozialleistungen  
2675 berücksichtigt werden. Öffentliche Stellen müssen Geräte und fachkundiges Personal  
2676 bereitstellen, um vor Ort beim Ausfüllen von Online-Anträgen zu helfen.

2677 • Für uns gilt der Grundsatz: Was mit Steuergeldern bezahlt wurde, muss allen zu Gute  
2678 kommen. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche Güter entstehen. Wir wollen viel  
2679 mehr Open-Source-Software – das macht uns unabhängiger von digitalen Monopolen und  
2680 ihren hohen Lizenzgebühren. Software, die öffentliche Verwaltungen einkaufen oder  
2681 entwickeln lassen, darf nur noch in Ausnahmefällen proprietär sein. Einmal  
2682 entwickelte Programme können in anderen Verwaltungen und Kommunen ohne größere  
2683 Zusatzkosten genutzt werden. Wir werden ein Recht auf Open Data schaffen und ein  
2684 Transparenzgesetz: Bei öffentlichen Dienstleistungen und Verwaltungen anfallende  
2685 Daten müssen anonymisiert kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Das gilt  
2686 gleichermaßen für alle privaten Anbieter öffentlicher Leistungen. Auch die Ergebnisse  
2687 öffentlich geförderter Forschung müssen kostenfrei öffentlich zugänglich sein (Open  
2688 Access).

2689 • Zum Gemeinwohl gehören hohe IT-Sicherheitsstandards und Schutz vor digitaler  
2690 Massenüberwachung durch Staat oder Konzerne. Deshalb wollen wir IT-  
2691 Sicherheitsforschung entkriminalisieren, Sicherheitslücken ausnahmslos schließen und  
2692 das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unabhängiger machen. Es muss  
2693 auch Kommunen und kleine Unternehmen bei der IT-Sicherheit unterstützen. Den Einsatz  
2694 von Staatstrojanern und Chat-Kontrollen lehnen wir ab. Sicherheitslücken dürfen nicht  
2695 mehr absichtlich zu Überwachungszwecken offengehalten werden – sie stehen dann auch  
2696 Kriminellen offen. Die Bundesnetzagentur braucht ausreichend Personal, um  
2697 Verbraucherschutz und den Digital Services Act wirksam umzusetzen.

2698 • Der elektronische Personalausweis und die Gesundheitskarte müssen an eine physische  
2699 Chipkarte gebunden bleiben. Bei Ausweisvorgängen im Internet dürfen keine Daten  
2700 gespeichert werden.

2701 • Um Machtmissbrauch durch digitale Monopole zu verhindern, werden wir rechtliche  
2702 Spielräume zur Zerschlagung der Monopole ausschöpfen, das Kartellrecht und seine  
2703 Umsetzung stärken und personalisierte Onlinewerbung verbieten. Die Vorstellung von  
2704 Daten als verkäuflichem Eigentum lehnen wir ab. Öffentliche und genossenschaftliche  
2705 Plattformen für gemeinnützige Dienstleistungen und wirkliche soziale Netzwerke  
2706 fördern wir als Alternative zu den profitorientierten Plattformen der  
2707 Konzerngiganten.

2708 • Wir brauchen klare rechtliche Vorgaben, um den Energie- und Ressourcenverbrauch der  
2709 Digitalisierung zu senken. Garantieplichten und Mindestupdatepflichten müssen  
2710 deutlich verlängert werden, Softwareprogrammierung und Geräteeinstellung von Anfang  
2711 an energiesparend sein, die Vorgaben für Rechenzentren verstärkt werden. Der Staat  
2712 muss seinen Einfluss als großer Abnehmer nutzen, um soziale und ökologische Standards  
2713 in den Lieferketten durchzusetzen. Einen Digitalzwang lehnen wir ab.

2714 • Die Bundesregierung muss Forschung zu sozialen und ökologischen Auswirkungen  
2715 digitaler Technologien stärker fördern, damit wir informiert und demokratisch darüber  
2716 entscheiden können, welche Technologien uns als Gesellschaft voranbringen und welche  
2717 nicht hilfreich sind.